

IDEOLOGIEN. STRUKTUREN. AKTIVITÄTEN.

Die extreme Rechte in Ostbayern





Vorworte

04

**Wahrnehmen,
Informieren,
Aktiv werden**

08

**Völkischer Nationalismus
statt ‚Großer Austausch‘**

Ein Einblick in die Ideologie
der extremen Rechten in
Deutschland

10

**Militanter Neonazismus
unter dem Schutz
des Parteienprivilegs**

„Der III. Weg“ in Ostbayern

16

**NS- und
Gewaltverherrlichung als
Gemeinschaftserlebnis**

Die Rechtsrockszene in
Ostbayern

26

**„this is a NS/fascist
underground cell that
promotes real terrorism
against the system“**

Die „Feuerkrieg Division“ als
Teil eines online organisierten
Rechtsterrorismus

34

Das spricht für sich

Völkisch-nationalistische Posi-
tionierungen von Abgeordneten
der AfD aus Ostbayern

42

Gefährliche Resterampe

Die „Identitäre Bewegung“
in der Oberpfalz

52

**Ein akademischer Männer-
bund als Kaderschmiede und
Sammelbecken der ‚Neuen
Rechten‘**

Die „Burschenschaft Markomania
Wien zu Deggendorf/Passau“

58

**„Widerstand gegen
die Corona-Diktatur“**

Verschwörungsideologische
Proteste in Zeiten der Pandemie

62

**„Wir wollen in einer Stadt
leben, in der für Nationalismus,
Rassismus, Antisemitismus
und andere menschenverach-
tende Ideologien kein Platz ist“**

Interview mit der „Initiative
gegen Rechts“ aus Regensburg

70

**Bedrohung, Sachbeschädigung
und körperliche Übergriffe:
Rechte Gewalt in Ostbayern**

Ein Beitrag von B.U.D. – Beratung,
Unterstützung, Dokumentation

72

Kontakte

lokaler Bündnisse,
Unterstützungs-, Beratungs-
und Informationsangebote
gegen Rechtsextremismus

75

Vorwort

**des Präsidenten des Zentralrats
der Juden in Deutschland sowie
des Landesverbandes Israelitischer
Kultusgemeinden in Bayern,
Dr. Josef Schuster**



Foto: Zentralrat der Juden in Deutschland

Rechtsextreme? Doch nicht bei uns! Das mag sich vielleicht manch einer denken, der mit dem Thema Rechtsextremismus nicht so vertraut ist. Rechts-extremisten stellt man sich gern ausschließlich mit Glatze, in Springerstiefeln, Bomberjacken und mit Baseballschlägern bewaffnet vor. Das ist aber längst nicht mehr die einzige Form des Rechtsextremismus und nicht alle Ausformungen sind so leicht erkennbar. Wir finden Rechtsextreme heute überall in der Gesellschaft. Als sogenannte „Neue Rechte“ mit vermeintlich intellektuellem Anspruch. Wir finden sie in Stadt- und Landtagen, in Parlamenten, wo sie in Anzug und Krawatte ihre demokratiezersetzende Saat säen. Sogenannte Corona-Leugner schwadronieren auf der Straße vom „Volkstod“ oder dem „großen Austausch“ und teilen ihre antisemitischen und rassistischen Verschwörungsphantasien hunderttausendfach im Netz. Völkisches, antisemitisches und rassistisches Gedankengut findet sich nicht nur im Rechtsterrorismus, wie dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU), der jahrelang unerkannt quer durch die Republik mordete. Er findet sich auch bei Rechtsrockveranstaltungen und rechtsextremen Kampfsportgruppen, wo für den sogenannten Tag X trainiert wird. Jeden Tag – überall im Land.

Rechtsextremismus dringt zunehmend in unsere Gesellschaft ein. Es ist höchste Zeit, dass wir uns gemeinsam diesem Angriff auf unsere Demokratie stellen. Dazu gehört, dass wir die Codes der Rechts-extremisten verstehen, ihre Netzwerke sichtbar machen und ihre Strategie, unseren Rechtsstaat zu zerstören, ernst nehmen. Dazu gehören vor allem andere Bildung und Aufklärung, aber auch kompetente Sicherheitsbehörden und eine engagierte, wachsame Zivilgesellschaft.

Es braucht Bürger, die hinsehen, statt wegzuschauen. Zivilcourage fängt im Kleinen, im Alltag an. Dort wo Menschen abgewertet, ausgegrenzt, diffamiert werden. Hier braucht es den Mut aufzustehen und zu widersprechen. Es braucht den Mut, sich an die Seite der Angegriffenen zu stellen. Sichtbar, laut und hörbar. Ich hoffe, dass diese Publikation einen Beitrag dazu leistet, dass sich noch mehr Menschen für unsere offene und lebendige Demokratie engagieren. Mein Dank gilt ihnen und all jenen, die dies bereits seit langem tun.



**ZENTRALRAT DER JUDEN
IN DEUTSCHLAND**

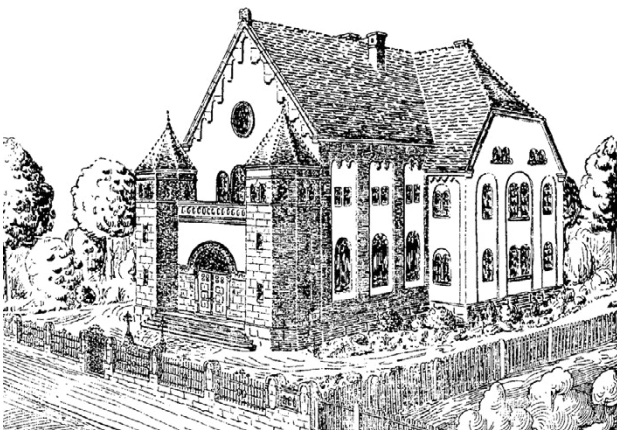
Vorwort
der Vorsitzenden der Israelitischen
Kultusgemeinde Straubing/Niederbayern
sowie der Vizepräsidentin des
Landesverbandes der Israelitischen
Kultusgemeinden in Bayern,
Anna Deborah Zisler

Angst schüren, Neid erwecken und Hass sähen sind neben Lügen, Heimtücke, Hetze und Gewaltanwendung die Waffen des rechten Terrors. Rechts-extreme Agitation ist leider alltägliche Realität, auch in Ostbayern. Zu ihrer Zielgruppe zählen mittlerweile nicht nur Juden, Muslime und Flüchtlinge, sondern auch Politiker, Staatsdiener und Andersdenkende.

Müssten nicht alle in unserem Land – Politik, Sicherheitsbehörden, Medien, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft – jegliche Form von Hass auf Juden und andere marginalisierte Gruppen erkennen, benennen, ächten und abwehren?

In unserer Heimatstadt Straubing setzen engagierte Menschen immer wieder klare Zeichen gegen Antisemitismus, Rassismus und andere menschenverachtende Ideologien. Die Publikation „Die extreme Rechte in Ostbayern. Ideologien. Strukturen. Aktivitäten“ reiht sich hier ein. Sie ist Ausdruck von Zivilcourage, die Aufgabe unserer ganzen Gesellschaft sein sollte.

In der Hoffnung, dass noch viel mehr aufrechte Menschen diese informative Broschüre lesen, sich damit auseinandersetzen und beginnen, sich für Mitmenschlichkeit und Toleranz einzusetzen, danke ich den Herausgebern der Publikation für ihre wertvolle Arbeit.



Vorwort

des langjährigen (Ehren-)Vorsitzenden
der Arbeitsgemeinschaft
ehemaliges KZ Flossenbürg e. V.,
Hans Simon-Pelanda



„Der Schoß bleibt fruchtbar noch...“

Seit den späten Fünfzigerjahren erinnerte die DGB-Jugend jährlich am 9. November im ehemaligen KZ Flossenbürg an die Verbrechen der Nationalsozialisten, aber auch an neue Hakenkreuz-Schmierereien, Anschläge auf Synagogen oder Treffen von SS-Veteranen auf dem einstigen Lagergelände. Redner der Gedenkveranstaltungen wie Pastor Martin Niemöller (1960) oder Dr. Fritz Bauer (1967) erinnerten nicht nur an die früheren Verbrechen, sondern warnten auch vor einem Erstarren der NPD mit alten und neuen Nazis. Dr. Gerhard Schmid (1982/1987) beurteilte die Anschläge der Achtzigerjahre – u. a. das Oktoberfestattentat, Schändungen im ehemaligen KZ Flossenbürg (1982/83), Brandanschläge – als eine nicht mehr zu leugnende Bedrohung der Gesellschaft. Aber Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden konnten (wollten?) darin keine neue rechtsextreme Bedrohung erkennen, alles sollten Aktionen von Einzeltätern gewesen sein; dort wo Gruppen zuschlugen, verharmloste man sie als ‚verwirrte alte Spinner‘ oder jugendliche Schläger.

Um den rechtsextremen, rassistischen und xenophoben Strömungen alter und neuer Nazis entgegenzutreten, entstanden Initiativen engagierter Nazigegner, aus der DGB-Jugend in Ostbayern die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e. V.“ Mit der Erforschung der Geschichte des KZ Flossenbürg, v. a. der wirtschaftlichen Verflechtungen in der Region, wurde dringend benötigtes Wissen erarbeitet, um mit Fakten der Verherrlichung der Nazizeit und dem Geschichtsrevisionismus entgegenzutreten. Nach dem Verlust fast aller Mandate der NPD, DVU und REP in den Parlamenten organisierte sich die Bewegung in kleinen Gruppen und Kadern, die zielgenauer einzelne Milieus oder Gruppen ansprachen und lokale Ereignisse populistisch nutzten. Ständig gründeten sich Kleinstparteien, Wehrsportgruppen, Kameradschaften oder Netze, deren Strukturen und Kooperationen kaum zu durchschauen waren. Wurde die eine Gruppierung verboten oder löste sich selbst auf, hatte sich längst eine ‚Auffangorganisation‘ gegründet.

Die pädagogischen Ansätze und vermehrte Aufklärungsarbeit in Schulen und in der Jugendarbeit brachten nicht die erhofften Erfolge. Wissenschaft und Pädagogik müssen heute kritisch feststellen, dass die Aufklärung über die Fakten zum Nationalsozialismus mit ethischen Begründungen und moralischen Appellen allein noch nicht genügt, um die neuen Verlaufsformen rechtsradikaler, rassistischer und faschistischer Umtriebe und Organisationen zu bekämpfen. Auch eine stringente Erkenntnis immunisiert nicht gegen rassistische Gewalt oder führt nicht

zwangsläufig zu einem entsprechenden Verhalten.

Erstens haben rechtsradikale Bewegungen verstanden, dass ‚martialisches Beschwören der ‚ruhmreichen Wehrmacht‘ oder der Gefährdung des ‚reinrassigen Volkes‘ alleine nicht mehr auf genügend Resonanz treffen und die Art ihres Auftretens und ihrer Propaganda sogar potentielle Sympathisanten abschrecken kann. Zweitens gelang es den Rechtsextremen immer häufiger, gesellschaftliche Veränderungen mit entsprechender Verunsicherung größerer Bevölkerungsgruppen – die Transformationen 1989/90, Verarmung von immer mehr Menschen im Rahmen der neoliberalen Agenda 2010, 2015 Flüchtlingsankunft, 2020 Grundrechtsbeschränkungen – mit ‚einfachen‘ Erklärungen und radikalen Forderungen schnell und öffentlichkeitswirksam für sich zu nutzen. Und drittens findet die AfD eine öffentliche Bühne, negiert fast unbehelligt demokratische Spielregeln und schafft ein Aktionsfeld und erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit für die gesamte rechte Bewegung.

In der Corona-Pandemie demonstrieren rechts-extreme Gruppen und Parteien, wie sie Proteste von verunsicherten Bevölkerungsgruppen befeuern, diese allmählich instrumentalisieren und letztlich nicht nur nach außen dominieren können. Dazu nutzen sie auch Diskussionen um Flüchtlingspolitik oder beschränkte Bewegungsfreiheit bis zu lokalen Streitthemen wie Asyl, ‚Heimaterde‘, kommunale Finanzen etc. Überall treten ihre Akteure zunächst in kleinbürgerlichem Habitus auf, um Bürgerrechte ‚zu verteidigen‘ oder Ungerechtigkeiten aus der Welt zu schaffen.

Auch wenn ihre Argumentation letztlich faschistisch und rassistisch ist, reichen fundiertes Wissen und eine darauf begründete historische Aufklärung allein keineswegs. Denn wie kann beispielsweise eine Lehrkraft mit zunächst nur als ‚aufmüpfig‘ erscheinenden Jugendlichen umgehen, wenn sie nicht weiß, dass sie ihre provokanten Sprüche von Neonazis vor der Schule aufgefangen oder aus populistischen und latent rassistischen Pamphleten bezogen haben? Dass organisierte Aktionen rechtsextremer Gruppierungen dahinterstecken? Wie kann man auf ‚plötzlich verrückt gewordene‘ Nachbarn und deren abstruse Meinungen reagieren, wenn man nichts von Pegida- oder Verschwörungstheoretikern in der Nähe oder der Jugendorganisation der AfD vor Ort weiß? Komplexer wird das Problem für die, denen notwendiges Hintergrundwissen – über die vielfältigen Kontakte und Kooperationen in rechtslastigen Milieus – für pädagogische Interventionen fehlt.

Verfassungsschutzberichte und Veröffentlichungen von Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung gehen zu selten auf die regionale oder lokale

Szene ein, die in der Bildungsarbeit als (tages)aktuelle Anknüpfungspunkte vonnöten sind. Manche werden sich noch an die wirkungsvolle, schnell vergriffene Dokumentation „Rechte Strukturen in Bayern 2001“ von Andreas Angersdorfer und Annemarie Dengg erinnern. Durch seinen frühen Tod wurde diese exemplarische Erfassung und Erklärung der rechten Strukturen mit „Schwerpunkt Oberbayern, Oberpfalz und Niederbayern“ nicht fortgeführt. Daran kann die vorliegende Publikation, bedingt durch die entstandene Lücke, nicht zeitlich direkt anknüpfen, aber die akribische Erfassung und Entlarvung des rechten Geflechts, des rechtsextremen Netzes über den ostbayerischen Raum steht in dieser Tradition. Die Autoren und Herausgeber kennen die Probleme und Anforderungen der pädagogischen Praxis und können so in Aufbau und Inhalt der Publikation viele lange vermisste Informationen, Erklärungen und Tipps zur Verfügung stellen. Über die Gliederung lassen sich einzelne Akteure und Strukturen schnell auffinden, die Vermittler können damit zielgruppen- und anlassgenau wirksame Materialien zusammenstellen und Aufklärungskampagnen entwickeln. Durch Informationen über den derzeitigen Aufbau rechtsextremer Strukturen, ihre Vorgeschichte sowie Führungspersonen lassen sich lokale Szenen und deren Entwicklung nachvollziehen. Alle in sozialen und pädagogischen Berufen, engagierte junge Menschen, aber auch diejenigen, die aufmerksam die zunehmende Radikalisierung und Militarisierung der rechten Szene inmitten der Gesellschaft beobachten, bekommen eine äußerst nützliche Handreichung für ihr Engagement. Auch wenn der Rechtsextremismus inzwischen auf allen Ebenen der Hetze, der Propaganda und der Vereinnahmung veränderter gesellschaftlicher Entwicklungen gefährlich flexibel agiert, lassen sich auf Grundlage der vorliegenden Analyse Veränderungen erkennen und Reaktionen planen. Wünschenswert wäre zukünftig eine Plattform, eine digitale Fortschreibung, um die sich schnell ändernden rechten Umtriebe möglichst aktuell zu dokumentieren und die jeweils neuesten Daten ohne Zeitverzug bereitzustellen.

**Der Dank gilt den Autoren
und Herausgebern, die
Hoffnung einer
vielfältigen Nutzung!**

Wahrnehmen, informieren, aktiv werden

Die extreme Rechte in Deutschland ist seit einigen Jahren auf dem Vormarsch. Sie etabliert sich in den Parlamenten, kann phasenweise viele Anhänger*innen für Proteste auf der Straße mobilisieren, bringt neue Organisationen hervor, arbeitet erfolgreich an einer Diskursverschiebung nach rechts und tritt immer wieder offen gewalttätig auf. Aus der Einstellungsforschung ist zudem seit langem bekannt, dass Ideologien der Ungleichwertigkeit auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft fest verankert sind. Dies wird zunehmend sichtbar, da sich vor dem Hintergrund der veränderten politischen Lage Akteur*innen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen legitimiert fühlen, diese Einstellungen auszudrücken.

Als Partnerschaften für Demokratie bekommen wir alltäglich mit, dass viele unserer Kooperationspartner*innen mit diesen Phänomenen konfrontiert sind. Für die erfolgreiche Auseinandersetzung damit sind grundlegende Kenntnisse zu Ideologien, Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten notwendig. Genau hier soll die vorliegende Publikation ansetzen:

→ Im ersten Teil wird ein grundlegender Überblick zur Ideologie der extremen Rechten in Deutschland gegeben. Was macht bei allen Unterschieden zwischen den verschiedenen Strömungen ihr Denken im Kern aus? Die Auseinandersetzung damit ist so wichtig, da die völkisch-nationalistische Ideologie im Unterschied zu den Organisationsformen der extremen Rechten eine relativ hohe Stabilität aufweist. Ein Wissen darüber ermöglicht es, neue Phänomene schnell zu erkennen und handeln zu können.

→ Im Anschluss wird das neonazistische Spektrum in Ostbayern in den Blick genommen, also jener Teil der extremen Rechten, der unmittelbar in der Tradition des historischen Nationalsozialismus steht. „Der III. Weg“ ist hier aktuell der wichtigste parteiförmige Akteur in der Region, daneben gibt es jedoch noch eine Vielzahl subkulturell-neonazistischer Strukturen und immer wieder werden auch terroraffine Protagonist*innen wie der Neonazi Fabian D. von der „Feuerkrieg Division“ aus dem Landkreis Cham sichtbar.

→ Es folgt die Auseinandersetzung mit Strukturen der extremen Rechten abseits des offenen Neonazismus, konkret wird der Fokus auf völkisch-nationalistische Positionierungen von Abgeordneten der AfD aus Ostbayern gelegt und die „Identitäre Bewegung“ in der Oberpfalz sowie die „Burschenschaft Markomania Wien zu Deggendorf/Passau“ als Teil der ‚Neuen Rechten‘ betrachtet.

→ Mit der Corona-Protestbewegung wird außerdem ein aktuelles Phänomen analysiert, bei dem verschwörungsideologisches und zumindest strukturell antisemitisches Denken virulent sind.

→ Der letzte Teil versammelt Beiträge, die dazu motivieren sollen, gegen die Ideologie und Praxis der extremen Rechten aktiv zu werden. Ein Interview mit der „Initiative gegen Rechts“ aus Regensburg bietet Einblick in die Arbeit eines langjährig etablierten Bündnisses, ein Beitrag der Beratungsstelle B.U.D. für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Bayern soll die Betroffenenperspektive stärken und ein Verzeichnis mit Kontaktdaten lokaler Bündnisse gegen die extreme Rechte bzw. Stellen zur Beratung

und Unterstützung bieten konkrete Ansatzpunkte für Aktivitäten.

Die Darstellung und Analyse extrem rechter Strukturen muss durch den begrenzten Umfang der Publikation zwangsläufig unvollständig bleiben. Die Beiträge sind jedoch so gewählt, dass sie exemplarisch für allgemeine Tendenzen innerhalb der extremen Rechten stehen. Gleichwohl ist zu hoffen, dass weitere Veröffentlichungen wichtige Leerstellen schließen werden: Beispielsweise beim Thema der völkischen Ökologie- und Siedlungsbewegung, deren Aktivitäten insbesondere in einigen Regionen Niederbayerns immer wieder zu beobachten sind. Ebenso fehlen verschriftlichte Kenntnisse zu regionalen Organisationsstrukturen der (post)migrantischen extremen Rechten, allen voran der türkischen „Grauen Wölfe“, aber auch der islamistischen Rechten. Die extrem rechten Netzwerke innerhalb der Bundeswehr und der Sicherheitsbehörden ziehen sich ebenfalls bis nach Ostbayern und sollten schnellstmöglich aufgeheilt werden.

Da Ideologie und Praxis der extremen Rechten nicht im luftleeren Raum entstehen, sondern vielmehr an Einstellungspotentiale in der Mitte der Bevölkerung und bestehende gesellschaftliche Diskurse anknüpfen, bräuchte es auch hierüber zuverlässige Informationen. Es wäre zu wünschen, dass die politischen Einstellungen der Bevölkerung in (Ost)Bayern ähnlich dem „Thüringen Monitor“ der Thüringer Staatskanzlei in Zusammenarbeit mit der Uni Jena regelmäßig untersucht würden. Ein wichtiger Fokus liegt in Thüringen auf der Erforschung extrem rechter Einstellungen, der Demokratieakzeptanz, der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen der Bürger*innen, entsprechende Ergebnisse wären auch für unsere Region äußerst relevant.

Wenngleich also noch viele Themen unterbelichtet sind, bietet die vorliegende Publikation einen einzigartigen Überblick zur extremen Rechten in Ostbayern. Es wird deutlich, dass es keine Gegend ohne Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten gibt. Das sollte vor Ort nicht als Makel verstanden werden, sondern vielmehr dazu ermutigen, die Probleme aufmerksam wahrzunehmen, offen anzusprechen und entschlossen zu bearbeiten. Nicht die Thematisierung der extremen Rechten vor der eigenen Haustüre sollte als Problem wahrgenommen werden, sondern Bagatellisierung und Inaktivität. Dass das lokale Auftreten der extremen Rechten zunächst verunsichernd wirkt, ist normal. Der größte Fehler ist es jedoch, nichts zu unternehmen. Die extreme Rechte betrachtet dies häufig als Ermutigung für weitere Aktivitäten. Statt in Schockstarre zu verfallen, gilt es überlegt vorzugehen.

Merkt die extreme Rechte, dass sie mit Widerstand rechnen muss, gehen ihre Aktivitäten häufig merklich zurück.

Als Partnerschaften für Demokratie wollen wir Sie darin bestärken, Demokratie und Menschenrechte gegen die extreme Rechte zu verteidigen. Das entschlossene Streiten und alltägliche Wirken für eine demokratische, solidarische, pluralistische und inklusive Gesellschaft ist nicht nur ein Wert für sich, sondern kann auch dazu beitragen, der extremen Rechten das Wasser abzugraben. Beides beginnt vor Ort und wir bzw. unsere Kolleg*innen (siehe Kontaktverzeichnis) unterstützen Sie sehr gerne dabei. Wir hoffen, auch mit dieser Publikation einen wichtigen Beitrag dazu zu leisten.

Unser Dank gilt Dr. Josef Schuster vom Zentralrat der Juden in Deutschland, Anna Zisler von der Israelitischen Kultusgemeinde Straubing und Hans Simon-Pelanda von der Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg für ihre kenntnisreichen und ermutigenden Vorworte. Wir danken außerdem herzlich den Autor*innen der Beiträge sowie allen, die Informationen und Bildmaterial bereitgestellt oder durch Hintergrundgespräche, Verbesserungsvorschläge etc. zu dieser Veröffentlichung beigetragen haben. Ohne all jene, die sich kontinuierlich aus einer antifaschistischen, journalistischen, wissenschaftlichen oder beraterischen Perspektive kritisch mit der extremen Rechten auseinandersetzen, wäre dieses Projekt nicht möglich gewesen. Danke.

Herzliche Grüße

**Partnerschaft für Demokratie
Straubing**

**Partnerschaft für Demokratie
Neustadt an der Waldnaab**



Neustadt lebt Demokratie

Völkischer Nationalismus statt ‚Großer Austausch‘

Ein Einblick in die
Ideologie der
extremen Rechten
in Deutschland

Die extreme Rechte ist kein monolithisches Gebilde. Sie besteht aus verschiedenen Strukturen, die sich inhaltlich und strategisch unterscheiden: Von Parteien und Vereinen über weniger formal verfasste Bewegungen, Netzwerke und Gruppen bis hin zu Szenen und Lebenswelten gibt es vielfältige Erscheinungsformen. Teile davon beziehen sich formal auf die Demokratie und agieren legalistisch, andere propagieren offen den ‚Sturz des Systems‘ und treten gewalttätig bis terroristisch auf. Das Verhältnis zum historischen Nationalsozialismus ist von unverhüllt positiver Bezugnahme bis hin zu vordergründig scharfer Abgrenzung geprägt. Durch staatliche Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Gegenaktivitäten oder innere Probleme ist die extreme Rechte zudem einem ständigen Wandel unterworfen. Einzelne Strukturen verlieren stark an Bedeutung oder verschwinden komplett, selbst wenn diese wenige Jahre zuvor noch zu den dynamischsten innerhalb dieses politischen Spektrums gezählt haben. Dabei gibt es auf der personellen Ebene durchaus Kontinuitäten, so bleiben viele Akteur*innen der sich wandelnden Strukturen unter neuem Label weiter aktiv.

Angesichts dieser Unübersichtlichkeit ist es wichtig, den ideologischen Kern des Rechtsextremismus in Deutschland in den Blick zu nehmen. Bei allen Unterschieden und Wandlungsprozessen eint dieser die extreme Rechte und ist relativ stabil. Die Auseinandersetzung damit ermöglicht es, neue Phänomene zutreffend zu erkennen, zu interpretieren und darauf zu reagieren. In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion besteht keine abschließende Einigkeit über die ideologischen Elemente des Rechtsextremismus. Für eine Annäherung soll hier das relativ verbreitete Rechtsextremismusmodell des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke aufgegriffen werden. Unter Rechtsextremismus versteht Jaschke:

1. Die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, 2. die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, 3. die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertpluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen¹.

Extrem rechte Einstellungen: Kein Randphänomen

Zunächst umreißt Jaschke, dass sich das Phänomen Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen abspielt. Extrem rechte Einstellungen sind entsprechenden Verhaltensweisen und Aktionen vorgelagert, aber nicht alle extrem rechts eingestellten Personen werden zwangsläufig aktiv oder organisieren sich. Studien wie die Leipziger Autoritarismus-Studie weisen darauf hin, dass rund 4,5% der Bevölkerung in Deutschland ein geschlossen extrem rechtes Weltbild haben. Ein manifester Rassismus als wichtiges ideologisches Merkmal des Rechtsextremismus ist mit 16,5% deutlich stärker verbreitet. Beide Werte müssen als Untergrenzen betrachtet werden, da es sich nur um die geschlossen manifeste Zustimmung handelt. Einzelnen Aussagen wie „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet“ stimmen in der Studie beispielsweise mehr als 25% der Bundesbürger*innen eindeutig und gut 27% teilweise zu – insgesamt findet die Position also bei knapp 53% der Bevölkerung Anklang². Dieses Potential kann die extreme Rechte bisher bei Wahlen oder Aktivitäten auf der Straße und in sozialen Netzwerken zwar nur bedingt ausschöpfen, die Ergebnisse der Einstellungsforschung machen aber deutlich, dass

der Rechtsextremismus kein zu vernachlässigendes Randphänomen ist.

Rassismus als Mittel und Zweck

Im zweiten Schritt stellt Jaschke den Rassismus als einen zentralen ideologischen Kern des Rechtsextremismus heraus. In der extremen Rechten herrscht die Überzeugung vor, dass sich Menschen entlang der Kategorien ‚Rasse‘, ‚Ethnie‘ oder ‚Kultur‘ grundlegend unterscheiden würden, womit eine Ungleichbehandlung gerechtfertigt wird. Konkret wird mit der zugeschriebenen Differenz ein ungleicher Zugang zu Ressourcen und Rechten begründet. Insbesondere über die Zugehörigkeit zum deutschen Volk und das Recht in Deutschland zu leben wird entlang völkisch-rassistischer Kategorien entschieden. Volk und Staatsgebiet müssen unbedingt ‚rein‘ gehalten werden bzw. muss diese ‚Reinheit‘ angesichts einer behaupteten ‚Überfremdung‘ wiederhergestellt werden. Der legalistisch agierende Teil der extremen Rechten gibt an, dieses Ziel über eine Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts und massenhafte Abschiebungen erreichen zu wollen – ein Prozess, der ohne massive Diskriminierung und zumindest mittelbare Gewalt nicht vorstellbar erscheint. Der militante Teil setzt bereits heute auf unmittelbare Gewalt bis hin zu Mord, um von Rassismus Betroffene einzuschüchtern und aus Deutschland zu vertreiben. In beiden Lagern werden zudem immer wieder massive Vernichtungsphantasien formuliert, die im Falle einer Erlangung der Macht Realität werden sollen. Mit ihrer rassistischen Agitation kann die extreme Rechte an bestehende Diskurse in Politik und Gesellschaft anknüpfen und versucht diese weiter zuzuspitzen. Hierdurch wird das Leid der von Rassismus Betroffenen weiter vergrößert und eine Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben.

Gegen die liberale Demokratie

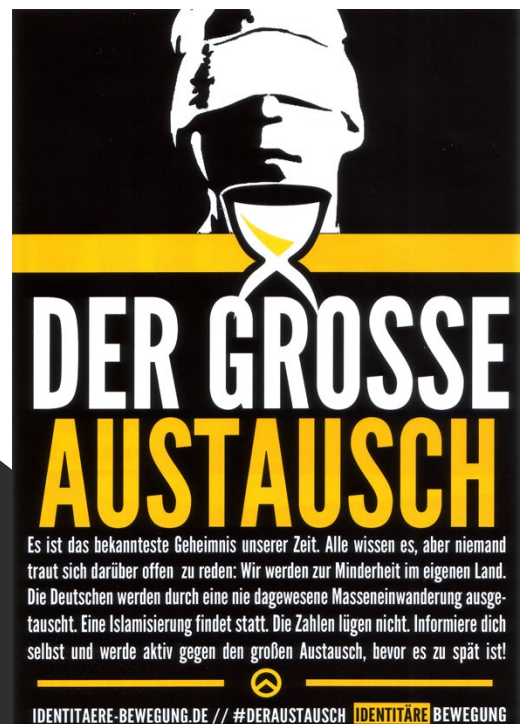
Abschließend hält Jaschke den antidemokratischen Charakter als weiteres zentrales ideologisches Merkmal der extremen Rechten fest. Trotz einer verbreiteten instrumentellen Bezugnahme auf den Begriff der Demokratie tendiert die extreme Rechte zu Formen autoritärer Herrschaft, um die angeblichen Interessen des völkisch-rassistisch definierten Volkes konsequent durchsetzen zu können. In einer liberalen Demokratie mit Minderheitenrechten und Schutz vor Diskriminierung ist das nicht möglich, weshalb sie bekämpft wird. Je nach Strömung der extremen Rechten reichen die Herrschaftsalternativen dabei von einer ‚illiberalen Demokratie‘ bis hin zur offenen Diktatur, häufig bleiben die Vorstellungen jedoch

auch unspezifisch. Das ist wenig verwunderlich, will man doch dem eigenen Verständnis nach lediglich einen ‚natürlichen‘ Zustand wiederherstellen, der nicht weiter begründet werden muss. Es existiert die Vorstellung einer von Harmonie geprägten völkisch-nationalen Gemeinschaft, in der alle, die dazugehören, ihren festen Platz haben, sich entsprechend einfügen und ihre Pflicht zum Wohle des großen Ganzen erfüllen. Individuen und Gruppen haben ihre Bedürfnisse und Vorstellungen unterzuordnen. Interessensgegensätze innerhalb des Volkes, etwa zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen, werden bestritten. Ökonomische oder gesellschaftliche Probleme und Krisen müssen deshalb anderweitig erklärt werden. Eine zentrale Rolle spielen neben dem Rassismus dabei der Antisemitismus und der Antifeminismus, auf die noch näher eingegangen wird. Darüber hinaus sind für die extreme Rechte vor allem drei Erklärungen bzw. Feindbilder wichtig: In nationalistischer Manier wird anderen Staaten oder der EU vorgeworfen, Deutschland zu übervorteilen und auszunutzen. Im Inneren werden liberale Demokrat*innen als ‚Volkverräter‘ denunziert, die fremden Interessen dienen würden; insbesondere die politische Linke wird für ihren ‚Internationalismus‘ angegriffen. Virulent ist außerdem eine sozialdarwinistische Hetze gegen ‚Unproduktive‘ und ‚Schmarotzer‘, die angeblich keinen Beitrag zur Gemeinschaft leisten würden. All diese Phänomene finden sich nicht nur in der extremen Rechten. Dort treten sie allerdings besonders aggressiv auf, da durch sie das ideologische Konstrukt einer völkisch-nationalen Gemeinschaft als Gegenentwurf zur liberalen Demokratie stabilisiert werden muss.

Es ließen sich noch zahlreiche weitere ideologische Aspekte aufführen, die in der extremen Rechten verbreitet und wirkmächtig sind. Bei allen Unterschieden stellt sich aber die hier idealtypisch skizzierte Vorstellung einer rassistisch bestimmten, autoritär geprägten, völkisch-nationalen Gemeinschaft in Abgrenzung zur liberalen Demokratie als ideologischer Kern der extremen Rechten dar. Welche Elemente besonders ausgeprägt sind, hängt stark von den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ab. Aktuell liegt der Fokus besonders auf der rassistischen Agitation, die spätestens seit den Achtzigerjahren ein wichtiges Kampagnenthema der extremen Rechten ist. Im Zuge der gestiegenen Fluchtmigration seit dem Jahr 2014 bzw. damit verbundener rassistischer Diskurse in Teilen der Gesellschaft, Politik und Medien erfuhr sie weiteren Aufwind und ist eingebettet in eine übergeordnete Verschwörungserzählung, die im Folgenden in den Blick genommen werden soll.

Aktuell liegt der Fokus besonders auf der rassistischen Agitation

Quelle: Screenshot Webseite „Der III. Weg“
(https://der-dritte-weg.info/2014/08/volkstod-stoppen-flugblatt-und-aufkleber-ab-sofort-erhaltenlich)



Quelle: Faksimile Flyer
„Identitäre Bewegung“

Der ‚Große Austausch‘ als zentrale Erzählung der extremen Rechten

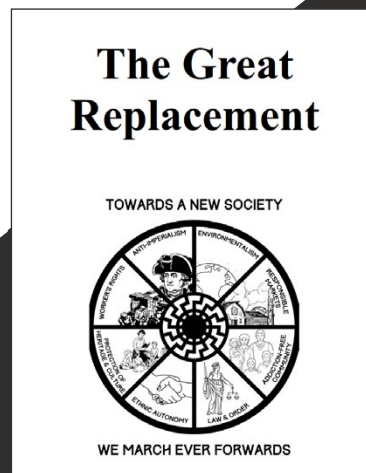
Bei allen inhaltlichen und strategischen Unterschieden teilen die verschiedenen Lager der extremen Rechten momentan ein zentrales, verschwörungsideologisches Narrativ: Die neonazistische Partei „Der III. Weg“ spricht vom „Volkstod“ durch „Überfremdung, Abtreibung und Kinderlosigkeit“³. Der AfD-Politiker Björn Höcke aus Thüringen warnt vor dem „bevorstehenden Volkstod durch den Bevölkerungsaustausch“ und auch jenseits des offen extrem rechten „Flügels“ ist in der AfD immer wieder von einer ‚Umvolkung‘ oder einem ‚Massenaustausch der Bevölkerung‘ die Rede⁴. Innerhalb der neurechten „Identitären Bewegung“ wird die angebliche Bedrohung mit einem Begriff des extrem rechten französischen Schriftstellers Renaud Camus als „Großer Austausch“ bezeichnet⁵. Gemeint ist damit immer das Gleiche: Das völkisch-rassistisch definierte deutsche Volk sei durch eine Kombination aus Zuwanderung und Geburtenrückgang existenziell in seiner ‚biologischen Substanz‘ bedroht.

Der rassistische Gehalt ist offensichtlich: Flüchtlinge und Migrant*innen bzw. allgemein von Rassismus Betroffene werden als Gefahr dargestellt, da durch sie eine ‚Überfremdung‘ drohe; verstärkt würde diese noch durch angeblich höhere Geburtenraten innerhalb dieser Gruppen. Hinzu kommt, dass durch eine ‚Vermischung‘ die ‚Reinheit‘ des deutschen Volkes gefährdet sei. Neben dem Rassismus findet in dieser Vorstellung auch der Antifeminismus als wichtiges ideologisches Merkmal der extremen Rechten seinen Ausdruck: Im völkisch-rassistischen Sinne ‚deutsche Frauen‘ würden demnach seit den Sechzigerjahren zu wenige Kinder bekommen, da sie geprägt durch den Feminismus zunehmend nach Gleichberechtigung streben und ihre ‚reproduktiven Pflichten‘ vernachlässigen würden. Durch Kinderlosigkeit, Verhütung und Abtreibung würde eine ‚Selbstzerstörung des deutschen Volkes‘ vorangetrieben. Auch der in der extremen Rechten virulente Antisemitismus bzw. ein zumindest strukturell antisemitisches Denken wird in der Erzählung des ‚Großen Austausches‘ sichtbar. Denn Migration und Geburtenrückgang werden nicht als lediglich von den gesellschaftlichen Verhältnissen geprägte Prozesse verstanden, sondern als bewusst eingesetzte Werkzeuge dargestellt, mit denen das deutsche Volk geschwächt und somit leichter beherrschbar gemacht werden soll. Die angeblich dafür Verantwortlichen werden in den verschiedenen Spektren der extremen Rechten unterschiedlich offen benannt: Teils ist nur unspezifisch von ‚den Eliten‘ oder ‚dem Establishment‘ die Rede, was zumindest Interpretationsspielräume lässt. Klarer wird es, wenn weniger chiffriert von ‚den Globalisten‘ oder ‚der US-Ostküste‘ gesprochen wird. Hinter solchen Formulierungen steckt in den meisten Fällen

Die Begriffe unterscheiden sich, die dahinter stehende Vorstellung ist sehr ähnlich: Das völkisch-rassistisch definierte Volk soll durch eine Kombination aus Zuwanderung und Geburtenrückgang existenziell in seiner ‚biologischen Substanz‘ bedroht sein



Quelle: Screenshot Twitter (https://twitter.com/Beatrix_vStorch)



Quelle: Faksimile ‚Manifest‘ Attentäter Christchurch

die Vorstellung einer angeblichen ‚jüdischen Weltverschwörung‘. Diese wolle das deutsche Volk schwächen oder vernichten, um ihre Pläne zur Erlangung der Weltherrschaft leichter durchsetzen zu können. Doch auch ohne entsprechende Schlüsselwörter ist das dahinterstehende verschwörungsideologische Denken zumindest anschlussfähig für Antisemitismus. Die Vorstellung einer ‚jüdischen Verschwörung‘, mit der ökonomische oder gesellschaftliche Probleme und Krisen erklärt werden, ist kulturell so tief verankert, dass ‚die Juden‘ nicht unbedingt klar benannt werden müssen. Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus greifen hier ineinander: Die imaginierte ‚jüdische Weltverschwörung‘ soll mithilfe des Feminismus und der ‚Volksverräter‘ in der deutschen Politik einen Geburtenrückgang herbeigeführt haben, um eine gesteuerte Migration nach Deutschland zu rechtfertigen und damit das deutsche Volk durch ‚Überfremdung‘ zu schwächen und leichter beherrschbar zu machen. Das mag wahnhaft klingen, ist heute jedoch das zentrale übergeordnete Narrativ der extremen Rechten in Deutschland und darüber hinaus. Und es ist gefährlich, denn in einer Situation der angeblich existenziellen Bedrohung erscheinen auch schwere Gewalttaten als vermeintliche ‚Notwehr‘ legitimiert. Der Attentäter von Christchurch, der im März 2019 in zwei Moscheen 51

Menschen ermordete, bezog sich in seinem ‚Manifest‘ mit dem Titel „The Great Replacement“ („Der Große Austausch“) auf diese verschwörungsideologische Vorstellung. Auch der Attentäter von Halle, der im Oktober 2019 an Jom Kippur ein Massaker in einer Synagoge anrichten wollte und eine Passantin sowie den Besucher eines Döner-Imbisses erschoss, formulierte in seinem während der Tat live gestreamten Video wie aus dem Lehrbuch: „Der Feminismus ist der Grund für die fallenden Geburtenraten im Westen, die als Ausrede für die Masseneinwanderung herhalten müssen und die Wurzel all dieser Probleme ist der Jude“. Auch wenn nur ein sehr geringer Teil der Anhänger*innen dieser Verschwörungserzählung selbst Gewalt ausübt, ist sie doch brandgefährlich. Ihre Verbreitung ermutigt den militanten und terroristischen Teil der extremen Rechten zu schrecklichen Taten und legitimiert diese angesichts des fiktiven Bedrohungsszenarios. Die Vision des drohenden Untergangs des deutschen Volkes trägt außerdem erheblich zu einer Radikalisierung ihrer Anhänger*innen bei, denen autoritäre und antidemokratische Maßnahmen zunehmend als alternativlos erscheinen.

Die Vorstellung einer ‚jüdischen Verschwörung‘, mit der ökonomische oder gesellschaftliche Probleme und Krisen erklärt werden, ist kulturell so tief verankert, dass ‚die Juden‘ nicht unbedingt klar benannt werden müssen.

-
- 1 Jaschke, Hans-Gerd 2001: Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 30.
 - 2 vgl. Decker, Oliver et al. 2020: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psycho-sozial-Verlag, S. 27–87.
 - 3 Der III. Weg 2014: Volkstod stoppen: Flugblatt und Aufkleber ab sofort erhältlich, in: Der III. Weg, 10.08.2014 (<https://der-dritte-weg.info/2014/08/volkstod-stoppen-flugblatt-und-aufkleber-ab-sofort-erhaeltlich>).
 - 4 Höcke, Björn/Henning, Sebastian 2018: Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning. Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum, S.216.
 - 5 Sellner, Martin 2017: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs. Schnellroda: Antaios, S.183 ff.

Militanter Neonazismus unter dem Schutz des Parteienprivilegs

„Der III. Weg“ in Ostbayern

Die Partei „Der III. Weg“ ist die aktivste Neonazistruktur in Ostbayern. Zeitweise ist sie durch öffentliche Veranstaltungen sehr präsent, daneben arbeitet sie kontinuierlich an ihrer regionalen Verankerung. Die Anhänger*innen sind hochgradig ideologisiert und das Gewaltpotential ist erheblich. Im Folgenden sollen deshalb ihre zentralen Themen, Aktivitäten und Strukturen in den Blick genommen werden.

Zentrales Event der **NS-Verherrlichung** ist für die Partei das jährliche ‚Heldengedenken‘ zum Volkstrauertag

→ Wunsiedel, November 2019



An einem Montagabend Mitte August 2020 steht Jasmine Eisenhardt auf dem Deggendorfer Stadtplatz, seit Monaten finden dort im Wochentakt von Neonazis organisierte Corona-Kundgebungen statt. Eisenhardt hält sich eher im Hintergrund, dürfte jedoch mit einer klaren politischen Mission vor Ort sein. Gut zwei Wochen zuvor ist sie zur bayerischen Landesvorsitzenden der Partei „Der III. Weg“ gewählt worden und diese hat bezüglich der Corona-Proteste eine klare Linie ausgegeben: „Das System ist gefährlicher als Corona“. Unabhängig von der persönlichen Einschätzung der Pandemie sollen die Anhänger*innen bei den Protesten aktiv werden, denn dort seien Menschen anzutreffen, die „nicht mehr an Reformen glauben. Menschen, die radikale Veränderungen wollen. Potenzielle Revolutionäre“. Die Partei hofft, hier neue Mitstreiter*innen gewinnen zu können. Sie sieht in der Protestbewegung gar einen Vorboten revolutionärer Veränderung und will deshalb mit einem klaren Ziel Einfluss nehmen: „Hier stehen Deutsche, die mit dem System abschließen und einen Wandel wollen. Wir müssen dafür sorgen, dass dieser Wandel der Weg zum Deutschen Sozialismus sein wird“.¹

Die Corona-Proteste sind also Mittel zum Zweck, das Ziel sei ein ‚Deutscher Sozialismus‘ – ein Begriff, der von der Partei „Der III. Weg“ sehr häufig verwendet wird, selbst ihr Name geht darauf zurück. So fordert sie im ersten Punkt ihres Parteiprogramms die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus“ – eben einen ‚dritten Weg‘.² ‚Deutscher Sozialismus‘ kann hier als Synonym für Nationalsozialismus interpretiert werden: Als offene neonazistische Organisation steht die Partei in der Tradition des historischen Vorbilds, auf das sie sich inhaltlich wie stilistisch vielfältig bezieht. Neben der Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus gehört die rassistische Agitation gegen Flüchtlinge, eine völkische Sozialkritik und die Pflege einer vermeintlich ‚arteigenen Kultur‘ zu den zentralen Themen der Partei „Der III. Weg“. Verknüpft mit den Aktivitäten der Partei sollen diese Themen zunächst betrachtet werden, bevor eine Skizzierung der überregionalen und regionalen Strukturen erfolgt.

¹ Ob Hammer und Schwert oder Zahnrad, die Symbolik der Partei ist stark durch den historischen Nationalsozialismus geprägt

² → Deggendorf, März 2014

Themen & Aktivitäten

Verherrlichung des Nationalsozialismus

Jedes Jahr zum Volkstrauertag marschiert „Der III. Weg“ für sein ‚Heldengedenken‘ in Wunsiedel auf. Die oberfränkische Kleinstadt ist als ehemaliger Ort der Grabstätte von Rudolf Heß bei Neonazis fest mit dessen Namen verbunden. Wenngleich eine Änderung des Strafrechtes zur Folge hatte, dass dort keine öffentlichen positiven Bezüge auf den Hitlerstellvertreter mehr erfolgen dürfen, besitzt der Ort für Neonazis nach wie vor einen hohen symbolischen Wert. In chiffrierter Form wird Heß auch weiterhin verehrt, so führt „Der III. Weg“ beim ‚Heldengedenken‘ beispielsweise stets ein Transparent mit der Aufschrift „Dein Heldengrab ist überall“ mit sich. Der Slogan entstammt einem Lied der Rechtsrockband „Stahlgewitter“, das dem Hitlerstellvertreter gewidmet ist. Die Referenz auf Heß ist jedoch nur ein Teil der Veranstaltung, die unter dem Motto „Tot sind nur jene, die vergessen werden!“ steht. Bei dem Aufmarsch mit Fackeln und Fahnen werden stellvertretend für den Nationalsozialismus die Soldaten von Wehrmacht und Waffen-SS als Helden verehrt, denen man sich in der identitätsstiftenden Inszenierung auf eine nahezu metaphysische Art verbunden fühlen will und deren als vorbildlich geltenden Kampf man dem Selbstverständnis nach fortführt. Es findet eine kollektive Selbstvergewisserung statt, durch die das eigene politische Handeln als Teil einer historischen Mission legitimiert und die relative politische Bedeutungslosigkeit kompensiert wird. Anschaulich beschwor die Bedeutung des historischen Vorbilds beispielsweise Julian Bender als Redner der Partei beim ‚Heldengedenken‘ im November 2017: „Deutschland hatte einst den Kampf gegen die Sklaventreiber gewonnen, Klassendenken und Dekadenz wurden überwunden, soziale Gerechtigkeit wurde für jeden Deutschen geschaffen, für jeden Volksangehörigen



geschaffen und der Zionismus wurde besiegt. [...] Wir müssen die Feinde der Freiheit unseres Volkes hassen können, um den Willen zu ihrer Bekämpfung aufzubringen. [...] Unsere Ahnen haben es gelernt, die Widersacher, Verräter und Vernichter unseres Volkes aus tiefster Seele hassen zu können und dieser Hass hat sie zu diesen befreienden Taten befähigt. [...] Wer leben will, muss kämpfen und wer nicht streiten will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht.“³ Der gepredigte Hass wird zur Voraussetzung erklärt, um die ‚notwendige Härte‘ im Kampf gegen vermeintliche Bedrohungen aufbringen zu können; als Vorbild gelten dabei ‚die befreienden Taten der Ahnen‘. Betrachtet man die deplatziert wirkende Verwendung des Begriffs Zionismus, liegt es nahe, dass damit auch Vernichtungskrieg und Shoah gemeint sein dürften – ein deutlicheres Bekenntnis ist kaum möglich. Da kann es kaum noch überraschen, dass die sozialdarwinistische Aussage im letzten Satz des Zitats nahezu wortgleich aus Hitlers ‚Mein Kampf‘ entlehnt ist. Neben der Veranstaltung in Wunsiedel finden jedes Jahr rund um den 16. März – ab 1939 NS-‚Heldengedenktag‘ – dezentrale Gedenkveranstaltungen statt. In allen Teilen Ostbayerns ist ‚Der III. Weg‘ zu diesem Termin an Kriegerdenkmälern anzutreffen, um die vermeintlichen ‚Helden‘ von Wehrmacht und Waffen-SS zu ehren. Auch zu anderen Jahrestagen bezieht sich die Partei offen positiv auf den historischen Nationalsozialismus, so wird am 9. November der Beteiligten des Hitler-Ludendorff-Putsches als ‚Widerstandskämpfer, die ihr Leben für ein neues und freies Deutschland gaben‘, gedacht.⁴ Walter Strohmeier als ehemaliger ‚Stützpunktleiter Ostbayern‘ verbreitete im Jahr 2015 zum ‚Hitlergeburtstag‘ am 20. April bei Facebook ein ehrendes Gedicht, das mit der Zeile ‚Heil dir, dessen Namen man nicht nennen darf!‘ endet und postete im Dezember des selben Jahres ein Selfie von sich vor dem Geburtshaus Adolf Hitlers in Braunau. Auch in der Symbolik der Partei ist die Bezugnahme offensichtlich, etwa durch das sehr präzente Symbol von Hammer und Schwert. Die Kombination wurde vom vermeintlich ‚linken‘ Flügel des historischen Nationalsozialismus rund um die Brüder Gregor und Otto Strasser als Logo verwendet. Die Nutzung durch die Partei ‚Der III. Weg‘ kann als Bezug auf diesen Flügel der ‚Nationalen Sozialisten‘ interpretiert werden, der weitreichendere sozialpolitische Forderungen als die Parteimehrheit vertrat und sich stärker antiwestlich positionierte. Da das Symbol nie offizielles Kennzeichen einer NS-Organisation war, ist es strafrechtlich nicht relevant und wird innerhalb des Neonazismus als Ersatz für das verbotene Hakenkreuz

verwendet. Häufig greift ‚Der III. Weg‘ auch auf das Zahnrad zurück, historisch war es Teil des Logos der ‚Deutschen Arbeitsfront‘. In seiner Mitte fand sich beim Original ein Hakenkreuz, bei der Partei sind es Hammer und Schwert. Auf das Hakenkreuz verzichtet ‚Der III. Weg‘ bei öffentlichen Veranstaltungen, ansonsten ist die Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus jedoch so offensichtlich wie allgegenwärtig.

Rassistische Agitation gegen Flüchtlinge

Die Agitation gegen Flüchtlinge prägt die Aktivitäten der Partei ‚Der III. Weg‘ von Beginn an maßgeblich. Im Parteiprogramm heißt es: ‚Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmißbrauch umgehend zu stoppen‘. Weiter ist von der Notwendigkeit der ‚Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes‘ sowie der ‚Abwendung des drohenden Volkstodes‘ die Rede, die rassistische Motivation ist also offenkundig.⁵ So verwundert es nicht, dass die Partei insbesondere in den Jahren 2015 und 2016 zu Zeiten der erhöhten Fluchtmigration nach Deutschland viele Kundgebungen und Demonstrationen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte durchführte – auch und besonders im Bayerischen Wald. Dabei wurde häufig versucht, in der lokalen Bevölkerung vorhandene negative Haltungen aufzugreifen, rassistisch zuzuspitzen und sich selbst als die politische Kraft zu inszenieren, die sich ‚des Problems‘ annehme. In den Folgejahren setzte ‚Der III. Weg‘ verstärkt darauf, Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung für seine rassistische Agitation zu instrumentalisieren. Wenn es zu tatsächlichen oder vermeintlichen Straftaten durch Flüchtlinge kam, führte



Die **rassistische Agitation** gegen Flüchtlinge ist das wichtigste nach außen gerichtete Thema der Partei ‚Der III. Weg‘

→ Arnbruck, März 2016

die Partei immer wieder ‚Streifengänge‘ in teils martialisch wirkender Aufmachung und einheitlicher Parteikleidung durch. Im Sommer 2017 gab es zum Beispiel alleine in Straubing elf dieser ‚Streifen‘ und mehrere Kundgebungen und Flugblattverteilungen, die dafür warben. Diese Aktionsform wirkt auf verschiedenen Ebenen: Wieder wird versucht, negative Haltungen gegenüber Flüchtlingen in der Bevölkerung zu verstärken. Hinzu kommt eine Delegitimierung des Staates, indem suggeriert wird, dass dieser nicht für Sicherheit Sorge und man sie deshalb in die eigenen Hände nehmen müsse. Nicht zuletzt werden potentiell von Rassismus Betroffene eingeschüchert, da bei der Inszenierung als ‚Bürgerwehr‘ stets die Drohung von Gewalt mitschwingt. In dem Maße, wie das Thema Fluchtmigration in der öffentlichen Debatte an Bedeutung verloren hat, wurden auch entsprechende Aktivitäten der Partei „Der III. Weg“ weniger. Wenn es jedoch lokale Diskurse gibt, die potentiell anschlussfähig für die rassistischen Kampagnen der Partei sind, tritt diese in den verschiedenen Regionen Ostbayerns noch immer regelmäßig mit Flugblattverteilungen etc. in Erscheinung.

Völkische Sozialkritik

„Der III. Weg“ bezeichnet sich häufig als ‚revolutionär‘ bzw. ‚sozialistisch‘, der propagierte ‚Antikapitalismus‘ ist allerdings nicht von einer Kritik an den grundlegenden Funktionsweisen des Kapitalismus getragen, sondern von der Sorge um das Wohl der völkisch-nationalen Gemeinschaft. Abgelehnt werden einzelne Aspekte der Wirtschaftsordnung, wenn sie die ‚biologische Substanz des Volkes‘ oder den sozialen Frieden gefährden. So wird beispielsweise beklagt, Niedriglöhne würden dazu führen, dass beide Ehepartner*innen arbeiten müssten und deshalb weniger Kinder bekämen, wodurch der ‚Volkstod‘ gefördert werde. Gewerkschaften und Unternehmen wird vorgeworfen, sie würden Partikularinteressen verfolgen und dadurch Konflikte erzeugen. Dem wird eine vermeintlich harmonische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung entgegengestellt, „welche das Volk als Gemeinschaft betrachtet, in der jeder Einzelne seine Aufgabe im Sinne des gesamten Volkes erfüllen muss. Folglich kann unsere Losung nur lauten: Vom Ich zum Wir“. ⁶ Rechte und Freiheiten von Individuen und Gruppen werden hier zugunsten eines repressiven Kollektivismus einer ‚Volksgemeinschaft‘ negiert. Dass dies nicht ohne Zwang ablaufen kann, macht selbst ein Blick ins Parteiprogramm deutlich: Arbeit wird dort nicht nur zum Recht, sondern zur Pflicht für alle Deutschen erhoben – die heute zumindest formal bestehende Freiheit, über die eigene Arbeitskraft



Die **völkische Sozialkritik** der Partei wird besonders rund um den Aufmarsch zum 1. Mai laut, der traditionell ihre größte Veranstaltung des Jahres ist

→ Chemnitz, Mai 2018

zu verfügen, wird abgelehnt. Generell ist in der Logik der ‚Volksgemeinschaft‘ jede politische, soziale oder kulturelle Abweichung gefährlich und muss bekämpft werden.

Beim vermeintlichen ‚Antikapitalismus‘ handelt es sich zudem häufig um einen verbrämten Antisemitismus, die Verknüpfung ‚des Finanzkapitals‘ mit ‚den Juden‘ ist eine etablierte antisemitische Denkfigur. In weiten Teilen des Neonazismus wird daran anknüpfend die Unterscheidung zwischen einem angeblich ‚ehrlichen, deutschen, schaffenden Produktivkapital‘ und einem ‚mühelessen, jüdischen, raffenden Finanzkapital‘ vorgenommen. Das angeblich ‚raffende Finanzkapital‘ wird bekämpft, da es keinen sicht- und greifbaren Nutzen zum völkischen Gemeinwesen beitragen, ihm vielmehr bewusst Schaden zufügen würde. Diese Verbindung neonazistischer Kapitalismuskritik mit dem Antisemitismus zeigt sich bei der Partei „Der III. Weg“ beispielhaft an der Hetze gegen George Soros in Zusammenhang mit ihrem jährlichen Aufmarsch zum 1. Mai: „George Soros, ‚ungarischer‘ Jude und Multimillionär, steht wie kaum ein anderer für den grenzenlosen Kapitalismus und seine Einflussnahme auf die (westliche) Politik. Er ist gewissermaßen die Personifizierung dessen, was wir am 1. Mai bekämpfen“. ⁷ Soros, der sein Vermögen als Finanzinvestor gemacht hat und mit den Open Society Foundations als liberaler Philanthrop in Erscheinung tritt, wird hier stellvertretend für das vermeintlich ‚jüdische Finanzkapital‘ angegriffen, das aus dem Hintergrund die Geschicke der Welt lenken und die Völker ins Verderben stürzen soll.

Jenseits dieser ‚antikapitalistischen‘ Rhetorik zum 1. Mai, die immer auch ein Versuch der Delegitimierung

der Gewerkschaften und der politischen Linken ist, versucht sich „Der III. Weg“ durch verschiedene Angebote exklusiv für ‚deutsche Volksgenossen‘ als sozialpolitische Kraft zu inszenieren: Ob Kleiderkammer, Essensausgabe, Hausaufgabenhilfe oder Obdachlosenunterstützung, immer wieder werden neue Formate präsentiert. Auch vor den Tafeln in Bad Kötzing, Cham und Viechtach verteilte „Der III. Weg“ schon vereinzelt Kleidung an Bedürftige – „selbstverständlich [...] nur an Landsleute“.⁸ Derlei Aktivitäten dienen innerhalb des Neonazismus primär der Öffentlichkeitsarbeit, Arme und Hilfsbedürftige werden dafür instrumentalisiert, die Unterstützung ist weder professionell noch nachhaltig. Man geriert sich als Kümmererpartei, die es im Gegensatz zu den ‚Systemparteien‘ ernst meine mit dem ‚Wohl des deutschen Volkes‘ und will so Sympathien und neue Mitstreiter*innen gewinnen. Angesichts der Tatsache, dass Obdachlose eine maßgebliche Opfergruppe rechter Gewalt sind, wirken derlei Aktionen äußerst zynisch. Gleichwohl ist der Ansatz kompatibel mit der eigenen Weltanschauung, muss doch eine Verelendung der eigenen ‚Volksgenossen‘ als eine Art Kompensation für die erwartete Unterordnung unter die angeblichen Interessen der völkisch-nationalen Gemeinschaft vermieden werden.

Pflege der ‚arteigenen Kultur‘

Ob Aufmarsch, politischer Stammtisch, Lager, Rechtsrockkonzert, Wanderung, Urlaubsreise oder Ausflug für die ganze Familie, gemeinschaftliche Aktivitäten spielen bei der Partei „Der III. Weg“ eine wichtige Rolle. Die Anhänger*innen sollen durch ein umfassendes Angebot nicht nur politisch möglichst stark geprägt, sondern auch sozial und kulturell an die Organisation gebunden werden. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei der Pflege einer vermeintlich ‚arteigenen Kultur‘ zu, die unbedingt erhalten werden soll. Für die Partei „Der III. Weg“ ist „das Brauchtum unserer Ahnen Ausdruck einer inneren geistig-seelischen Haltung oder mit anderen Worten: Ausdruck unserer Weltanschauung. Da jede Weltanschauung, jede innere Haltung artgemäß gebunden ist, unterliegt auch das Brauchtum den Gesetzen der Art. Bleibt die Art rein, ist auch das Brauchtum zeitlos und ändert seine Aussage kaum“.⁹ Das Aufgreifen tatsächlichen oder vermeintlichen Brauchtums dient damit ganz maßgeblich der kollektiven Selbstvergewisserung: Die ‚Art‘ – der Begriff Rasse wird wohl aus taktischen Gründen gemieden – ist noch nicht verloren, solange es ihre Bräuche nicht sind. Durch das Anknüpfen daran stellt man sich in eine lange Ahnenreihe und legitimiert die ‚Reinhaltung der Rasse‘ als historische Verpflichtung.

Das wohl wichtigste Fest für die Inszenierung der völkischen Traditionspflege ist für die Partei die Feier zur Sommersonnenwende, darin spiegelt sich aus ihrer Sicht die „Weltanschauung des germanischen Menschen und der Verbindung des einzelnen Menschen zu seiner Gemeinschaft wider“.¹⁰ Auch in Ostbayern veranstaltet „Der III. Weg“ jedes Jahr Sonnwendfeiern mit bis zu 100 Personen, die letzten Jahre beispielsweise in einem Ortsteil von Pfarrkirchen oder bei Furth im Wald. Tagsüber sind dabei gemeinsame Freizeitaktivitäten von Sackhüpfen bis Kampfsporttraining im Angebot, am Abend folgt dann der rituelle Teil. Zu Liedern wie „Nur der Freiheit gehört unser Leben“, das von Hans Baumann für die Hitlerjugend geschrieben wurde und in der extremen Rechten bis heute verbreitet ist, versammeln sich die Teilnehmer*innen mit Fackeln um die Feuerstelle. Nachdem ein Fahneneid abgeleistet und das Feuer unter rituellen Anrufungen entzündet wurde, folgt die Feuerrede. Darin wird propagiert, das Volk sei eine „Kette, die nicht nur aus der heutigen Generation, sondern aus allen vorderen und noch nachkommenden Generationen besteht. Lebenssinn ist es also, das Erbe aufzunehmen, zu erhalten und weiter zu geben – denn in diesem Erbe werden wir dereinst leuchtend weiterexistieren, wenn unser physisches Dasein bereits erloschen ist“.¹¹ Das Volk wird also als überzeitlicher Akteur betrachtet, mit einer angeblich 2.000 Jahre zurückreichenden Geschichte bis hin zu den Germanen. Die Verantwortung für die Ahnen und zukünftigen Angehörigen des Volkes ist dabei Verpflichtung und Legitimation zugleich: Vom eigenen politischen Handeln soll der Fortbestand der völkischen Traditionslinie abhängen, zu dessen Verteidigung deshalb alle Mittel recht seien. Gerade von Gruppenerlebnissen und der Partizipation an Ritualen geprägte Aktivitäten wie Sonnwendfeiern ermöglichen eine unmittelbare ‚Erfahrbarkeit‘ der vorgestellten Traditionslinie. Sie müssen in ihrer identitätsstiftenden Bedeutung deshalb unbedingt ernst genommen werden, auch wenn sie meist nur wenig Außenwirkung haben.

Vom eigenen politischen Handeln soll der Fortbestand der völkischen Traditionslinie abhängen, zu dessen Verteidigung deshalb alle Mittel recht seien.

Strukturen

Gegründet wurde „Der III. Weg“ im September 2013 von enttäuschten Anhänger*innen der NPD und Personen aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ aus dem Südwesten der Republik. Überregionale Bedeutung gewann die Partei allerdings erst durch den Zustrom der Kräfte des „Freien Netz Süd“ (FNS) aus Bayern. Die damals aktivste Neonazistruktur im Freistaat war nach landesweiten Razzien im Juli 2013 akut von einem Verbot bedroht und musste sich nach einer organisatorischen Alternative umsehen. Innerhalb weniger Monate wurden die alten Strukturen in die neu gegründete Partei überführt und die Aktivitäten unter neuem Label nahtlos fortgesetzt. Als das FNS im Juli 2014 schließlich verboten wurde, handelte es sich dabei nur noch um eine leere Hülle. Nachdem die Transformation in Bayern erfolgreich abgeschlossen war, verlagerten mit Matthias Fischer und Tony Gentsch zwei ehemalige FNS-Führungspersonen ihre Wohnorte nach Brandenburg und Sachsen und trieben dort den Parteaufbau voran. Fischer ist mittlerweile stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei, Gentsch Landesvorsitzender in Sachsen. Mutmaßlich um zu verhindern, dass „Der III. Weg“ als Ersatzorganisation des FNS verboten wird, hatten beide zur Zeit der Parteigründung formal noch keine wichtigen Funktionen inne. Die eigenen Strukturen vor einem Verbot zu schützen, dürfte auch ein wichtiger Grund für die Beteiligung der Partei an der Landtagswahl 2016 in Rheinland-Pfalz und der Europawahl 2019 gewesen sein. Die Ergebnisse lagen zwar maximal bei 0,1 %, aber „Der III. Weg“ hat durch die Wahlteilnahme ein wichtiges formales Merkmal erfüllt, um den Status als Partei abzusichern. Dies ist wichtig, da durch das im Grundgesetz festgeschriebene Parteienprivileg Parteien weitgehend vor Verboten geschützt sind. „Der III. Weg“ nutzt also die rechtlichen Möglichkeiten der liberalen Demokratie aus, um sie möglichst effektiv bekämpfen zu können.

In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt der Partei „Der III. Weg“ immer mehr von Bayern nach Sachsen verlagert, insbesondere in Plauen hat die Partei Strukturen aufgebaut: Gentsch sitzt dort im Stadtrat, den er als Bühne für die Propaganda der Partei nutzt. Zwei Immobilien dienen als Anlaufstellen für Interessierte bzw. Treffpunkte für Anhänger*innen. Durch soziale Angebote wie eine Kleiderkammer exklusiv für ‚deutsche Volksgenossen‘ konnte „Der III. Weg“ sich im Stadtteil Haselbrunn relativ etablieren. Auch im thüringischen Erfurt verfügte die Partei kurzzeitig über ein ‚Nationalrevolutionäres Zentrum‘. Im Juli 2020 eröffnete „Der III. Weg“ in Siegen sein erstes „Bürger- & Parteibüro“ im Westen der Republik. Für den Prozess der lokalen



Tony Gentsch (Mitte) sitzt für die Partei im Stadtrat von Plauen, **Matthias Fischer** (rechts) ist stellvertretender Parteivorsitzender, beide sind zentrale Akteure der Partei

→ Plauen, Mai 2014

Verankerung sind solche Immobilien in mehrfacher Hinsicht wichtig: Die eigenen Strukturen werden gestärkt, da man einen Ort hat, an dem man ungestört Kameradschaftsabende, Kampfsporttrainings, Schulungen, kleinere Konzerte etc. durchführen kann. Zugleich wird die Sichtbarkeit erhöht, was in Verbindung mit sozialen Angeboten zur Gewinnung neuer Sympathisant*innen beitragen kann. Im Umfeld solcher Immobilien entstehen zudem häufig Angsträume für Personen, die nicht in das Weltbild der Neonazis passen – auch das ist Teil der neonazistischen Raumnahme. Da ein dauerhafter Protest gegen solche Immobilien nur schwer aufrechtzuerhalten ist, können sie schließlich zu einer Normalisierung der neonazistischen Strukturen vor Ort beitragen. Die Führungsspitze des Landesverbandes unter Jasmine Eisenhardt betonte deshalb bei Vorstandswahl im Juli 2020, dass in nächster Zeit auch in Bayern dem „Aufbau von Bürgerbüros und Treffpunkten [...] ein besonderes Augenmerk zukommen [muss]“.¹²

Strukturen Ostbayern

Um das Jahr 2019 hat die heutige Landesvorsitzende Jasmine Eisenhardt in Runding im Landkreis Cham ein großes Haus samt einer Jagdhütte gekauft, die schon wiederholt für Treffen der Partei genutzt worden sein soll. Ob „Der III. Weg“ dort eine feste Anlaufstelle schafft, ist noch offen. Angesichts der Ankündigungen und Eisenhardts wichtiger Rolle in der Partei ist dies jedoch durchaus denkbar. Das Interesse an einer Immobilie in der Region ist jedenfalls da: Bereits 2018 verfügte „Der III. Weg“ über einen angemieteten Treffpunkt in Chamerau, musste ihn jedoch nach einem halben Jahr wieder aufgeben.



Jasmine Eisenhardt ist bayerische Landesvorsitzende und Leiterin des „Stützpunktes Ostbayern“ der Partei „Der III. Weg“

→ Wunsiedel, November 2017

Eisenhardt tritt mindestens seit 2014 bei der Partei „Der III. Weg“ in Erscheinung, davor war sie im subkulturellen Neonazismus bzw. der Rechtsrockszene aktiv. Einer ihrer Weggefährten war dabei beispielsweise ein Neonazi aus dem Landkreis Deggendorf, der im Mai 2015 von Razzien gegen die rechtsterroristische „Oldschool Society“ betroffen war. Die Gruppe hatte Brand- und Sprengstoffanschläge auf Flüchtlinge geplant, deren Ausführung jedoch durch die Polizei verhindert wurde. Mit ihrer Gesinnung hielt Eisenhardt in der Vergangenheit nicht hinter dem Berg, Fotos bei Facebook zeigten sie etwa posierend vor einer Hakenkreuzfahne oder dem Tor des ehemaligen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Seit sie sich stärker für die Partei „Der III. Weg“ exponiert, ist jedoch eine gewisse taktische Zurückhaltung zu beobachten – sie versucht sich nun als bodenständig zu inszenieren und steht auch mal im Dirndl hinter dem Infostand. Im Mai 2019 trat Eisenhardt für die Partei zur Europawahl an, im Jahr darauf wurde sie nicht nur Landesvorsitzende, sondern auch Leiterin des „Stützpunktes Ostbayern“. Dies ist durchaus ungewöhnlich, da „Der III. Weg“ entsprechend der völkisch-nationalistischen Ideologie starre Geschlechterrollen propagiert: Männer sollen als ‚Beschützer von Familie, Volk und

Vaterland‘ maßgeblich für die Politik in der Öffentlichkeit zuständig sein, Frauen Kinder gebären, sie im Sinne der eigenen Weltanschauung großziehen, ihren Mann stützen und das Umfeld beeinflussen.¹³ Tatsächlich gibt es neben Eisenhardt bundesweit kaum weitere Frauen in offizieller Funktion bei der Partei „Der III. Weg“, obwohl sie beispielsweise bei öffentlichen Veranstaltungen zumeist knapp ein Drittel der Teilnehmer*innen ausmachen. Dass Eisenhardt gleich mehrere Ämter innehat, dürfte neben ihrer resoluten Art auch damit zusammenhängen, dass sie als Mutter einer erwachsenen Tochter ihre – der völkischen Logik folgend – ‚Pflicht als Frau‘ bereits erfüllt hat. Ihr Vorgänger als „Stützpunktleiter“ in Ostbayern war bis Juni 2020 Walter Strohmeier aus Viechtach. Nachdem durch einen Prozess öffentlich bekannt wurde, dass er zur Finanzierung seiner Spielsucht bei seinem damaligen Arbeitgeber Geld veruntreut hatte, musste er sich jedoch aus der ersten Reihe der Partei zurückziehen. Vorherige Straftaten kümmerten seine Partei weniger: Zuletzt wurde er im März 2017 verurteilt, da es das Gericht als erwiesen ansah, dass er im Mai des Vorjahres versucht hatte, einer Frau ins Gesicht zu schlagen, Parolen wie „Sieg Heil“ gerufen und bei der Festnahme nach den Polizist*innen getreten zu

haben. Bereits in seiner Jugend war Strohmeier durch extrem rechte Aktivitäten aufgefallen,¹⁴ maßgeblich politisch sozialisiert wurde er jedoch ab 2009 innerhalb des „Freien Netz Süd“. Am Aufbau des „Stützpunktes Ostbayern“ der Partei „Der III. Weg“ war er von Anfang an maßgeblich beteiligt und hat als dessen Leiter dazu beigetragen, dass dieser zeitweise eine der bundesweit dynamischsten Gliederungen der Partei wurde. In der Hochphase zwischen 2014 und 2017 hatte die Partei in Niederbayern und der Oberpfalz gut 50 Anhänger*innen. Da sich „Der III. Weg“ als ‚Kaderpartei‘ versteht und bevorzugt ideologisch gefestigte und besonders aktive Neonazis organisiert,¹⁵ war die Frequenz an internen und öffentlichen Veranstaltungen in diesen Jahren sehr hoch. Die Partei entwickelte sich so zum Dreh- und Angelpunkt des Neonazismus in der Region.

Seit 2017 gehen die Aktivitäten deutlich zurück und auch die Zahl der Anhänger*innen hat sich um knapp ein Drittel reduziert. Es erscheint naheliegend, dass dies mit Strohmeiers Glücksspielaktivitäten zusammenhängt. Teilweise dürfte sich jedoch auch der Fokus verschoben haben: Im Kampf gegen den angeblich drohenden ‚Volkstod‘ organisiert man jetzt weniger Kundgebungen und Demonstrationen, sondern scharft Gleichgesinnte um sich und gründet Familien. So konnte etwa in und um Viechtach die Ansiedlung von führenden regionalen Aktivist*innen der Partei beobachtet werden. Es entsteht ein lokales Netzwerk und mittelfristig könnte versucht werden, über den gemeinsamen Nachwuchs Einfluss in Kindergärten und Schulen zu gewinnen. Auch im Nachbarlandkreis Cham wird an der lokalen Verankerung gearbeitet: Immer wieder werden hier Fälle bekannt, in denen Anhänger*innen der Partei versuchen, durch Aktivitäten in Vereinen zunächst Sympathien für sich als Personen und mittelfristig für die eigene Weltanschauung zu gewinnen. Aktuell sind die Landkreise Regen und Cham die Schwerpunktregion der Partei „Der III. Weg“ in Ostbayern. Hier leben viele ihrer Anhänger*innen und der Großteil der Aktivitäten findet dort statt. Während es im Wahlkampf zur Europawahl 2019 in den meisten Gegenden Ostbayerns sehr ruhig war, gab es dort beispielsweise mehr als ein Dutzend Infostände, Kundgebungen und Lautsprecherfahrten sowie umfangreichere Plakatierungen. Neben Regen und Cham ist in geringerer Intensität auch Neumarkt in der Oberpfalz ein regionaler Schwerpunkt der Partei. Zwar gibt es hier nur wenig öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten, aber da Teile der „Kameradschaft Altmühltal“ und ihres Umfeldes weitgehend in der Partei „Der III. Weg“ aufgegangen sind, verfügt sie dort über relevante Strukturen. Darüber hinaus sind kontinuierlich

kleinere Personengruppen aus den Regionen Regensburg und Passau aktiv, im Rest Ostbayerns sind es momentan eher Einzelpersonen. Die regionalen Schwerpunkte können sich jedoch schnell verlagern, seit Bestehen der Partei „Der III. Weg“ ist dies mehrfach geschehen. So hatte die Partei zeitweise etwa in Deggendorf und dem Rottal recht aktive Strukturen, anderswo – etwa in Amberg – gab es erfolglose Aufbauarbeiten. Da der „Stützpunkt“ ohnehin über Landkreisgrenzen hinweg zusammenarbeitet, können jedoch auch Regionen mit nur wenigen Anhänger*innen von Aktivitäten der Partei betroffen sein.

Perspektiven & Gefahren

Die Partei „Der III. Weg“ ist keine Massenorganisation und es ist nicht zu erwarten, dass sie in absehbarer Zeit Erfolge bei Wahlen erlangen wird – das ist ihr auch selbst klar. Sie setzt stattdessen darauf, in einer revolutionären Situation in Folge massiver sozialer Verwerfungen durch eine Wirtschaftskrise mit ihren bereits aufgebauten Strukturen und ihrer völkischen Sozialkritik punkten zu können. Die Zeit bis dahin dient der Vorbereitung, zu der auch die Kampfsportausbildung ihrer Anhänger*innen durch die parteieigene Arbeitsgruppe „Körper & Geist“ zählt. Um die ‚Wehrhaftigkeit‘ zu erhöhen, hat in den letzten Jahren eine erhebliche Professionalisierung in diesem Bereich stattgefunden und Kampfsport gehört mittlerweile fest zum Alltagsleben der Partei. Angesichts des Potentials an Gewalttäter*innen in ihren Reihen ist das eine gefährliche Entwicklung: Nicht nur einzelne Anhänger*innen fallen immer wieder durch Gewalttaten auf, auch bei den Aufmärschen der Partei kam es in der Vergangenheit zu Gewaltausbrüchen ganzer Gruppen, wenn eine kritische Masse an Teilnehmer*innen erreicht war – insbesondere am 1. Mai.

Die Gefahr einer Entwicklung hin zum Rechtsterrorismus darf ebenfalls nicht unterschätzt werden, so führt „Der III. Weg“ aus: „Attentate einsamer Wölfe werden in dem Maße steigen, wie der große Austausch voranschreitet. [...] An islamischen Terror mussten wir uns gewöhnen, an weißen Gegenterror müssen wir es auch. Die Frage nach der Moral ist dabei für die Analyse nachrangig. Der Terrorist ist in der Politik, was der Partisan im Krieg ist – auch Terror ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Die moralische Frage nach dem ‚wie weit bist Du bereit zu gehen‘ kann nur persönlich beantwortet werden“.¹⁶ Terrorismus wird also nicht verneint, vielmehr wird er angesichts des angeblichen ‚Großen Austausches‘ als Zwangsläufigkeit betrachtet. Ob und unter welchen Vorzeichen „Der III. Weg“ selbst ein Ende der legalistischen Politik befürworten und auf eine ‚Fortsetzung mit anderen

Mitteln' setzen würde, bleibt offen – einstweilen wird das bewaffnete Losschlagen zur Frage der individuellen Bereitschaft erklärt. Dass „Der III. Weg“ ein Umfeld bietet, in dem Neonazis sich dazu ermutigt fühlen könnten, ist angesichts der Häufung mutmaßlich begünstigender Faktoren nicht abwegig: So ist mit Karl-Heinz Statzberger beispielsweise ein ehemaliger Rechtsterrorist in der Partei aktiv, der seinen Kameraden als Inspiration dienen könnte. Er gehörte zur „Schutzgruppe“ rund um Martin Wiese, die 2003 einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München geplant hatte. Wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Sprengstoffdelikten musste Statzberger damals in Haft, heute ist er stellvertretender Landesvorsitzender der Partei „Der III. Weg“ in Bayern. Auch Wiese selbst hatte zeitweise Kontakt zur Partei, so trat er laut einem Bericht bei der „Stützpunktgründung“ im März 2014 in München als Referent auf, um „dem maßgeblich jungen Publikum [...] die traditionellen Wertekoordinaten in nationalen Zusammenhängen“ näherzubringen¹⁷. Abgrenzungsbedürfnis zu Rechtsterroristen? Fehlanzeige. Auch an anderer Stelle zeigen sich Näheverhältnisse zu Akteur*innen aus dem Bereich Rechtsterrorismus: So fanden sich die Kontaktdaten des heutigen stellvertretenden Parteivorsitzenden Matthias Fischer auf der als ‚Garagenliste‘ bekannt gewordenen Telefonliste des späteren NSU-Terroristen Uwe Mundlos, die von der Polizei bei einer Durchsuchung unmittelbar vor dessen Gang in den ‚Untergrund‘ beschlagnahmt wurde. Angesichts der Tatsache, dass drei der Morde sowie ein Sprengstoffanschlag des NSU an Fischers langjährigem Wohnort Nürnberg stattfanden und von lokalen Unterstützer*innen ausgegangen werden kann, wirft das Kennverhältnis zumindest Fragen auf – Kenntnisse über die Existenz des NSU verneinte Fischer gegenüber der Polizei jedoch. Als Fischer seinen Wohnort 2014 von Mittelfranken nach Brandenburg verlagerte, war dort zeitweise auch Maik Eminger, Bruder und politischer Weggefährte des im NSU-Prozess verurteilten André Eminger, für die Partei aktiv. Immer wieder zeigt sich also: Die Wege sind kurz.

Die Tatsache, dass „Der III. Weg“ in der Vergangenheit Kontakte in Krisen- und Kriegsgebiete sowie zu (para-)militärischen Organisationen unterhalten hat, kann ebenfalls als Gefahrenfaktor betrachtet werden. Sie könnten bei terroraffinen Neonazis zur Nachahmung eines äußerst gewalttätigen Vorgehens motivieren und Möglichkeiten für terroristische Ausbildung, Beschaffung von Waffen und Einrichtung von Rückzugsräumen eröffnen. Die regelmäßige Teilnahme von Anhänger*innen der Partei an teils militärisch geprägten Leistungsmärschen im In- und Ausland deutet darauf

hin, dass zumindest das Interesse an (para)militärischer Ausbildung vorhanden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Positionierung zu Gewalt und Terrorismus kann es nicht recht überraschen, dass eine Neonazistin, die noch im Februar 2020 bei einem Aufmarsch der Partei in Bamberg als Ordnerin in Parteikleidung aufgetreten ist, wenige Wochen später durch die Polizei als Verdächtige in einem Fall prototerroristischer Bedrohung ermittelt wurde. Ihr wird vorgeworfen, eine Karte mit der Botschaft „Ihr werdet niemals sicher sein!“ und eine scharfe Patrone an die Türkisch-Islamische Gemeinde in Röthenbach verschickt zu haben; auch mehrere Kommunalpolitiker*innen in der Region erhielten ähnliche Drohschreiben.

Neben der lokalen Verankerung und einer damit einhergehenden Verbreitung ihrer Weltanschauung im Alltag liegt genau hier die maßgebliche Gefahr, die von der Partei „Der III. Weg“ ausgeht: Dass sich durch die Partei hochgradig ideologisierte und praktisch geschulte Anhänger*innen legitimiert fühlen, all jene Menschen zu bedrohen und anzugreifen, die sie als minderwertig oder feindlich wahrnehmen. Sollte die eingangs erwähnte Agitation und Rekrutierung bei den Corona-Protesten erfolgreich sein, könnte sich diese Gefahr noch weiter steigern, empfinden doch viele der radikalisierten Anhänger*innen der Protestbewegung angesichts der vermeintlich unmittelbar bevorstehenden ‚Corona-Diktatur‘ massiven Handlungsdruck.

Der ehemalige „Stützpunktleiter“ **Walter Strohmeier** prägte die Aktivitäten der Partei in Ostbayern lange maßgeblich

→ Chemnitz, Mai 2018



Die Tatsache, dass „Der III. Weg“ in der Vergangenheit Kontakte in Krisen- und Kriegsgebiete sowie zu (para-)militärischen Organisationen unterhalten hat, kann ebenfalls als Gefahrenfaktor betrachtet werden. Sie könnten bei terroraffinen Neonazis zur Nachahmung eines äußerst gewalttätigen Vorgehens motivieren und Möglichkeiten für terroristische Ausbildung, Beschaffung von Waffen und Einrichtung von Rückzugsräumen eröffnen.

- 1 Der III. Weg 2020: Neue Massenbewegung: Widerstand 2020 und Hygienedemos. In: Der III. Weg, 10.05.2020 (<https://der-dritte-weg.info/2020/05/neue-massenbewegung-widerstand-2020-und-hygienedemos/>).
- 2 Der III. Weg 2014: 10 Punkte Programm der Partei Der dritte Weg. In: Der III. Weg, ohne Datum (<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>).
- 3 Audioaufnahme des Autors, Wunsiedel, 18.11.2017.
- 4 Der III. Weg 2020: Gedenktag: 9. November – Schicksalstag der Deutschen. In: Der III. Weg, 09.11.2020 (<https://der-dritte-weg.info/2020/11/gedenktag-9-november-schicksalstag-der-deutschen/>).
- 5 Der III. Weg 2014: 10 Punkte Programm der Partei Der dritte Weg. In: Der III. Weg, ohne Datum (<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>).
- 6 Der III. Weg 2015: Unser Selbstverständnis. In: Der III. Weg, 16.11.2015 (<https://der-dritte-weg.info/2015/11/unser-selbstverstaendnis/>).
- 7 Der III. Weg 2017: 1.Mai 2017 – im Gespräch mit Milan Széth. In: Der III. Weg, 22.04.2017 (<https://der-dritte-weg.info/2017/04/1-mai-2017-im-gespraech-mit-milan-szeth/>).
- 8 Der III. Weg 2015: Deutsche Winterhilfe: Kampagnenfortführung in Ostbayern. In: Der III. Weg, 19.12.2015 (<https://der-dritte-weg.info/2015/12/deutsche-winterhilfe-kampagnenfortfuehrung-in-ostbayern/>).
- 9 Der III. Weg 2017: Feste im Jahreslauf: Erntedank. In: Der III. Weg, 01.10.2017 (<https://der-dritte-weg.info/2017/10/feste-im-jahreslauf-erntedank-4/>).
- 10 Der III. Weg 2017: Feste Im Jahreslauf: Sommersonnenwende. In: Der III. Weg, 21.06.2017 (<https://der-dritte-weg.info/2017/06/feste-im-jahreslauf-sommersonnenwende-4/>).
- 11 Der III. Weg 2017: Gemeinschaft und Identität – Sommersonwendfeier in Ostbayern. In: Der III. Weg, 22.06.2017 (<https://der-dritte-weg.info/2017/06/gemeinschaft-und-identitaet-sommersonwendfeier-in-ostbayern/>).
- 12 Der III. Weg 2020: Landesverband Bayern gegründet. In: Der III. Weg, 29.07.2020 (<https://der-dritte-weg.info/2020/07/der-iii-weg-landesverband-bayern-gegruetet/>).
- 13 Vgl. Der III. Weg 2017: Vom Wesen der Geschlechter. In: Der III. Weg, 02.05.2017 (<https://der-dritte-weg.info/2017/05/vom-wesen-der-geschlechter/>).
- 14 Vgl. Landgericht Deggendorf, Urteil vom 23.11.2020, Aktenzeichen 1 Ls 3 Js 5456/19.
- 15 Vgl. Kopke, Christoph 2018: Der III. Weg. Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei. In: Burschel Friedrich (Hg.): Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror. Berlin: RLS Manuskripte, S. 134.
- 16 Der III. Weg 2019: Islamischer Terror vs. Einsame Wölfe – 10. Thesen. In: Der III. Weg, 15.04.2019 (<https://der-dritte-weg.info/2019/04/islamischer-terror-vs-einsame-woelfe-10-thesen/>).
- 17 Der III. Weg 2014: Stützpunktgründung des „III. Weges“ in München. In: Der III. Weg, 23.03.2014 (<https://der-dritte-weg.info/2014/03/stuetzpunktgruendung-des-iii-weges-in-muenchen/>).

NS- und Gewaltverherrlichung als Gemeinschaftserlebnis

Die Rechtsrockszene in Ostbayern

In den letzten zwei Jahrzehnten hat eine erhebliche Ausdifferenzierung neonazistischer Subkulturen stattgefunden. Die Rechtsrockszene hat Konkurrenz bekommen, gleichwohl spielt sie gerade in ländlichen Räumen noch immer häufig eine wichtige Rolle. Vom organisierten Teil der Szene und einigen Szeneunternehmer*innen gehen dabei Impulse aus, die in Politisierungsprozessen junger Neonazis oft von großer Bedeutung sind. Ein unvollständiger Überblick zur Rechtsrockszene in Ostbayern.

Die Rechtsrockszene ist keine reine Jugendkultur. Die extrem rechten Jugendlichen der Neunziger- und Nullerjahre sind längst erwachsen geworden, häufig jedoch noch immer fest in der Szene verwurzelt. Am Wochenende pilgern sie mit ihren alten Kamerad*innen oder dem Szenenachwuchs zu Rechtsrockkonzerten im In- und Ausland. In den dort gemeinsam gesungenen Liedern wird der Nationalsozialismus verherrlicht, rassistische und antisemitische Gewalt propagiert und die eigene Gemeinschaft beschworen. Die Konzerte dienen als Orte der ideologischen Selbstvergewisserung und der Vernetzung mit Gleichgesinnten, zudem werden Einnahmen für die Schaffung extrem rechter Infrastruktur oder zur Unterstützung inhaftierter Kamerad*innen generiert. Gleichzeitig ist Rechtsrock ein rentables Geschäft, einige Szeneunternehmer*innen setzen etwa mit der Organisation von Konzerten oder Musik- und Kleidungslabels beachtliche Summen um. Sie tragen maßgeblich zur Schaffung identitätsstiftender Angebote für die älteren und jüngeren Anhänger*innen der Szene bei.

Das Phänomen Rechtsrock ist ein flächendeckendes, überall in Ostbayern gibt es Fans, Hütten und Bauwägen, in denen Szenekleidung getragen und Rechtsrock gehört wird, regelmäßige Fahrgemeinschaften zu Konzerten, subkulturelle Neonazigruppen und Szeneunternehmer*innen. Häufig bewegt sich die Szene unterhalb des Radars der öffentlichen Wahrnehmung: Die Aktivitäten bleiben vor Ort nicht selten unbemerkt, werden verharmlost oder geleugnet, in einigen Fällen agieren die Akteur*innen auch bewusst im Verborgenen. Die folgende Übersicht zu organisierten Strukturen des subkulturellen Neonazismus in Ostbayern kann auch deshalb nicht vollständig sein, vielmehr wirft sie einige Schlaglichter auf exemplarische Bereiche des Gegenstands.

Hammerskins

Ein Beispiel für eine teils klandestin agierende Organisation sind die „Hammerskins“, ein in Europa und den USA vertretenes Neonazinetzwerk, das sich als elitäre Bruderschaft versteht und zu den wichtigsten Akteuren im Rechtsrockgeschäft zählt. Die „Hammerskins“ organisieren Konzerte, CD-Produktionen, Labels und Vertriebswege, daneben fallen sie immer wieder durch ausgeprägte Gewalt bis hin zum Terrorismus auf. Ein Beispiel aus jüngerer Zeit ist der „Hammerskin“ Wade Michael Page, der bei einem rassistischen Attentat auf einen Shikh-Tempel im August 2012 im US-Bundesstaat Wisconsin sechs Menschen erschoss.

Dem elitären Selbstverständnis folgend sind die „Hammerskins“ bei der Rekrutierung sehr zurückhaltend: In Deutschland haben sie rund 150 Mitglieder, ihre Vorfeldorganisation „Crew 38“ (der Zahlencode steht für „Crossed Hammers“ und verweist auf das Logo der „Hammerskins“) ist etwas größer. Offiziell beitreten können nur Männer, im Umfeld bewegen sich jedoch auch Frauen. In den beiden „Hammerskin“-Chapters Bayern und Franken dürfte die Zahl der Mitglieder zusammen bei knapp zwei Dutzend liegen. Durch einen sehr hierarchischen Aufbau sollen bei den Mitgliedern nicht nur die erwünschten Verhaltens- und Handlungsweisen hervorgebracht und sichergestellt werden, er trägt auch maßgeblich zum elitären Mythos bei, der die „Hammerskins“ für viele Szeneangehörige attraktiv macht und ihnen ein großes Umfeld beschert. Während die „Hammerskins“ im Freistaat in den Null- und frühen Zehnerjahren noch durch regionale Rechtsrockkonzerte wie etwa in Mitterskirchen im Landkreis Rottal-Inn aufgefallen sind, waren sie zuletzt überwiegend an der Organisation von Konzerten in

Thüringen beteiligt. In Ostbayern waren in den letzten Jahren besonders zwei Mitglieder auffällig: Ein Neumarkter Neonazi, der vormals bei der regionalen „Kameradschaft Altmühltal“ aktiv war, hat sich circa seit dem Jahr 2012 vom Anhänger der Unterstützerstruktur „Crew 38“, zum „Prospect of the Nation“ (Anwärter) und schließlich zum Vollmitglied hochgearbeitet und ist mittlerweile in deutschland- und europaweite Aktivitäten der Organisation eingebunden. Ein Neonazi aus Simbach am Inn war über viele Jahre prägend für die bayerischen „Hammerskins“ und ist noch 2017 öffentlich mit den Insignien der Organisation aufgetreten, in der Zwischenzeit scheint er den Strukturen jedoch den Rücken gekehrt zu haben. Er stammte aus der Gründergeneration des Chapters Bayern, das sich Ende der Neunzigerjahre maßgeblich aus neonazistischen Skinheads aus dem Landkreis Rottal-Inn rekrutierte.

Die letzte bekannte Veranstaltung der „Hammerskins“ in Ostbayern war ein Vernetzungstreffen von Delegierten aus ganz Deutschland im Juli 2017 auf einem Weihergrundstück in Geiselhöring im Landkreis Straubing-Bogen. Bei diesen mehrmals jährlich stattfindenden nationalen Treffen sowie zusätzlichen europaweiten Treffen werden unter anderem organisatorische und geschäftliche Angelegenheiten geklärt und Konzerte geplant. Auch wenn die „Hammerskins“ häufig im Hintergrund agieren und die Zahl ihrer Mitglieder bewusst überschaubar halten, dürfen sie aufgrund ihrer organisatorischen Rolle in der Rechtsrockszene und den straffen, internationalen Strukturen keinesfalls unterschätzt werden.



Das Logo der „Hammerskins“, gekreuzte Zimmermannshämmer, häufig in Kombination mit einem Zahnrad, dürfen nur Mitglieder des internationalen Netzwerks mit elitärem Selbstbild verwenden

→ Nienhagen, Juni 2014

Der Szeneunternehmer Patrick Schröder

Ein wichtiger neonazistischer Szeneunternehmer ist der langjährige NPD-Aktivist Patrick Schröder aus Mantel im Landkreis Neustadt an der Waldnaab. Unter dem Label „FSN – The Revolution“ (FSN steht für den neonazistischen Slogan „Frei, sozial und national“) betreibt er ein Netzwerk bestehend aus Webradio, Videopodcast, Telegram-Channel und Onlineshop mit Merchandise. Mit einer Mischung aus Rechtsrock, politischen Debatten und zynischem Humor versucht er junge Anhänger*innen um sich zu scharen und zu politisieren. Er bemüht sich ihre Sprache zu sprechen und setzt auf Partizipation und Gemeinschaftsidentität. Das Konzept geht auf, im Laufe der Jahre ist eine Community entstanden, die auch jenseits des Internets sichtbar wird. So sind Schröders Anhänger*innen etwa auch auf den von ihm mitorganisierten Rechtsrockfestivals mit zum Teil mehreren tausend Teilnehmer*innen im thüringischen Themar stark vertreten. Darüber hinaus ist Schröder Kopf des neonazistischen Kleidungslabels „Ansgar Aryan“, einem der erfolgreichsten der Szene. Insbesondere die Strategie, aktuelle Modetrends mit neonazistischen Inhalten aufzuladen, dürfte für die relativ große Verbreitung sorgen. So wird beispielsweise das Logo der beliebten italienischen Retromarke „ellesse“ aufgegriffen und „enness“ daraus gemacht – ein phonetisches Bekenntnis zum Nationalsozialismus. Schröder scheut auch nicht davor zurück, zur Glorifizierung mörderischer Rechtsterroristen beizutragen und damit Geld zu verdienen: Mit dem Kommentar „Vielleicht das böseste Shirt, welches in den letzten Jahren bei uns raus kam...“ bewirbt er bei Facebook ein T-Shirt von „Ansgar Aryan“



Patrick Schröder ist ein Multifunktionär der Rechtsrockszene und durch seine Aktivitäten weit über Ostbayern hinaus von Bedeutung

→ Bamberg, Oktober 2014

mit einem Bildnis des Attentäters von Christchurch, der im März 2019 bei einem rassistischen Anschlag in zwei Moscheen 51 Menschen erschossen und viele weitere schwer verletzt hat. Auch Schröder selbst scheint eine Affinität zu Waffen zu haben. In einem Video bei Instagram aus dem Juli 2020 ist er zu sehen, wie er ein Gewehr im Stil einer Kalaschnikow auf einem bei Neonazis beliebten Schießstand in Tschechien abfeuert – er könnte mutmaßlich also nicht nur als Agitator gefährlich sein.

Wikingerversand

Der „Wikingerversand“ in Geiselhöring ist einer der ältesten neonazistischen Szeneshops in Deutschland, bereits seit 1998 vertreibt er Kleidung, Propagandamaterial und Accessoires. Bis vor gut zehn Jahren gehörte der Versandhandel von Siegfried Birl zu den größten und wichtigsten Anbietern auf dem Markt, angesichts einer Ausdifferenzierung der Branche und innovativerer Mitanbieter hat er seitdem jedoch stark an Bedeutung verloren. Zwar versucht Birl immer wieder aktuelle Themen aufzugreifen, so verkauft er etwa Autoaufkleber mit Slogans wie „Schnüffel an meinem Auspuff, Greta“ oder T-Shirts mit dem Aufdruck „Neue Bedeutung des Wortes Nazi: Nicht an Zwangsimpfung Interessierter“, andere machen das jedoch deutlich authentischer und erfolgreicher. Um Umsatz zu generieren, setzt der „Wikingerversand“ zusätzlich verstärkt auf unpolitische Artikel vom Abi-Shirt bis zum Zippo-Benzinfeuerzeug mit Wunschgravur. Auch vom allgemeinen Trend um das Thema Wikingen versucht er zu profitieren und bietet häufig inhaltlich mehrdeutige Schmuckstücke, Trinkhörner, Textilien usw. an.



Der „Wikingerversand“ vertreibt nicht nur offen neonazistische Szeneartikel, sondern versucht mit mehrdeutigen Motiven vom Trend rund um das Thema Wikingen zu profitieren

→ Straubing, Oktober 2017

Man braucht jedoch nach wie vor gute Nerven, um sich durch das Angebot des Internetshops zu klicken – die Verherrlichung des Nationalsozialismus ist allgegenwärtig. Sichtbar wird das zum Beispiel bei den Klassikern der Szene: Textilien und Devotionalien mit Wehrmachtssoldaten, Reichsadler und der Schwarzen Sonne. Die Schwarze Sonne besteht aus zwölf kreisförmig angeordneten Sigrunen, wie sie aus dem Logo der SS bekannt sind. Während des Nationalsozialismus fand das Symbol bei der SS als Bodenrelief im Obergruppenführersaal der Wewelsburg bei Paderborn Verwendung. Auch T-Shirts mit Slogans wie „Nationaler Sozialismus jetzt“ sind im Shop zu finden und lassen wenig Spielraum für Interpretationen.

In anderen Produktbereichen hat Birl sich gewissermaßen an seine gealterte Stammkundschaft angepasst, Strampelanzüge mit Thorshammer für den Nachwuchs sind ebenso im Programm wie Sitzkissen mit der Aufschrift „Germanischer Gotteskrieger“ oder Attrappen von Stielhandgranaten der Wehrmacht als Briefbeschwerer. Weitere Einrichtungsaccessoires sind sogenannte Wandtattoos, also großflächige Wandbilder aus Vinylfolie. Neben Motiven wie „Wolfsschanze“ und „Obersalzberg“, die an das Führerhauptquartier in Ostpreußen bzw. Hitlers zeitweisen Regierungssitz bei Berchtesgaden erinnern, finden sich viele weitere neonazistische und gewaltverherrlichende Motive. Laut der Produktbeschreibung „Ideal für die Tür geeignet“ und wohl am verstörendsten ist der Schriftzug „Brausebad“. Der zynisch-irreführende Begriff stand über verschiedenen Gaskammern des nationalsozialistischen Lagersystems, heute dient er in der Neonaziszene als Wohnraumdekoration und sichert Schenkelklopfer beim Besuch von Kameraden. Wenngleich der „Wikingerversand“ also nicht mehr die Bedeutung hat wie in der Vergangenheit, wirkt er durch den Verkauf seiner Produkte weiter an der Verbreitung und Festigung neonazistischen Gedankengutes mit.

Die Erbindorfer Szene

Im Juli 2019 fanden wenige Kilometer hinter der bayrischen Grenze in Themar die „Tage der nationalen Bewegung“ mit Rechtsrock, politischen Reden und Verkaufsständen statt. Gekleidet in T-Shirts von „FSN“ und „Ansgar Aryan“ kümmerten sich dort junge Männer und Frauen aus der Region Erbindorf in Patrick Schröders Nachbarlandkreis Tirschenreuth um den Getränkeausschank. Sie sind Anfang, Mitte Zwanzig und gehören zu einer im Kern etwa ein Dutzend starken Gruppe junger Neonazis, die als Fußtruppe Schröders in der nördlichen Oberpfalz gilt. In der Gegend fallen sie immer wieder auf: So waren Anhänger der

Erbindorfer Szene beteiligt, als sich im Februar 2017 junge Männer Zutritt zu einer Flüchtlingsunterkunft in Bärnau verschafften und die Bewohner*innen einschüchterten, dabei soll es zu Sachbeschädigungen und einem Hitlergruß gekommen sein. Vor Gericht konnte das nicht abschließend belegt werden und das Verfahren wurde eingestellt. In den Jahren 2017 und 2018 versuchte die Gruppe den Kirchweihzug in Erbindorf zu kapern und für ihre Propaganda zu nutzen, die Polizei musste einschreiten. Nicht-rechte Jugendliche berichten zudem, dass bei Dorffesten in der Region immer wieder Anfeindungen von der Gruppe und ihrem Umfeld ausgehen. Im Oktober 2019 wurde eine Hauswand in Wildenreuth mit einem „NSDAP“-Schriftzug beschmiert, die Polizei ermittelt. Auch am jährlichen Fackelmarsch der Neonazipartei „Der III. Weg“ zum ‚Heldengedenken‘ am Volkstrauertag 2019 in Wunsiedel beteiligten sich Anhänger*innen der Erbindorfer Szene. Einer davon wurde im Dezember 2019 zu einer Jugendstrafe verurteilt, da er auf einem Foto bei Facebook mit Hakenkreuzfahne posierte und bei einer Hausdurchsuchung scharfe Munition bei ihm gefunden wurde. Verteidigt wurde er von einem bekannten rechten Szeneanwalt, auch einige seiner Kameraden hatten im Verfahren wegen dem Vorfall in der Flüchtlingsunterkunft in Bärnau entsprechende Rechtsanwälte. Allgemein ist die Gruppe gut vernetzt, immer wieder sind Anhänger*innen beispielsweise im „Goldenen Löwen“ in Kloster Veßra in Thüringen anzutreffen. Das Gasthaus des Neonazis Tommy Frenck ist ein wichtiger Veranstaltungs- und Konzertort der überregionalen Neonaziszene. In den letzten Jahren hat sich also eine lokale Neonaziszene entwickelt, die wegen ihrer organisatorischen Einbindung, des Grades an Ideologisierung und ihres Agierens ernst genommen werden muss.



Neonazis aus der **Region Erbindorf** sind nicht nur regelmäßig bei überregionalen Rechtsrockfestivals anzutreffen, sondern dort auch organisatorisch eingebunden

→ Themar, Juli 2019

Bollwerk Oberpfalz

Das „Bollwerk Oberpfalz“ ist eine Neonazigruppe aus der mittleren und nördlichen Oberpfalz. Im Kern ist sie etwa 15 Personen stark und verfügt über ein relativ großes Umfeld. Die Anhänger*innen sind überwiegend in ihren Zwanzigern und Dreißigern, in der Gruppe gibt es mehr Männer als Frauen. Ihr Logo ist ein Zahnrad im Stil der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ in den Farben schwarz-weiß-rot; als Farben des Deutschen Reichens und der Hakenkreuzfahne sind sie bei Neonazis allgegenwärtig. Zwar sind auch Einzelne aus der Erbdorfer Szene in der Gruppe aktiv, hervorgegangen ist das „Bollwerk“ jedoch maßgeblich aus der „Prollcrew Schwandorf“. Diese subkulturelle Neonazigruppe bestand etwa seit 2012 und ist überwiegend durch den Besuch und die Organisation von Rechtsrockkonzerten in Erscheinung getreten. Die „Prollcrew“ organisierte etwa im Dezember 2017 ein Konzert mit dem bekannten Neonazi-Liedermacher Martin Böhne im Sportheim des Schwandorfer Ortsteils Klardorf. Ermöglicht wurde dies mutmaßlich dadurch, dass einer der Neonazis Jugendtrainer und Wirt des Vereinsheims war. Nachdem dieser den Verein gewechselt hatte, fand das nächste Konzert mit den Szenebands „Schanddiktat“ und „Germanium“ im April 2018 in einer Gaststätte in Steinberg statt.

An diese Tradition versucht die Gruppe „Bollwerk Oberpfalz“ anzuknüpfen: Im Mai 2019 organisierte sie ein Konzert mit einem neonazistischen Liedermacher in Schwandorf, an dem rund 30 Personen teilgenommen haben sollen. Bereits für Mitte Juli war das nächste Konzert in Schwandorf geplant, es soll nach einer polizeilichen Intervention jedoch abgesagt worden sein. Im November 2019 organisierte das „Bollwerk“ schließlich ein Konzert mit der Band „White Rebel Boys“ in einem Nebengebäude eines Cafés in einem Schwandorfer Wohngebiet, die Durchführung wurde allerdings durch eine Verbotsvorgabe der Stadt untersagt. Bis die Polizei die Veranstaltung auflöste, feierten dort gut 60 Neonazis aus ganz Bayern. Ob das „Bollwerk Oberpfalz“ bei der Durchführung von Konzerten künftig erfolgreicher sein wird, bleibt abzuwarten. Da mehrere Anhänger zugleich auch im Umfeld des Amberger Chapters des Rockerclubs „Gremium MC“ aktiv sind, könnte künftig dessen Clubhaus als Veranstaltungsort in Frage kommen. Es ist unklar, ob die Rocker dafür offen sind – anderswo gibt es solche Mischnutzungen seit Jahren. Sollte es dem „Bollwerk“ gelingen, regional Konzerte zu organisieren, würde dies die lokale Szene stärken und auch für den Nachwuchs attraktiver machen.



Die Anhänger*innen des „Bollwerk Oberpfalz“ geraten in Zusammenhang mit Szeneevents immer wieder in Konflikte mit der Polizei

→ Kloster Veßra, September 2019

Bayerische Garde

Die „Bayerische Garde“ wurde erstmals bei den Rechtsrockfestivals „Rock für Deutschland“ in Gera und „Rock gegen Überfremdung“ in Themar im Juli 2017 überregional auffällig. Die Anhänger*innen traten mit Lederkuttchen im Stile eines Rockerclubs auf, darauf Rangabzeichen und ihr Logo: Ein mit einem blau-weiß karierten Tuch verummter Totenkopf, der eine erhebliche Ähnlichkeit zu dem der SS aufweist. Der – ausweislich seines Rangabzeichens – „Gardeführer“ ist aus dem organisierten Neonazismus bekannt. Fotos zeigen ihn etwa bei einer rassistischen Kundgebung der Partei „Der III. Weg“ im März 2016 in Arnbruck oder beim Aufmarsch zum Volkstrauertag im November 2017 in Wunsiedel. Weitere Anhänger*innen der „Bayerischen Garde“ bewegen sich seit Jahren im subkulturellen Teil der Neonaziszene. Die genaue Stärke der Struktur ist schwer zu bestimmen, mehr als zehn Personen dürften jedoch bisher zu keinem Zeitpunkt dazugehört haben.

Das Logo der „Bayerischen Garde“ prangte lange an einer Hütte bei Haderstadl nahe Cham, die ihr augenscheinlich als Treffpunkt diente. Vieles spricht dafür, dass der Aktivismus der Gruppe stark selbstreferentiell war: Rechtsrock, Stammtische, gemeinsame Unternehmungen etc. ‚Unpolitisch‘ ist sie deshalb nicht,

vielmehr stellt diese Art neonazistischer Vergemeinschaftung eine verbreitete Alternative für all jene dar, die sich aus verschiedenen Gründen nicht in stärker öffentlichkeitswirksamen Strukturen engagieren möchten. Hinzu kommt, dass die „Bayerische Garde“ sehr wohl im Austausch mit anderen extrem rechten Strukturen in der Region stand: Auf einem Foto aus dem Juli 2018 posiert ein Anhänger in Kutte mit dem führenden Personal der „Vikings Security Germania“, die sich als rassistische Bürgerwehr inszenierte und auch in Ostbayern aktiv war. Jugendliche aus der Region berichten zudem davon, durch das martialische Auftreten der „Bayerische Garde“ eingeschüchtert worden zu sein. Zuletzt ist es ruhiger um die Struktur geworden, was damit zu tun haben könnte, dass der „Gardeführer“ mittlerweile beim lokalen Rockerclub „Terminator MC“ aktiv ist. Bei den verschwörungsideologischen Corona-Protesten mit starker extrem rechter Beteiligung Ende Mai und Anfang Juni 2020 in Cham war er dann auch in der Kutte des MC und nicht mehr der Kutte der „Bayerischen Garde“ anzutreffen, sonst scheint sich wenig geändert zu haben. Ob für die Anhänger*innen die Gruppe allgemein zugunsten von Rockerclubs an Bedeutung verlieren wird oder sich andere Formen des Aktivismus herausbilden, bleibt abzuwarten.



Die „Bayerische Garde“ orientiert sich im Auftreten an Rockerclubs, der Totenkopf in ihrem Logo ähnelt aber stark dem der SS

→ Themar, Juli 2017

Regiment Deggendorf

Unter dem Label „Regiment Deggendorf“ organisieren sich überwiegend junge Neonazis im Alter von Anfang, Mitte Zwanzig aus den Landkreisen Deggendorf und Regen. Ihr Auftreten ist stark subkulturell geprägt, die ganz überwiegend männlichen Anhänger*innen bedienen sich stilistisch bei neonazistischen Skinheads, Rockern und den ‚Autonomen Nationalisten‘. Die Gewaltaffinität und der ideologische Hintergrund kommen bereits im Logo der Gruppe zum Ausdruck: Es besteht aus gekreuzten Baseballschlägern, einem Schlagring und der Zahl „18“, dem Szenecode für Adolf Hitler. Tätowierungen, schwere Silberketten und ein martialisches Erscheinungsbild runden das Auftreten ab.

Erstmals öffentlich auffällig wurde das „Regiment Deggendorf“ im Herbst 2019, die dahinterstehenden Personen sind jedoch teils schon lange aus der Neonaziszene bekannt: Etwa Michael Kastner aus dem Landkreis Deggendorf, der mit Mitte Vierzig deutlich älter als die übrigen bekannten Anhänger*innen ist und sich bereits seit den Neunzigerjahren in der neonazistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene bewegt. Aktuell ist Kastner einer der Köpfe der Corona-Proteste in Niederbayern. Ein weiterer

wichtiger Anhänger, mittlerweile Mitte Zwanzig, war bereits als Minderjähriger häufig bei Veranstaltungen der NPD und des inzwischen verbotenen „Freien Netz Süd“ anzutreffen. Wenn „Der III. Weg“ in den letzten Jahren irgendwo in Deutschland aufmarschiert ist, war er meist in offizieller Parteikleidung mit dabei. Bei den Corona-Kundgebungen im Sommer 2020 in Deggendorf ist er immer wieder mit den Insignien des „Regiment Deggendorf“ aufgetreten, oft war er sogar als Ordner eingesetzt. Filmaufnahmen der großen Corona-Proteste Ende August 2020 in Berlin zeigen ihn in Auseinandersetzung mit der Polizei, die ihn schließlich am Boden fixiert und abführt. In seinem Schlepptau nehmen auch weitere Anhänger*innen des „Regiment Deggendorf“ immer wieder an Veranstaltungen der Partei „Der III. Weg“, Rechtsrockkonzerten oder Corona-Protesten teil.

Auffällig ist auch die Nähe der Anhänger*innen des „Regiment Deggendorf“ zur jüngeren Generation verschiedener Rockerclubs. Ob es um den Nachwuchs der „Hells Angels“ oder des „Gringos MC“ aus der weiteren Umgebung geht, man kennt sich. Teils haben sich die jungen Rocker vormals selbst in der Neonaziszene bewegt, mindestens ein Anhänger des „Regiment Deggendorf“ war auch im Umfeld eines Clubs aktiv. Von den Rockern dürfte dann auch das abgestufte System der Zugehörigkeiten des „Regiment Deggendorf“ inspiriert sein, ähnlich wie bei den Clubs müssen sich Interessierte dort zunächst als „Anwärter“ bewähren. Außerdem gibt es den Status „Supporter“, der bisher nur bei Frauen sichtbar wurde; ob sie vollwertige Mitglieder werden können, ist unklar. Allgemein ist es schwierig, sichere Aussagen über innere Strukturen und die Zahl der Mitglieder zu treffen. Der ganghafte Charakter der Gruppe, die maßgeblich zum Ausleben der subkulturellen Interessen der Anhänger*innen neben ihren Engagements in vordergründig seriöseren neonazistischen Organisationen zu dienen scheint, lässt bisher nur begrenzt Einblicke zu. Fest steht indes, dass das von der Gruppe ausgehende Gefahrenpotential angesichts ihres Auftretens und der Hintergründe ihrer Anhänger*innen erheblich sein dürfte.



Schon im Logo des „Regiment Deggendorf“ zeigt sich die Gewaltaffinität seiner Anhänger*innen

→ Deggendorf, Juni 2020

Die Beispiele machen deutlich, dass die organisierte Rechtsrockszene in Ostbayern ein ernstzunehmender Faktor ist. Sie liefert die Musik, Kleidung und Erlebnisse, über die noch unorganisierte extreme Rechte erreicht und neonazistisch sozialisiert werden. Gleichzeitig ist das Gefahrenpotential erheblich: Häufig bleibt es nicht bei der Verherrlichung von Gewalt in den Texten des Rechtsrock oder einer entsprechenden Selbstdarstellung, stattdessen fallen viele Szeneangehörige immer wieder durch konkrete Straf- und Gewalttaten auf. Die Verbindungen zwischen Neonazis und Rockern, die auch über die skizzierten Fälle hinaus an vielen Orten in Ostbayern zu beobachten sind, können das Gefahrenpotential angesichts einer teils vorhandenen Nähe der Clubs zur Organisierten Kriminalität weiter steigern. Verallgemeinerungen über das Verhältnis von Neonazis zu Rockern sollten jedoch vermieden werden: Zwar fühlen sich Neonazis regelmäßig von Rockerclubs angezogen, diese sind jedoch nicht per se offen für die neonazistischen Avancen. Zufall sind die Überschneidungen gleichwohl nicht, häufig fehlt seitens der Clubs die klare politische Abgrenzung und es gibt strukturelle Gemeinsamkeiten: Der männerbündische Charakter, die hypermaskuline Inszenierung, eine regelmäßig gezeigte Distanz zum

Rechtsstaat, die verbreitete Gewaltaffinität, strenge Hierarchien sowie identitätsstiftende Rituale. Angesichts der Gefahren auf verschiedenen Ebenen muss neben den Sicherheitsbehörden auch die lokale Zivilgesellschaft auf die organisierte Rechtsrockszene reagieren. Der Grad an Organisation und Ideologisierung der Strukturen wird vor Ort jedoch regelmäßig unterschätzt, da häufig nicht genau hingeschaut wird oder Hintergrundwissen fehlt. Zugleich zeigt sich, dass lokale zivilgesellschaftliche Akteur*innen in der Regel ein großes Interesse an Informationen zu neonazistischen Aktivitäten in ihrem Nahbereich haben, wenn sie davon erfahren. Sowohl in der Region Erbdorf als auch in Schwandorf hat die kritische Auseinandersetzung mit Neonazistrukturen vor Ort nach Informationsveranstaltungen und medialer Berichterstattung deutlich an Fahrt aufgenommen. Auch und gerade in ländlichen Regionen, wo die Rechtsrockszene häufiger stärker verankert ist, können politisch Verantwortliche, Vereine und Verbände, Kirchen, Dorfgemeinschaften und nicht-rechte Jugendkulturen das politische Klima vor Ort erheblich beeinflussen und den Bewegungsspielraum der Szene einschränken.

Angesichts der Gefahren auf verschiedenen Ebenen muss neben den Sicherheitsbehörden auch die lokale Zivilgesellschaft auf die organisierte Rechtsrockszene reagieren. Der Grad an Organisation und Ideologisierung der Strukturen wird vor Ort jedoch regelmäßig unterschätzt, da häufig nicht genau hingeschaut wird oder Hintergrundwissen fehlt.

„this is a NS/fascist underground cell that promotes real terrorism against the system“

Die „Feuerkrieg Division“ als Teil eines online organisierten Rechtsterrorismus

Rechtsterroristische Strukturen speisen sich heute nicht mehr nur aus extrem rechten Parteien, Kameradschaften oder Bewegungen auf der Straße, sondern auch zunehmend aus der Sphäre des Digitalen. In anonymen Foren oder internen Chatgruppen radikalisieren und organisieren sich global Anhänger*innen der extremen Rechten und planen immer wieder auch terroristische Anschläge. Ein Beispiel dafür ist Fabian D. aus dem Landkreis Cham, der bis zu seiner Festnahme Teil der „Feuerkrieg Division“ war.

Extreme Rechte und Waffen bilden eine gefährliche Kombination, auch in Ostbayern. Der terrorverdächtige ehemalige Bundeswehrsoldat Franco A., der sich in Vohenstrauß Waffenteile gekauft und dort 2016 den Schießstand besucht haben soll, der Kopf der zwischenzeitlich weitgehend inaktiven extrem rechten Bürgerwehr „Vikings Security Germania“ aus dem Landkreis Straubing, der 2018 in Serbien an einem Kurs für private Militärdienstleister teilgenommen hat, der verurteilte Rechtsterrorist Martin Wiese, der 2019 vom Amtsgericht Kelheim wegen vielfacher tateinheitlicher Vergehen nach dem Waffengesetz bzw. vorsätzlichem unerlaubten Besitz von Schusswaffen verurteilt wurde, ein ehemaliger Polizist aus Landshut, bei dem 2020 im Zuge einer Hausdurchsuchung in Zusammenhang mit Ermittlungen wegen Drohschreiben des „NSU 2.0“ mehrere illegale Waffen gefunden wurden, Razzien wegen illegalem Waffenhandel bei Akteur*innen der extremen Rechten 2020 in Deggendorf oder die regelmäßigen Schießübungen ostbayerischer Neonazis auf einem Schießstand im grenznahen tschechischen Cheb: Die Fälle sind so erschreckend wie regelmäßig und stellen mutmaßlich nur die Spitze des Eisbergs dar. Mit einem Anhänger der rechtsterroristischen „Feuerkrieg Division“ aus dem Landkreis Cham wurde 2020 ein weiterer Fall sichtbar, dessen Spezifika im Folgenden genauer betrachtet werden sollen.

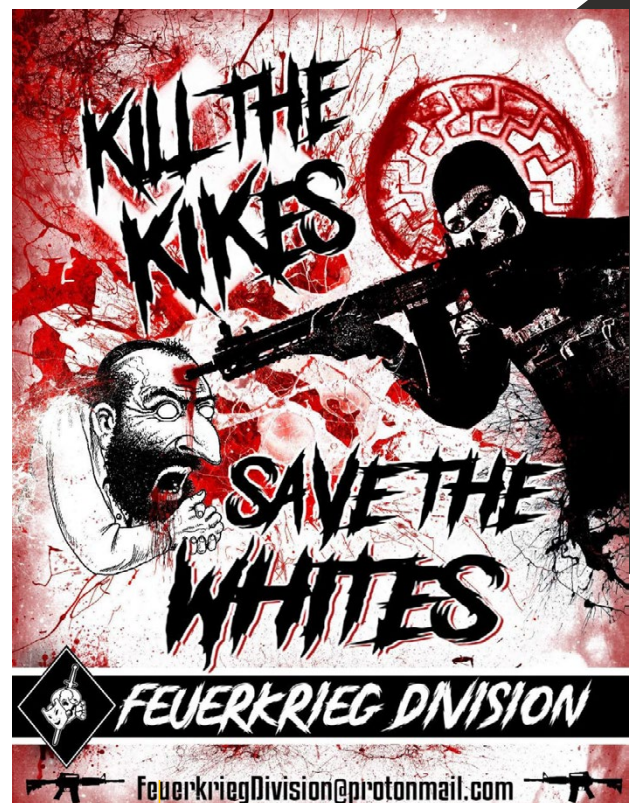
Global vernetzter Rechtsterrorismus

Anfang Februar 2020 wurde der 22-jährige Neonazi Fabian D. aus dem Landkreis Cham auf dem Parkplatz seines Arbeitgebers von Spezialkräften der Polizei festgenommen. Diese hatte aus Geheimdienstkreisen den Hinweis erhalten, dass D. womöglich kurz davor stehe, einen Anschlag auf eine Synagoge oder eine Moschee zu verüben. Knapp ein halbes Jahr zuvor wurden bereits ein 24-Jähriger in den USA und ein 17-Jähriger in Großbritannien wegen ähnlicher Anschlagpläne festgenommen, genau wie D. waren sie Teil der „Feuerkrieg Division“ (FKD). In der über Messenger-Apps organisierten Gruppe versammelten sich überwiegend junge, männliche Neonazis aus Europa und Nordamerika, die offensiv den Nationalsozialismus und einen terroristischen Kampf gegen ‚das System‘ propagierten. Ganz offen wurde in den englischsprachigen Chats der FKD zum Mord an Jüdinnen und Juden, Schwarzen, Muslim*innen, emanzipierten Frauen, Homosexuellen, Linken, liberalen Demokrat*innen und Vertreter*innen von Sicherheitsbehörden aufgerufen. Ihre Vorbilder waren dabei Rechtsterroristen, die sie als ‚Saints‘ (Heilige) verehrten. Je mörderischer die Taten, desto größer die Bewunderung: Besonders hoch im Kurs standen ‚Saint

Brevik', der im Juli 2011 durch einen Bombenanschlag im Regierungsviertel von Oslo und Schüsse auf Teilnehmer*innen eines sozialdemokratischen Jugendcamps auf der Insel Utøya 77 Menschen ermordete sowie ‚Saint Brenton‘, der im März 2019 in zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch 51 Menschen erschossen hat. Aber auch ‚Saint Ernst‘, der im Juni 2019 den Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke auf dessen Veranda mit einem Kopfschuss ermordete, wurde in den Chats frenetisch gefeiert. Der FKD-Aktivist aus dem Landkreis Cham beteiligte sich daran und forderte ein anderes Mitglied auf: „Mach es einfach wie Saint Brenton lol“.¹ Über den Attentäter von Halle, der im Oktober 2019 an Jom Kippur ein Massaker in einer Synagoge anrichten wollte und eine Passantin sowie den Besucher eines Döner-Imbisses erschoss, machten sich die FKD-Mitglieder ob seiner ‚Erfolglosigkeit‘ lustig. Fabian D. vermutete als Grund einen zu „niedrigen Testosteronspiegel“, da der Attentäter wohl „mehr gewichst habe, als gesund ist“. Er hielt außerdem fest: „Ich hätte ihm wahrscheinlich die Scheiße aus dem Leib geprügelt und die Synagoge selbst gestürmt“. D. plädierte wohl auch deshalb dafür, Fitnesstraining, den Umgang mit Waffen und eine Einschränkung des Medienkonsums zur Pflicht in den eigenen Reihen zu machen. Bei anderer Gelegenheit regte er an: „Yeah, Chemie ist eine gute Sache. Sie lehrt einem, wie eine Wagenladung Dünger und Aquarienreiniger dazu genutzt werden kann, ein Drittel eines Regierungsgebäudes zu zerstören“. Damit dürfte er sich auf das Attentat von Oklahoma City 1995 oder den Anschlag vom Juli 2011 in Oslo beziehen, bei denen rechtsterroristische Attentäter mit selbst gebauten Sprengsätzen Regierungsgebäude angegriffen und 168 bzw. acht Menschen ermordeten. Die FKD verehrte also nicht nur ihre Vorbilder, sondern versuchte auch von ihnen zu lernen.

Entstanden ist die FKD im Fahrwasser der bekannteren „Atomwaffen Division“, die strukturell und inhaltlich ähnlich ausgerichtet ist und deren Mitglieder für verschiedene Morde in den USA verantwortlich sind. Wann genau die FKD gegründet wurde, ist unklar, der Zeitpunkt dürfte jedoch auf Ende 2018, Anfang 2019 zu datieren sein. Rund ein Jahr später beteiligten sich an den internen Chats der Gruppe knapp drei Dutzend Mitglieder, die unter anderem über einen öffentlichen Telegram-Kanal und Szenepattformen rekrutiert wurden. In den Chats versuchten sich die Mitglieder mit ihrer zur Schau gestellten Gewaltbereitschaft zu übertrumpfen: Nachdem ein Teilnehmer das Bild eines als ‚unmännlich‘ empfundenen Mannes postete, fragte D.: „Soll ich ein paar Seile vorbereiten?“ Einem anderen Teilnehmer war Aufhängen zu harmlos, er forderte, den

Mann anzuzünden, abzuwarten, bis sich seine Polyesterkleidung in die Haut gefressen habe, ihn dann zu löschen und leiden zu lassen. D. kommentierte das mit „Haha“. Gegenstimmen gab es fast nie, so pushten sich die Mitglieder gegenseitig immer weiter und radikalisierten sich in ihrem Denken und Handeln. Das Lachen und ins Absurde gehende Überzeichnungen sind dabei Ausdruck einer extrem rechten Online-Kultur, die sich bei Kritik regelmäßig darauf zurückzieht, es wäre ja lediglich humoristisch gemeint gewesen. Tatsächlich ist es den Beteiligten der FKD jedoch todernst und das Lachen kann durchaus als Ausdruck einer Tötungslust verstanden werden. Auch die Tatsache, dass in den Chats Anleitungen zum Bau von Bomben, die ‚Manifeste‘ und Ausrüstungslisten von rechtsterroristischen Attentätern, Daten von potentiellen Opfern sowie Tipps zum konspirativen Agieren verbreitet wurden, spricht klar für die Ernsthaftigkeit und Gefährlichkeit der Gruppe. Nachdem D. im Februar 2020 in Cham festgenommen wurde bzw. in Untersuchungshaft saß und Sicherheitsbehörden in Estland bereits ein Monat zuvor den Kopf der FKD mit dem Pseudonym „Commander“ identifiziert hatten, gab die Gruppe aus Angst vor weiterer Repression formal ihre Auflösung bekannt.



Quelle: Screenshot Telegram
„Feuerkrieg Division“

Die FKD ruft ganz offen zur Ermordung von Jüdinnen und Juden auf, die in stereotyp antisemitischer Weise dargestellt und mit dem Schmähbegriff „Kikes“ bezeichnet werden

Der Prozess gegen Fabian D.

Im November 2020 begann in Nürnberg der Prozess gegen D. wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat. Das Gericht kam dabei zur Überzeugung, dass er einen Anschlag auf einen religiösen Ort, mutmaßlich eine Synagoge oder Moschee geplant hatte. Konkret fragte er Ende Januar 2020 im Chat: „Was wäre ein guter Ort, um ‚berühmt‘ zu werden?“ bzw. um ein „Saint“ (Heiliger) zu werden? Ein anderes Mitglied der Gruppe schrieb, Andachtsstätten seien heute sehr beliebt, auch wenn er selbst lieber die Pornoindustrie ins Visier nehmen würde. D. erwiderte: „Ich denke, Orte wie Andachtsstätten schlechter Menschen sind die bessere Wahl, da sie mehr als Fremde gesehen werden“. Die Anregung seines Gesprächspartners, eine religiöse jüdische Stätte mit Chlorgas anzugreifen, griff er auf, merkte aber an: „Ich würde lieber Werkzeug nehmen, um auf Tuchfühlung gehen zu können“. Als ‚Werkzeuge‘ beschaffte sich der Angeklagte nach Überzeugung des Gerichts verschiedene zum Zeitpunkt des Kaufes legale Waffen, unter anderem einen Modell-Nachbau des Sturmgewehrs AK-47 der Marke Kalaschnikow und das Originalgehäuse eines Sturmgewehrs, das eng mit der AK-47 verwandt ist. Mindestens das Originalgehäuse wollte D. mit noch zu erwerbenden Waffenteilen zu einer funktionsfähigen, scharfen Waffe umbauen. In den Chatgruppen der FKD tauschte er sich darüber aus, wie das möglich wäre. Zudem fragte er seinen Cousin, ob der ihm am Modell-Nachbau der Kalaschnikow etwas aufflexen bzw. einen Schweißpunkt lösen könne, um so ein Teil beweglich zu machen; der Cousin lehnte dies laut eigener Aussage ab. Auch mit einem

Arbeitskollegen unterhielt sich D. über Waffen, er besuchte den Sportschützen sogar zu Hause und ließ sich mindestens eine von dessen Kurzwaffen zeigen. Seiner Aussage zufolge fragte D. danach, ob man eine Schreckschusswaffe scharf machen könnte, wovor er ihn explizit gewarnt hätte. Wie das Gericht feststellte, wurden am Gehäuse des Sturmgewehrs letztlich Bearbeitungen vorgenommen und der Angeklagte verfolgte bis zu seiner Festnahme den Plan, die fehlenden Teile zu beschaffen und so in den Besitz einer scharfen Waffe zu gelangen. Erfahrung im Umgang damit hatte D. zu diesem Zeitpunkt schon: Gemeinsam mit seiner Mutter und einigen ihrer Arbeitskolleg*innen war er auf einem Schießstand in Tschechien und soll dort laut Anklage mit einer Kalaschnikow und einer Uzi geschossen haben. Darüber hinaus trainierte er wiederholt mit Luftgewehren und Schreckschusswaffen an verschiedenen Orten. Im Chat spricht er zudem davon, dass ihm auf einem Schießstand in Tschechien Munition „in die Tasche gerutscht“ wäre und er beim nächsten Mal versuchen würde, eine Packung davon zu kaufen und mitzubringen. Im Urteilspruch fand diese Munition keine Erwähnung, ob es sie nie gab oder D. sie versteckt hat, ist unklar. Die Polizei fand bei ihm außerdem ein Schlossöffnungsset, mit dem sich Türen öffnen und somit Hindernisse überwinden lassen, mit denen beispielsweise der Attentäter von Halle konfrontiert war. Auch einen Stahlhelm hatte sich der Angeklagte besorgt und tauschte sich in den Chats zudem über schusssichere Westen aus. Kurz: Seine Vorbereitungen waren zwar noch nicht final abgeschlossen, aber doch sehr weit fortgeschritten.



Das Landgericht Nürnberg-Fürth verurteilte **Fabian D.** wegen Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Straftat zu zwei Jahren Haft und betonte die Gefahr weiterer Straftaten durch ihn

→ Nürnberg, November 2020



Fabian D. präsentierte sich online mit Tarnkleidung und Sturmgewehr im Anschlag als ein zu allem entschlossener Weltanschauungskrieger

Im Prozess wurde außerdem umfangreich dargelegt, dass D. ein neonazistisches Weltbild verinnerlicht hat und Gewalt propagierte. So posierte er beispielsweise mit Tarnkleidung, Sturmgewehr und einer Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ für ein Foto oder charakterisierte die FKD laut Gericht wie folgt: „Wir sind diejenigen, die die Pistole rausholt [sic] und einer jüdischen Schlampe mit ihrem Kind direkt ins Gesicht schießt [sic]“. Auch die Tatsache, dass er Anleitungen zum Sprengstoff- und Bombenbau sowie Videos von Anschlägen aus dem Archiv der Chatgruppe heruntergeladen hatte, wurde in der Beweisführung berücksichtigt. Sein stark auf Sicherheit bedachtes Verhalten – viele seiner Datenträger waren verschlüsselt und er versteckte eine seiner Festplatten sogar in der Dunstabzugshaube – rundete das Bild eines Neonazis ab, der ernsthaft schwere Straftaten plante. Das Gericht verurteilte ihn schließlich zu zwei Jahren Haft ohne Bewährung und ordnete Führungsaufsicht an, da es eine erhebliche Gefahr sah, dass der Angeklagte weitere Straftaten begehen werde.

Die Beweisführung und das Urteil des Gerichts verdienen durchaus Beachtung, kamen doch im Prozess verschiedene Faktoren zusammen, die in der Vergangenheit immer wieder zu einer Entpolitisierung und Verharmlosung entsprechender Taten geführt haben. So zeichnete D. sowohl während der Ermittlungen als auch in einer durch seinen Verteidiger vorgetragenen Erklärung vor Gericht ein Bild von sich selbst, das sich etwa so paraphrasieren lässt: Mit Rechtsextremismus habe ich eigentlich nichts am Hut, ich hatte nie

wirklich vor, einen Anschlag zu verüben, meine Äußerungen waren nicht ernst gemeint, sondern sollten nur Aufmerksamkeit bzw. Anerkennung hervorrufen und im Zweifel liegt alles an meiner psychischen Erkrankung. Das Gericht hielt dem nicht nur seine klar neonazistischen, rechtsterroristische Gewalt propagierenden Ausführungen entgegen, sondern stellte auch fest, dass das Bedürfnis nach Anerkennung einem Anschlag nicht entgegenstehe, sondern die Begehung sogar wahrscheinlicher machen könne, da ‚Saints‘ in der Gruppe maximale Anerkennung entgegengebracht werde. Zum Thema der psychischen Erkrankung hörte das Gericht einen Sachverständigen an, der durchaus Hinweise auf psychische Störungen bzw. eine Erkrankung feststellen konnte, jedoch klarstellte, dass der Angeklagte hierdurch nicht in erheblicher Weise beeinträchtigt war. Auch das Gericht kam schlussendlich zur Einschätzung, dass in Bezug auf die Tat keine wesentliche Beeinträchtigung der Einsichts- und Steuerungsfähigkeit vorlag, der Angeklagte um das Unrecht der Tat wusste und schließlich schuldig war. Der in weiten Teilen der Gesellschaft zu beobachtenden Tendenz, extrem rechte Straf- und Gewalttaten zu pathologisieren, um sich nicht mit den politischen Hintergründen auseinandersetzen zu müssen, schloss sich das Gericht damit explizit nicht an. Ebenso ließen sich die Richter*innen nicht auf die in der extremen Rechten verbreitete Verteidigungsstrategie ein, im Planungsstadium verhinderte Taten lediglich als großspuriges Gerede zu verharmlosen.

Niedrigschwellige Organisationsform

Unabhängig von der Schuldfähigkeit wurde im Prozess deutlich, dass das Leben von Fabian D. durch erhebliche zwischenmenschliche Probleme geprägt ist: Schon seit seiner Kindheit hatte er Schwierigkeiten Kontakt zu anderen Menschen aufzubauen, in der Familie und der Schule hat er Gewalt erfahren und sein Umfeld ist von großer sozialer Kälte geprägt. Er lebte zwar im Keller seines Elternhauses, war jedoch von der übrigen Familie weitgehend isoliert. Etwas ausgeprägter war das Verhältnis zu den Großeltern, an die er zum Teil auch seine im Internet bestellten Waffen hat liefern lassen. Lediglich zu seinem Cousin pflegte er zeitweise eine intensivere Beziehung, dieser sprach als Zeuge vor Gericht von einer „Hassliebe“. Freund*innen oder eine Partnerschaft soll er nicht gehabt haben. Ob von den Sachverständigen, Angehörigen, ehemaligen Arbeitskolleg*innen oder den vernehmenden Polizeibeamten wird er als introvertierter Einzelgänger beschrieben, dessen kognitive Fähigkeiten allerdings nicht eingeschränkt seien. Personen mit ähnlichen psycho-sozialen Problemen sind in maßgeblich online organisierten extrem rechten Gruppen immer wieder anzutreffen, der Zugang ist für sie dort mit weniger Hürden verbunden, als bei lokalen Neonazistrukturen. Auch für D. bestanden in der FKD viele Schwierigkeiten nicht, die sich in der unmittelbar zwischenmenschlichen Interaktion womöglich ergeben hätten. Wenn er in den Chats der Gruppe unter den Pseudonymen „Heydrich“ und „reinhard070304“ auftrat, eine Referenz an den NS-Statthalter im besetzten Böhmen und Mähren und

Organisator der Shoah, Reinhard Heydrich, kam er gut zurecht: Er war meist sehr souverän, schlagfertig, machte Witze, wurde für seine Kompetenzen im Bereich digitaler Sicherheit geschätzt und gehörte nach und nach zu den führenden Köpfen der FKD. Wenn ihm jemand respektlos erschien, stellte er selbstbewusst klar: „Ich hoffe du weißt, dass ich hier Teil des Kadern bin“. Bei Regelverstößen ermahnte er Mitglieder, etwa wenn sie bei Fotos zu Propagandazwecken die falsche Kleidung trugen: „Gab es hier nicht einen Dresscode? Nämlich Flecktarn und Totenkopfmaske“. Die Kommunikationsstrategie der FKD, zu der gehörte, schon durch das Erscheinungsbild Angst und Schrecken bei zu Feinden erklärten Gruppen auszulösen, war ihm wichtig. Auch in die Freizeitgestaltung der übrigen Gruppenmitglieder mischte er sich ein, so sprach er sich etwa gegen Anime-Filme aus: „Das ist eine nationalsozialistische/faschistische Untergrundzelle, die echten Terrorismus gegen das System propagiert. Denkst du also, dass solche Werkzeuge der Volksverblödung wie Anime hier eine Rolle spielen oder akzeptiert werden?“ Die anderen Mitglieder erkannten seine Position an, nach seiner Festnahme kam sogar Unruhe auf, weil einer aus der Führungsriege aus dem Chat verschwunden war.

Für Neonazis mit Problemlagen wie D. sind Gruppen wie die FKD ideal: Sie können ihre Weltanschauung ausleben, sich mit Gleichgesinnten austauschen und sich als Teil einer identitätsstiftenden Gruppe bzw. einer elitären, zu allem entschlossenen Gemeinschaft fühlen, ohne ihre Komfortzone verlassen zu müssen.

Frauenhass & Incel-Kultur

In den Chats der „Feuerkrieg Division“ (FKD) war ein massiver Hass auf Frauen allgegenwärtig. Unterschiedliche Einschätzungen gab es lediglich in der Frage, ob alle Frauen verachtenswert wären oder ob „wirklich arische Frauen“, die „ihren Platz in der natürlichen Ordnung und ihre Verantwortung zum Kinderkrieg zur Erhaltung und Stärkung der Rasse“ kennen würden, eine Ausnahme darstellen. Ein Anhänger dieser klassisch völkisch-rassistischen Position betonte, dass

nicht dem Ideal entsprechende Frauen „mit allen anderen Degenerierten am Tag des großen Hängens zusammengetrieben“ werden müssten. Wie das Gericht feststellte, schrieb auch Fabian D.: „Eine weiße Frau in ihren Dreißigern sollte mindestens zwei Kinder haben, vier sind besser. Meiner bescheidenen Meinung nach sollte sie öffentlich als Verräterin gehängt werden, wenn sie bis 35 nicht wenigstens zwei Kinder hat“. Frauen, die selbst über ihre Körper und Leben bestimmen, sind in dieser Logik nicht vorgesehen. Entweder sie kommen ihren ‚reproduktiven Pflichten‘ gegenüber der völkisch-nationalen Gemeinschaft nach oder verlieren ihr Lebensrecht. D. sprach davon,

er wolle einer Frau „vier arische Kinder schenken“, Frauen würden ihn jedoch nicht beachten, weshalb er noch keinen Sex gehabt hätte. Ob Dating-Apps oder Discobesuche, nichts funktioniere. Er empfand sich selbst als eher unattraktiv und fragte im Chat der FKD nach Tipps, wie er eine Freundin bekommen könne. Zeitweise versuchte er es mit Fitnesstraining und Gewichtsreduktion, was er jedoch wieder aufgab. Sein Wunsch eine Frau kennenzulernen und die offene Verachtung gegenüber Frauen allgemein – so schrieb er beispielsweise, dass seiner Erfahrung nach nicht nur die meisten, sondern alle Frauen Schlangen wären – wechselten sich ab.

Die psycho-sozialen Probleme sind dabei weder eine notwendige noch eine hinreichende Bedingung für ihre politischen Aktivitäten. Die Form eines maßgeblich online organisierten Rechtsterrorismus ist schlicht jene, die am besten zu ihnen passt. Sie ist nicht per se mehr oder weniger gefährlich als andere rechtsterroristische Organisationsformen, sondern – je nachdem, wie ernst Sicherheitsbehörden digitale Sphären nehmen – häufig nur schwerer kontrollierbar und berechenbar. Nicht alle Mitglieder müssen letztlich terroristische Taten verüben, sie bilden jedoch den maßgeblichen ideologischen und organisatorischen Bezugsrahmen für diejenigen, die schließlich wirklich losschlagen.

Kein reines Onlinephänomen

Wie die Anschlagplanungen von Fabian D. und weiteren Mitgliedern zeigen, war die FKD kein reines Onlinephänomen. Auch wenn relevante Teile der Radikalisierung und Organisation in den Chatgruppen stattgefunden haben, materialisiert sich die Gefahr früher oder später auch in anderen Lebensbereichen. Ob es jenseits der Chats zu einem Aufeinandertreffen von D. mit anderen Mitgliedern der FKD kam, ist unklar. Zwar waren wohl Treffen in München und Nördlingen geplant, stattgefunden haben sollen sie laut D. jedoch nicht. Trotzdem bleibt der Verweis auf ‚das Internet‘ alleine problematisch: Er kann dazu führen, das engere und weitere Umfeld von problematischen Einstellungen, Verhaltensweisen und Handlungen freizusprechen und die Mitverantwortung für Radikalisierungsprozesse

auszulagern. Bei D. zeigt sich jedoch, dass er sehr wohl Kontakte zur extremen Rechten jenseits der FKD hatte, seine Aktivitäten auch regionale Bezüge aufwies und sein direktes soziales Umfeld als Einflussfaktor nicht unterschätzt werden darf.

In ihren Chats grenzte sich die FKD häufig von anderen Akteur*innen der extremen Rechten ab, diese würden es nicht wirklich ernst meinen, sondern seien nur Maulhelden. Auf relativ positive Resonanz stieß jedoch „Der III. Weg“. „Commander“, als Kopf der FKD, urteilte beispielsweise: „Meiner Meinung nach die einzige gute Bewegung in Deutschland“. Auch D. kannte die Neonazipartei und erzählte von ihren Wahlplakaten mit dem Slogan „Reserviert für Volksverräter“, die in seiner Umgebung an vielen Straßenlaternen hingen. Im Prozess berichtete ein Vernehmungsbeamter, dass es laut D. sogar zu einem Gespräch mit einer Vertreterin der Partei gekommen sei. Ob es sich um einen tiefgehenden Kontakt gehandelt hat, ist nicht bekannt. „Der III. Weg“ ist im Landkreis Cham jedoch gut verankert und bemüht sich regelmäßig um neue Mitstreiter*innen. Weiterhin stand ein Kontakt zu „Combat 18“ (C18) im Raum: D. fragte die übrigen Mitglieder, was sie davon halten würden, eine Verbindung zum Terrornetzwerk aufzubauen. Zwar hatten seine Kameraden Bedenken, dass die „Boomer“ von Geheimdiensten unterwandert sein könnten, gegen eine vorsichtige und inoffizielle Kontaktaufnahme würde jedoch nichts sprechen. Ob es dazu kam bzw. ob D. eine mögliche Kontaktperson hatte oder an einen kalten Kontakt über das Internet dachte, ist unklar. Eindeutiger verhält es

Hierzu passend bezeichnete sich D. auch als Incel, das Akronym steht für „involuntary celibate“ (unfreiwillig zölibatär lebend). Unter dem Schlagwort hat sich online eine Szene meist junger Männer herausgebildet, die sich in einer Mischung aus Selbst- und Frauenhass als Opfer emanzipierter und nur an attraktiven bzw. mächtigen Männern interessierter Frauen inszenieren. Vor dem Hintergrund ihrer extrem ausgeprägten patriarchalen Vorstellungen fühlen sie sich um ihr vermeintliches ‚Recht auf Sex‘ und männliche Dominanz betrogen, womit sie Gewalt gegen Frauen rechtfertigen. Auch D. äußerte sich auch immer wieder explizit in verstörender Weise über Mädchen

und Frauen, so hielt er als erwachsener Mann fest: „14–15 heißt bereit für die Fortpflanzung. Ich sehe nicht, was daran falsch sein soll“. Prostitution lehnte er ab, er würde sich eher umbringen, als für Sex zu bezahlen. Angesichts dessen stellte er die ‚Frage‘: „Ist Vergewaltigung meine einzige Option?“ Überlegungen dazu führte er bei anderer Gelegenheit konkreter aus: So schrieb er im Chat, er habe festgestellt, dass die Frau, auf die er ein Auge geworfen hatte, „bei der Antifa ist“. Da antifaschistische und feministische Frauen ein besonderes Feindbild darstellen, schrieb seine Kameraden: „Ein gutes Ziel für eine Vergewaltigung“ oder „Feministinnen vergewaltigen“. D. antwortete: „Ich könnte

es tatsächlich versuchen, ich kann 70 Kilo heben und sie dürfte um die 40 Kilo haben und ist kleiner haha“. Diese konkreten und potentiell sehr gefährlichen Überlegungen fügen sich gut in das Gesamtbild: Als ein wichtiges Element männlicher Vorherrschaft propagiert die FKD das ‚Recht‘ über weibliche Körper zu verfügen, sexualisierte Gewalt wird dabei als legitimes Mittel betrachtet oder sogar lustvoll inszeniert. Wie in vielen Bereichen betreibt die rechtsterroristische Gruppe damit die Zuspitzung einer Logik, die sich in allen Teilen der extremen Rechten sowie in schwächerer Form auch in der patriarchalen Gesellschaft allgemein findet.

Die regionale Dimension der Aktivitäten von D. wurde in den Chats der FKD immer wieder in erschreckender Weise deutlich. So postete er beispielsweise ein Foto von zwei Schwarzen beim Überqueren eines Zebrastreifens in Cham samt dem Kommentar: „Töten oder nicht töten, ist die Frage“.

sich in Bezug auf die „Atomwaffen Division Deutschland“: D. berichtete, dass die Gruppe laut seinem Kontakt das Rekrutieren eingestellt hätte, da sie etwas Großes planen würde. Die Beispiele zeigen, dass D. und die FKD nicht isoliert waren, sondern in das Netzwerk der neonazistischen Rechten eingebunden und dabei insbesondere Interesse an Kontakten zu militanten bis terroristischen Strukturen hatten.

Die regionale Dimension der Aktivitäten von D. wurde in den Chats der FKD immer wieder in erschreckender Weise deutlich. So postete er beispielsweise ein Foto von zwei Schwarzen beim Überqueren eines Zebrastreifens in Cham samt dem Kommentar: „Töten oder nicht töten, ist die Frage“. Zu einem anderen Zeitpunkt ließ er seine Kameraden wissen, dass er in Tarnkleidung gegenüber einer Flüchtlingsunterkunft sitze und abwarte, ob „die Ficker“ irgendetwas versuchen würden. Außerdem postete er im Chat eine vermeintliche „Antifa-Liste“, der Datensatz stammt mutmaßlich aus dem Hack eines alternativen Webshops im Jahr 2015 und kursiert seit Jahren in extrem rechten Kreisen. Unter den tausenden Kund*innen sind auch Personen aus Cham und Umgebung, mit ‚der Antifa‘ dürften sie wie die meisten anderen Besteller*innen des Shops kaum etwas zu tun haben. Durch die Verbreitung der Liste und seinen Kommentar „Falls [...] jemand seine lokalen Kommunisten besuchen will“ werden die Personen dennoch einer möglichen Gefahr ausgesetzt, was zu Verunsicherungen führen kann. Beunruhigt fühlten sich auch ehemalige Arbeitskolleg*innen von D. aus einem Betrieb in Furth im Wald: Einer Kollegin präsentierte er laut ihrer Zeugenaussage unter den Worten

„Hast du Angst vor Messern?“ während der Schicht plötzlich ein solches. Eine konkrete Bedrohung habe es laut ihr nicht gegeben, trotzdem löste der Vorfall besonders unter den weiblichen Beschäftigten Angst aus. Betrachtet man das Frauenbild von D. (siehe Infokasten), völlig zurecht.

Im Prozess gab es immer wieder Hinweise darauf, dass auch das Umfeld von D. jenseits des Digitalen für die Analyse der Entwicklung seiner Ideologie und Praxis eine Rolle spielen könnte. Da war zum Beispiel die Großmutter, zu der er Pakete mit Waffen und Ausrüstung hat liefern lassen, von deren Inhalt sie laut Eigenaussage nichts gewusst haben will. Vor Gericht trat sie als Zeugin auf und interpretierte die Frage des Richters nach der Einstellung ihres Enkels gegenüber Ausländer*innen mutmaßlich falsch, dachte, er würde nach ihrer eigenen Einstellung fragen. Ihre Antwort: „Da sag ich lieber nichts dazu“. Ein anderes nahes Familienmitglied verbreitete bei Facebook die Rede eines AfD-Politikers. Isoliert betrachtet erscheinen derlei Punkte zunächst bedeutungslos, zusammen mit weiteren Elementen könnten sie jedoch womöglich zu einem größeren Bild beitragen, das die Radikalisierung von D. in einem differenzierteren Licht erscheinen lässt: Nicht mehr als plötzliches, vom ‚realen Leben‘ losgelöstes Ereignis ‚im Internet‘, sondern als einen Prozess, für den es bereits Anknüpfungspunkte gab. Ebenso kann die Frage gestellt werden, ob die Radikalisierung von D. wirklich unsichtbar verlaufen ist – die Zeug*innen gaben alle an, von seiner Entwicklung hin zur extremen Rechten nichts mitbekommen zu haben – oder ob es doch Hinweise darauf gab. Hier lohnt sich etwa ein Blick auf die Beziehung von D. zu seinem Cousin: Dieser fotografierte D. auf dessen Bitte hin beispielsweise in Tarnkleidung mit Sturmgewehr, besonders ungewöhnlich kam ihm das nicht vor. Laut seiner Zeugenaussage hatte D. ihm gegenüber die Meinung vertreten, dass zu viele Flüchtlinge in Deutschland seien, auch über militärische Aspekte der Zeit des Nationalsozialismus sollen sie gesprochen haben. D. hätte ihm außerdem das Video des Attentäters von Christchurch und ein Video der „Atomwaffen Division“ gezeigt, zudem gewann er den Eindruck, sein Cousin sei vom Halle-Attentäter bewegt gewesen. Auch über Waffen und Waffenteile hätte D. ihm gegenüber gesprochen, von den Lieferungen der Totenkopfmaske und der Ausgabe von „Mein Kampf“ wusste er und die Tatsache, dass sich D. im Darknet bewegte, war ihm ebenfalls bekannt. Kurz: Der Cousin hatte sehr viel mitbekommen, Hinweis reihte sich an Hinweis. Dass er aber so besorgt gewesen wäre, dass er deshalb Kontakt mit der Polizei oder einer Beratungsstelle

aufgenommen hätte, wurde zumindest im Prozess nicht sichtbar. Einen Anhaltspunkt darauf, dass die kritische Distanz hierfür womöglich nicht genug ausgeprägt war, könnte eine Aussage von D. im FKD-Chat liefern: Dort schrieb er, sein Cousin und dessen Freunde würden „die ganze Zeit NS-Zeug sagen, nur um edgy zu wirken“. Ein enger politischer Weggefährte dürfte der Cousin gleichwohl nicht gewesen sein, so bezeichnete D. ihn im Chat als Feigling, der ihn mehrmals verraten hätte und drohte sogar, dass „er sich die erste Kugel einfangen“ könnte. Der Cousin wusste also nicht nur viel, sondern war auch ein potentielles Opfer.

Die Beispiele machen deutlich, dass Online- und Offlinesphären nicht völlig losgelöst voneinander existieren, sie greifen vielmehr häufig ineinander. Ganz allgemein gilt: Ob im Netz, auf der Straße oder im sozialen Umfeld, extrem rechte Aktivitäten dürfen nicht ausgeblendet werden oder unwidersprochen bleiben. Das gilt auch für alltägliche Ausprägungen von Rassismus, Frauenfeindlichkeit etc., die einen wichtigen Nährboden für die zugespitzten Varianten der extremen Rechten bilden. Wenn die kritische Auseinandersetzung ausbleibt, können extrem rechte Online-Kontexte als massive Verstärker und Beschleuniger extrem rechter Ideologie und Praxis wirksam werden. Im Fall von D. wäre überdies zu fragen, ob institutionelle Kontrollmechanismen ausreichend gegriffen haben: So besaß er beispielsweise einen kleinen Waffenschein, der ihm zum legalen Führen von Schreckschusswaffen berechtigte. Bei seiner Festnahme wurde außerdem ein Brief mit einer Zusage für eine Stelle als Systemelektroniker bei der Bundeswehr gefunden. Hier scheint eine noch stärkere Aufmerksamkeit für die Gefahren, die sich durch extrem rechte Akteur*innen in Verbindung mit Waffen bzw. dem Militär ergeben können, notwendig.

Rechtsterrorismus in jeder Form ernst nehmen

Es war eine reale Gefahr, dass Fabian D. einen Anschlag auf eine Synagoge, eine Moschee oder ein ähnliches Ziel verübt. Durch die Einbindung in eine rechtsterroristische Online-Gruppe war er hoch entschlossen und seine Vorbereitungen waren weit fortgeschritten. Die Festnahme durch die Polizei verhinderte Schlimmeres und es ist zu hoffen, dass die Sicherheitsbehörden D. auch nach seiner Haftentlassung im Auge behalten werden. Ebenso wichtig wäre es, die übrigen deutschen Mitglieder der FKD zu identifizieren und mögliche Straftaten zu verfolgen. Der Prozess gegen D. in Nürnberg war von einer starken Engführung geprägt, die Gruppenstruktur der

FKD wurde nicht merklich thematisiert. Der Staatsanwalt kündigte gegen Ende des Prozesses jedoch an, dass D. sich nicht benachteiligt fühlen müsse und allen Ermittlungsansätzen in Bezug auf die FKD nachgegangen werde. Es bleibt abzuwarten, ob dieser Ankündigung Taten folgen werden. Rechtsterroristische Strukturen auch dann ernst zu nehmen, wenn sie sich maßgeblich online organisieren, ist angesichts einer Ausdifferenzierung der Organisationsformen unbedingt notwendig.

Die Festnahme durch die Polizei verhinderte Schlimmeres und es ist zu hoffen, dass die Sicherheitsbehörden D. auch nach seiner Haftentlassung im Auge behalten werden. Ebenso wichtig wäre es, die übrigen deutschen Mitglieder der FKD zu identifizieren und mögliche Straftaten zu verfolgen.

¹ Soweit nicht anders benannt, entstammen die Zitate den vorliegenden Chatprotokollen der „Feuerkrieg Division“; sie wurden vom Englischen ins Deutsche übersetzt.

Das spricht für sich

Völkisch-nationalistische Positionierungen von Abgeordneten der AfD aus Ostbayern

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist seit ihrer Gründung im Jahr 2013 eine Sammlungsbewegung verschiedener politischer Kräfte: Enttäuschte Konservative und neoliberale Hardliner*innen sind in ihren Reihen ebenso anzutreffen wie Anhänger*innen eines völkischen Nationalismus, wobei Letztere innerhalb der Partei über die Jahre des Bestehens mehr und mehr Einfluss gewinnen konnten. Auch wenn mit dem „Flügel“ rund um Björn Höcke ihre organisatorische Plattform Mitte 2020 formal aufgelöst wurde, sind sie und ihre Ideologie – wenngleich regional unterschiedlich stark – nach wie vor prägend für die AfD. Ob mit „Flügel“-Hintergrund oder nicht, finden sich auch bei den seit 2017 im Bundestag bzw. seit 2018 im Landtag vertretenen Abgeordneten¹ aus Ostbayern Positionierungen, die in Zusammenhang mit Rassismus und Antisemitismus sowie anderen Versatzstücken völkisch-nationalistischer Politik relevant sind. Im Folgenden sollen einige davon exemplarisch betrachtet werden, vollständig ist dies aufgrund der Fülle des Materials nicht möglich. Von besonderem Interesse sind dabei Einlassungen jenseits des Parlaments, da diese häufig unmittelbarer erfolgen, eine hohe Authentizität haben und damit interessante Einblicke zulassen.



Kathrin Ebner-Steiner inszeniert sich gerne als traditionsbewusste Bewahrerin, bewegt sich inhaltlich jedoch deutlich abseits des Konservatismus

→ Osterhofen, Februar 2018

Katrin Ebner-Steiner

Als Fraktionsvorsitzende der AfD im Bayerischen Landtag ist Katrin Ebner-Steiner aus Metten im Landkreis Deggendorf das wahrscheinlich bekannteste Gesicht der Partei im Freistaat. Zu einer taktischen Zurückhaltung führt das nicht, vielmehr ist sie wiederholt als Rednerin bei Veranstaltungen des „Flügels“ aufgetreten und eine Vertraute von Björn Höcke. Auch ihre Berührungssängste zur außerparlamentarischen extremen Rechten hielten sich in der Vergangenheit in Grenzen, so nahm sie etwa im Januar 2016 mit tief ins Gesicht gezogener Mütze und großer Sonnenbrille an einer Demonstration der „Identitären Bewegung“ in Freilassing teil. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass sie wiederholt durch Ausführungen aufgefallen ist, die an das Narrativ vom ‚Großen Austausch‘² anknüpfen. So beklagte sie sich beispielsweise bei Facebook, nachdem die Bundesregierung eine Grafik mit dem Slogan „Yeah, Baby! Höchste Geburtenrate des Jahrtausends“ und Babyemojis mit weißer, brauner und schwarzer Haut gepostet hatte, wie folgt:

„Die #Bundesregierung [...] sagt der deutschen Bevölkerung offen den Kampf an. Es ist perfide und geradezu sarkastisch, eine #Geburtenrate zu feiern, die unter 2,1 liegt.“ Zudem müsse gefragt werden, ob die geborenen Kinder solche seien, die „unser Staatsvolk [...] tragen“ oder ob „die Deutschen weiter der Bevölkerungsumstrukturierung bis zum endgültigen Identitätsverlust anheim gegeben“ würden. Die Regierung ginge nur noch von „Leuten, die hier leben“ aus, die deutsche Bevölkerung würde „in ihrer Nation und ihrer Ethnie entkernt“ und zwar mit „apologetisch-ideologischem Nachdruck“. Bilder wie das der Bundesregierung mit den Babyemojis unterschiedlicher Hautfarben sollten ein „Mantra der Fröhlichkeit und Buntheit vorgaukeln“, in Wahrheit würde jedoch „die sog. ‚Replacement‘-Ideologie rücksichtslos ohne Achtung der Befindlichkeit der angestammten Bevölkerung und ihres historischen wie mentalen Kontextes durchgepeitscht.“ Durch eine „permanent vertiefte Heterogenisierung“ würde „das Volk geschwächt, konflikthanfälliger, manipulierbar und somit leicht beherrschbar“. Da die eigene Kultur „nicht beliebig mit anderen Kulturen außerhalb Europas vermischbar“ sei, müsse man dem „gefährlichen Treiben der Replacement-Ideologen in #Berlin und #Brüssel“ Einhalt gebieten.³

Ebner-Steiner greift mit der mehrfachen Verwendung des Begriffs ‚Replacement‘ (Austausch) nicht nur auf das entsprechende Vokabular zurück, sondern führt auch Elemente des verschwörungsideologischen Narrativs des ‚Großen Austausches‘ nahezu idealtypisch aus: Durch die angeblich forcierte Vergrößerung des Anteils ‚außereuropäischer Kulturfremder‘ an der Bevölkerung würde eine ‚ethnische Entkernung‘ des deutschen Volkes und schließlich ein ‚Bevölkerungsaustausch‘ stattfinden, wodurch die Einigkeit der Menschen im Land verloren gehen würde und sie leichter beherrschbar wären. Verantwortlich dafür? Die ‚Replacement-Ideologen‘. Klar antisemitisch konnotiert ist die Benennung der vermeintlich Verantwortlichen an dieser Stelle nicht, anders als verschwörungsideologisch und rassistisch können die Ausführungen jedoch kaum interpretiert werden.

Ebner-Steiner ist bei anderer Gelegenheit allerdings auch durch Handlungen aufgefallen, die von Beobachter*innen als Verharmlosung der Shoah betrachtet wurden: Im Januar 2019 verließ sie mit den meisten ihrer Fraktionskolleg*innen demonstrativ den Plenarsaal, als Charlotte Knobloch, Überlebende der Shoah und Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern anlässlich einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Bayerischen Landtag sprach und dabei auch die AfD kritisierte bzw. zur Umkehr aufrief. Anfang Juni 2020 tauchte bei Instagram zudem ein Foto auf, das Ebner-Steiner posierend mit zwei Aktivist*innen der AfD aus Deggendorf zeigt: Eine der beiden Personen trug dabei einen ‚Judenstern‘ mit der Aufschrift „Ich bin ein Impfgegner“, die andere posierte kurze Zeit später mit dem ‚Volkslehrer‘ Nikolai Nerling, der eine der schillerndsten Figuren im Netzwerk der Verharmloser*innen und Leugner*innen der Shoah ist. Zum Volkstrauertag 2020 teilte Ebner-Steiner bei Facebook eine Grafik im Gedenken an die gefallenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges samt Fragmenten eines nationalistischen Gedichtes von Paul Beuthe, in dem Kritiker*innen von Wehrmacht und Krieg als „Halunken“ denunziert werden.⁴ Das Gedicht wird vor allem in extrem rechten Kreisen rezipiert, am bekanntesten ist es sicherlich durch die Vertonung des neonazistischen Liedermachers Frank Rennie. Wenngleich der Beitrag auf Ebner-Steiners Facebook-Seite nicht mehr zu finden ist, gibt die Verbreitung – ebenso wie ihre Positionierungen in Bezug auf die Opfer des Nationalsozialismus – durchaus Hinweise auf ihr Geschichtsbild. Ähnlich wie bei ihren Einlassungen zum angeblichen ‚Bevölkerungsaustausch‘ sind die Gemeinsamkeiten mit der Gedankenwelt der extremen Rechten augenscheinlich.

Ralf Stadler

Der Landtagsabgeordnete Ralf Stadler aus Tittling im Landkreis Passau zählt zum rechten Rand der bayerischen AfD und ihrer Landtagsfraktion, bis zu einer strategisch motiviert wirkenden Distanzierung im Mai 2019 bekannte er sich auch offen zum völkisch-nationalistischen „Flügel“. Immer wieder geht er auch mit extrem rechten Kräften jenseits der eigenen Partei auf die Straße, so etwa bei Corona-Protesten von Niederbayern bis Berlin. Stadler fällt regelmäßig durch Positionierungen im Stil der extremen Rechten auf, so verbreitete er etwa unkommentiert einen als „Netzfund“ gekennzeichneten Beitrag bei Facebook, in dem vor dem ‚Volkstod‘ gewarnt wird. Konkret heißt es darin: „Die endgültige Vernichtung des deutschen Volkes. Lange geplant, nun vor der Vollendung. Was während des dreißigjährigen Krieges, des 1. Weltkrieges und des 2. Weltkrieges mit Waffengewalt nicht gelang, wird jetzt ohne Waffen vollzogen. [...] Oberste Agenda der um die fünf neuen Bundesländer erweiterten BRD ist die Vermischung des restdeutschen Volkes von 62 Millionen mit Migrant*innen aus aller Herren Länder. Das Zuwanderungskartell im Reichstag organisiert systematisch den Volkstod durch jährlichen sanktionierten [sic] Massenmord an deutschen Ungeborenen [...]. Eine völlig verfehlte Familienpolitik drückt die Geburtenrate der Biodeutschen bei gleichzeitiger Flutung unseres Heimatlandes mit jährlich über einer Million oftmals krimineller, kulturferner, ungebildeter und integrationsunwilliger Migrant*innen. [...]

Die Formel für den Völkermord am deutschen Volk lautet: 1) Massenmord an Ungeborenen. 2) Niedrige Geburtenrate durch Förderung des sog. Feminismus. 3) Massenzuwanderung. [...] Welches gesunde und souveräne Volk lässt die eigene Vernichtung so willenslos geschehen? Nur eines, das infolge der Maßnahmen



Lange beteiligte sich **Ralf Stadler** an Aktivitäten des „Flügels“, wie hier bei einer Schifffahrt mit Björn Höcke nahe der Befreiungshalle

→ Kelheim, Oktober 2017

der Alliierten nach dem Krieg, auch als Reeducation bekannt, seiner natürlichen Haltung und Identität beraubt ist. [...] Unser Staat wird nicht mehr von deutschen Bürgern, sondern von anderen Mächten kontrolliert und ist wohl schon verloren. Stichworte hierzu: New World Order – Federal Reserve System, City of London, Bilderberger, Atlantikbrücke, Council of Foreign Relations, Club of Rome, Trilaterale Kommission, Freimaurer, Bohemian Club, Skull and Bones, Black Rock, Goldman Sachs, Rockefeller Foundation, Ford Foundation, Rothschild, Tavistock Institute etc. – das Netzwerk dieser zur Finanzmafia gehörenden Organisation ist fast undurchschaubar und agiert weltweit. [...]“⁵

Kurz: Es würde einen seit Jahrhunderten verfolgten Plan geben, das deutsche Volk zu vernichten. Dies geschehe aktuell durch eine Kombination aus Zuwanderung und Geburtenrückgang, was sich die Deutschen nur wegen des ‚Schuldultes‘ in Folge des Nationalsozialismus gefallen lassen würden. Da Deutschland kein souveräner Staat mehr sei, sondern die ‚Neue Weltordnung‘ die Fäden ziehe, sei der Kampf nahezu aussichtslos. Die verschwörungsideologische Vorstellung wird hier noch klarer als bei Ebner-Steiner dargelegt, nicht zuletzt wird durch die Benennung der vermeintlichen ‚Strippenzieher‘ im Hintergrund der zumindest strukturell antisemitische Charakter noch deutlicher – der rassistische und antifeministische ist es ohnehin.

Die Verbreitung solcher Vorstellungen ist bei Stadler kein Einzelfall, so führte er beispielsweise bei Facebook aus: „Der Krieg gegen Deutschland hat längst begonnen, anstatt Militär wird Deutschland mit fremden, nicht integrierbaren Kulturen kontaminiert.“⁶ Vor dem Hintergrund prognostizierte er einen „bevorstehenden Bürgerkrieg“ und benannte auch die vermeintlichen Kämpfer*innen der Gegenseite: „Unsere ‚lieben Flüchtlinge‘ warten nur auf das Kommando.“⁷ Auch bei anderer Gelegenheit sprach er in Zusammenhang mit Einwanderung von einer „Umvolkung“.⁸ Dass eine Person mit solchen Vorstellungen eine Grafik mit dem Text „Der Optimist lernt Chinesisch. Der Pessimist lernt Arabisch. Der Realist lernt Schießen“ verbreitet hat, ist verstörend.⁹ Beängstigend wird es, wenn man weiß, dass Stadler laut seinem Profil auf der Internetseite des Bayerischen Landtags Mitglied im „Bund der Polizei- und Militärschützen e.V.“ sowie im „Sportschützenverein SLG Stoaberg“ ist und damit potentiell Zugang zu Waffen hat.

Auch Stadlers regelmäßige Einlassungen in Bezug auf Antisemitismus und jüdisches Leben in Deutschland sind alarmierend: Im Januar 2019 verließ er nicht nur wie viele seiner Fraktionskolleg*innen bei der Rede

Charlotte Knoblochs demonstrativ den Saal, er sprach sich auch bei Facebook für ein Verbot von Halal- und Koscherschlachtungen aus, was eine erhebliche Erschwerung religiösen muslimischen und jüdischen Lebens in Deutschland bedeuten würde.¹⁰ Stadler zeigte sich auch empört darüber, dass Ursula Haverbeck – die wahrscheinlich bekannteste Leugnerin der Shoah in Deutschland – inhaftiert wurde. Es sei „eine Schande, wie in Deutschland mit ‚einfachen‘ Menschen umgegangen“ werde, er wünsche Frau Haverbeck „alles Gute“.¹¹ Da wirkt es folgerichtig, dass er Kritik von Charlotte Knobloch am Antisemitismus im Kontext der Corona-Proteste als „diese Keule“, die „dauernd gegen die Deutschen eingesetzt“ werde, bezeichnete – im Milieu von Haverbeck würde man wohl von der ‚Auschwitzkeule‘ sprechen, mit der die ‚Meinungsfreiheit‘ unterdrückt werde.¹²

Auch wenn einige der zitierten Beiträge Stadlers mittlerweile nicht mehr aufzurufen sind, kann angesichts immer neuer, ähnlich gelagerter Positionierungen konstatiert werden: Der Passauer Landtagsabgeordnete lässt kaum ein Thema der extremen Rechten aus, egal ob es um antisemitisch konnotiertes Verschwörungsdenken, Rassismus, Antifeminismus oder eine Abwehr der Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte geht.

Josef Seidl

Auch wenn Josef Seidl aus Ruhstorf im Landkreis Dingolfing-Landau eher zu den ruhigeren Stimmen unter den ostbayerischen Abgeordneten gehört, ist auch er in der Vergangenheit immer wieder durch die Verbreitung von verschwörungsideologischen Erzählungen aufgefallen, die an das Narrativ vom ‚Großen Austausch‘ anknüpfen. So war auf seiner Facebook-Seite beispielsweise eine Falschmeldung zu lesen, der zufolge ein wichtiger US-Militärstrategie propagieren würde: „Das Endziel ist die Gleichschaltung aller Länder der Erde durch die Vermischung der Rassen, mit dem Ziel einer hellbraunen Rasse in Europa, dazu sollen in Europa jährlich 1,5 Millionen Einwanderer aus der dritten Welt aufgenommen werden. Das Ergebnis ist eine Bevölkerung mit einem durchschnittlichen IQ von 90, zu dumm zu begreifen, aber intelligent genug um zu arbeiten. [...] Sollten [unsere Gegner] Widerstand gegen die globale Weltordnung leisten, fordere ich: ‚Wir werden sie töten.‘“¹³ In die gleiche Kerbe schlägt ein von Seidl verbreitetes Video mit Martin Sellner, dem bekanntesten Gesicht der „Identitären Bewegung“ im deutschsprachigen Raum: In der Videobeschreibung ist die Rede davon, dass „Die illegale Massenmigration von langer Hand geplant“ sei und „Massenmigration



Josef Seidl ist meist zurückhaltend, fiel zeitweise jedoch durch verstärkte Verbreitung extrem rechter Verschwörungserzählungen auf

→ München, Februar 2019

als Waffe“ eingesetzt werde.¹⁴ Videos mit Inhalten der „Identitären Bewegung“¹⁵ oder der Neonaziszene¹⁶ teilte er übrigens auch bei anderer Gelegenheit, Berührungsängste schien er nicht zu haben. Der ‚Große Austausch‘ ist auch Thema eines weiteren Beitrags, den Seidl teilte. Darin ist von „abgrund bössartigen Pläne[n] der NWO-Eliten“ die Rede, die ein klares Ziel vor Augen hätten: „[Die] Europäer sollen ethnisch ausgelöscht werden. Weil die freigeistigen und intelligenten Europäer seit Jahrhunderten ein Dorn im Auge der global Obrigen und Herrschenden sind!“¹⁷ Kurz: Seidl verbreitete zeitweise eine Vielzahl von Inhalten, in denen die zentrale Erzählung der extremen Rechten offen oder kaum chiffriert propagiert wurde. Da ein zumindest struktureller Antisemitismus integraler Bestandteil dieser Erzählung ist, kann es nicht recht verwundern, dass auch Seidl sich im Januar 2019 dem Teil seiner Fraktion angeschlossen hat, der bei der Rede Charlotte Knoblochs während der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus das Plenum verließ. Neben dem ‚Großen Austausch‘ hat Seidl auf seiner Facebook-Seite auch weitere Feindbilder der extremen Rechten kultiviert, beispielsweise Angela Merkel, die Öffentlich-Rechtlichen oder ‚die Antifa‘. So wurde in von ihm geteilten Beiträgen die Kanzlerin mit Adolf Hitler verglichen¹⁸, behauptet, die „Maulhuren des GEZ-ZDF“ würden Kinder für sexualisierte Gewalt durch Flüchtlinge gefügig machen¹⁹ oder Antifaschist*innen hätten „Zwangsgewaltigungen von ‚volksdeutschen‘ Frauen“ gefordert.²⁰ Seit seinem Einzug ins Parlament ist Seidls öffentliches Auftreten zwar moderater und einige der Beiträge wurden zwischenzeitlich gelöscht, gleichwohl sollte seine Weltanschauung ernst genommen werden.

Roland Magerl

Der Abgeordnete Roland Magerl aus Mantel im Landkreis Neustadt an der Waldnaab inszeniert sich regelmäßig als das soziale Gewissen der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, was aufgrund seiner Vorgeschichte durchaus authentisch wirkt: So war er nicht nur Mitglied der SPD und Betriebsratsvorsitzender, sondern ist auch Gewerkschafter und ehrenamtlich im Rettungsdienst aktiv. Zwar gehörte auch er zu der Gruppe von AfD-Abgeordneten, die bei der Rede von Charlotte Knobloch anlässlich einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Januar 2019 demonstrativ den Saal verließen, meist ist sein öffentliches Auftreten jedoch eher moderat. Schaut man jedoch genauer hin, werden diverse Bezüge zur extremen Rechten sichtbar. Im Mai 2018 trat er etwa neben Björn Höcke und anderen Redner*innen bei einer Veranstaltung des „Flügels“ in Lappersdorf auf, im Juni 2020 gehörte er zu nur gut einer Handvoll bayerischer Abgeordneter, die Höcke bei einem Besuch im Landtag in München empfangen haben. Am plakativsten ist wohl sein Auftritt bei der AfD-Kundgebung im Juli 2017 in Neutraubling: Magerl trug dabei ein T-Shirt des neonazistischen Kleidungslabels „Ansgar Aryan“, bei dem der Bezug zum ‚Ariertum‘ schon im Namen steckt. Produkte der Marke sind nicht über den regulären Handel erhältlich, sondern können nur in neonazistischen Szeneshops erworben werden. Geschäftsführer von „Ansgar Aryan“ ist der Szenunternehmer Patrick Schröder, der wie Magerl in Mantel im Landkreis Neustadt an der Waldnaab lebt. Ob

der AfD-Politiker das Shirt bestellt hat oder es auf kurzem Weg bei ihm gelandet ist, macht angesichts des offen neonazistischen Charakters kaum einen Unterschied. Vor dem Hintergrund von Magerls Kontakten und Vorlieben erscheint ohnehin beides denkbar: Als im Sommer 2018 seine Freundesliste bei Facebook noch einsehbar war, fanden sich darin auch bekannte Szeneangehörige. Etwa der Kopf der Neonazirocker „Aryan Brotherhood Eastside Weiden“, die im September 2017 ein Clubhaus in Altenstadt eröffnen wollten oder auch ein enger politischer Weggefährte Schröders. Zur gleichen Zeit likte Magerl bei Facebook nicht nur unter Anhänger*innen der AfD allgemein beliebte rechte und extrem rechte Medien (Journalistenwatch, PI News, Junge Freiheit, Tichys Einblick, Compact etc.) und Strukturen (Ein Prozent für unser Land, Pegida etc.), sondern auch Projekte aus der Hooliganszene und der subkulturellen extremen Rechten. So hatte er sein „Gefällt mir“ unter anderem bei den „Hooligans gegen Salafisten“ oder „Wotan Textil“, einem Label von Siegfried Birl, der als Inhaber des neonazistischen „Wikingerversandes“ bekannt ist, hinterlassen. Aufgrund der Häufung solch lebensweltlicher Bezüge in die extreme Rechte erscheint es unwahrscheinlich, dass es sich hierbei lediglich um Zufälle handelt.

Einen gewissen Einfluss hierbei könnte Magerls Schwiegervater haben, der immer wieder in extrem rechten Kontexten auffällig wird. Im November 2015 beteiligte sich dieser etwa mit einer Flagge der extrem rechten „Identitären Bewegung“ an einer Demonstration aus dem Pegida-Milieu im oberfränkischen Schirnding. Magerls Ehefrau, die ebenfalls für die AfD aktiv ist, war gemeinsam mit ihrem Vater unterwegs und hatte eine Wirmer-Flagge dabei, die bei Pegida und in anderen Teilen der extremen Rechten sehr beliebt ist. Auch Roland Magerl selbst war in Schirnding vor Ort, jedoch ohne entsprechende Flagge. Im Juni 2018 soll sein Schwiegervater bei einer AfD-Veranstaltung in Parkstein einem Bericht der Lokalzeitung zufolge in Magerls Anwesenheit politische Gegner*innen als „Kreaturen und Würmer“ bezeichnet haben, Claudia Roth von den Grünen als „fette Kröte“ und „mieses Stück Scheiße“; auch von einem niedrigen „Volks-IQ“ in Afrika soll die Rede gewesen sein.²¹ Bei den extrem rechten Ausschreitungen im August 2018 in Chemnitz war Magerls Schwiegervater ebenfalls zugegen, Videoaufnahmen zeigen ihn, wie er Medienvertreter*innen beleidigt und mit einer Fahnenstange in Richtung eines Journalisten schlägt. Dass er immer wieder in Kleidung der Neonazimarkte „Ansgar Aryan“ auftritt, rundet das Bild ab. Für die Aktivitäten seines Schwiegervaters kann Magerl zunächst nichts, jedoch



Roland Magerl ist in der Vergangenheit mit Kleidung der Neonazimarkte „Ansgar Aryan“ aufgetreten

→ Neutraubling, Juli 2017

sind die beiden eben nicht nur familiär verbunden, sondern auch langjährige politische Weggefährten. Ein unüberbrückbarer politischer Gegensatz dürfte also kaum bestehen, auch wenn sich ihr Auftreten im Stil deutlich unterscheidet. In der Gesamtschau entsteht so ein Bild, das die moderate Inszenierung Magerls in Frage stellt.

Stefan Löw

Stefan Löw aus Floß im Landkreis Neustadt an der Waldnaab ist ein unauffälliger Typ und meist gemeinsam mit Roland Magerl anzutreffen. Bei der Landtagswahl 2018 stand unter Löws Namen auf dem Wahlzettel die Berufsbezeichnung Polizeibeamter, obwohl der zu diesem Zeitpunkt 28-Jährige bereits vorzeitig in den Ruhestand versetzt worden war. Als Grund dafür gab der ehemalige Bundespolizist laut der Lokalzeitung an: „Ich konnte mit Flüchtlingen nicht mehr arbeiten“. Die Beamt*innen der Bundespolizei wären 2015 an der Grenze mit einer „Vielzahl von Krankheiten“ konfrontiert und obendrein die Flüchtlinge teils noch unverschämt gewesen. Die Arbeit sei ihm außerdem sinnlos vorgekommen, da die Flüchtlinge nur durchgewunken worden wären. Nach mehreren Versetzungsgesuchen sei er schließlich dienstunfähig außer Dienst gestellt worden.²² Neben seinen Berührungspunkten gegenüber Flüchtlingen ist Löw dadurch aufgefallen, dass auch er bei der Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Januar 2019 im Bayerischen Landtag während der Rede von Charlotte Knobloch demonstrativ den Saal verlassen hat. Er gehörte außerdem zu der kleinen Gruppe von AfD-Abgeordneten, die im Juni 2020 Björn Höcke bei seinem Besuch im Bayerischen Landtag empfangen haben. Zu seinem 30. Geburtstag im August 2020 posierte er mit einer Gruppe vormals überwiegend „Flügel“-naher Landtagsabgeordneter in einheitlichen „FCK MSKNPFLCHT“-Shirts („Fuck Maskenpflicht“) und auch bei den Corona-Protesten im September 2020 in München war er mit Personen aus diesem Milieu anzutreffen. Sein Verhalten in der Fraktion spricht ebenfalls dafür, dass er innerhalb der stark gespaltenen AfD im Bayerischen Landtag zum Kreis der Getreuen rund um Ebner-Steiner gehört. Zwar bedient auch Löw die klassischen AfD-Themen und seine Positionierungen bzw. Kontakte erscheinen fragwürdig, bisher ist er jedoch nicht durch die Verbreitung offen völkisch-nationalistischer Narrative auffällig geworden. Das ist ein relevanter Unterschied zu vielen seiner Kolleg*innen, eine abschließende Beurteilung bleibt aufgrund seiner generellen Zurückhaltung jedoch schwierig.



Meist bewegt sich **Stefan Löw** (links) im Windschatten von **Roland Magerl** (rechts)

→ Regensburg, Oktober 2018

Stephan Protschka

Der Abgeordnete Stephan Protschka aus Mamming im Landkreis Dingolfing-Landau ist agrarpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, jedoch erregt er seltener durch Äußerungen zur Landwirtschaft öffentliche Aufmerksamkeit, als vielmehr durch solche, die in Zusammenhang mit Rassismus und NS-Relativierung relevant sind.

Via Twitter verbreitete er beispielsweise eine Nachrichtenmeldung, in der über ein Tötungsdelikt an einer jungen Frau berichtet und auf die Festnahme eines tatverdächtigen 19-jährigen Deutschen hingewiesen wurde. Protschkas Kommentar dazu: „Es war ein Kenianer, ein #Passbeschenkter, aber kein Deutscher, liebes @ZDFheute. Sie vertuschen Integrationsprobleme!“²³ Ganz in der Logik des völkisch-rassistischen Denkens scheint für Protschka also nicht die Staatsbürgerschaft auszureichen, um als deutsch zu gelten, vielmehr wird auf eine mutmaßliche Herkunft verwiesen. Wenige Tage später legte er nach: „Wenn sich ein #Hund einem #Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein #Wolf oder bleibt er ein Hund? #Passbeschenkter #AfD“.²⁴ Wenngleich als Frage formuliert – ein Stilmittel, auf das Protschka wiederholt zurückgreift –, drängt sich der Eindruck auf, er bekräftige mit dem biologistischen Vergleich einen letztlich völkisch-rassistischen Standpunkt. In dieser Logik entscheiden als ‚natürlich‘ und statisch verstandene Kategorien wie ‚Rasse‘, ‚Ethnie‘ oder ‚Kultur‘ über die Zugehörigkeit zum Volk, die Staatsangehörigkeit wird meist als zweitrangig betrachtet. Vor diesem Hintergrund erscheint es folgerichtig, dass Protschka auch Erzählungen im Stil des ‚Großen Austausches‘ bedient. So warf er bei Facebook in Zusammenhang mit der deutschen Flüchtlingspolitik beispielsweise die suggestiv wirkende Frage „Ist es Genozid was Merkel mit Deutschland und deren Bevölkerung vor hat?“ auf. Für die Kommentator*innen seines Beitrags ist die Antwort klar: „Natürlich ist es Genozid. Jeder, der das früher schon behauptet hat wurde als ‚Verschwörungstheoretiker‘ belächelt. Dabei gibt es diesen Plan, den sie befolgt schon seit Jahrzehnten.“²⁵ An anderer Stelle beklagte Protschka eine angeblich „kinderfeindliche, aber fremdenfreundliche Politik“, die zu einer niedrigen Geburtenrate führe und benennt damit zumindest zentrale Bausteine des vermeintlich stattfindenden ‚Austausches‘.²⁶ Seine Kommentator*innen werden in Bezug auf die zentrale verschwörungsideologische Erzählung der extremen Rechten klarer. Unter einem von Protschka verbreiteten Video, das sich über Stadtratsbewerber*innen mit türkischen Namen in Duisburg echauffiert, heißt es etwa: „Was wollen diese verblendeten Erdogan-Anhänger wohl gestalten? Den

„Es war ein Kenianer, ein #Passbeschenkter, aber kein Deutscher, liebes @ZDFheute. Sie vertuschen Integrationsprobleme!“

„Wenn sich ein #Hund einem #Wolfsrudel anschließt. Ist er dann ein #Wolf oder bleibt er ein Hund? #Passbeschenkter #AfD“

Volkstod der Deutschen, vermutlich.“²⁷ Auch Monate später war dieser Kommentar neben vielen weiteren rassistischen Wortbeiträgen noch auf Protschkas Facebook-Seite nachzulesen, einen Grund ihn zu löschen scheint er nicht zu sehen – seine ‚Fragen‘ und die klare Sprache der Anhänger*innen ergänzen sich so.

Immer wieder fällt Protschka auch durch Einlassungen zur deutschen Geschichte auf, die als eine Relativierung des Nationalsozialismus verstanden werden können. So bleiben beispielsweise in einem Video von ihm zum Kriegsende am 8. Mai 1945 die nationalsozialistischen Verbrechen unerwähnt, vielmehr erscheinen die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Krieges. Hierzu operiert er beispielsweise mit einer wissenschaftlich kaum haltbaren, übertrieben hohen Zahl von Todesopfern durch Flucht, Vertreibung und Umsiedlung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Protschka geht aber noch einen Schritt weiter, so behauptet er: „Vielerorts wurden Konzentrationslager weiterbetrieben, diesmal von den Siegermächten.“ Durch die zumindest begriffliche Gleichsetzung von Internierungslagern der Alliierten mit Konzentrationslagern wird nicht nur der verbrecherische Charakter des NS-Lagersystems, zu dem die systematische Dezimierung von zu Feinden erklärten Gruppen und die

Vernichtung der Jüdinnen und Juden zählt, unkenntlich gemacht, auch die Alliierten erscheinen damit als genauso schuldig wie die Deutschen. Spätestens wenn Protschka zum Gedenken an „unsere Vorfahren, an unsere Väter und Mütter, an unsere Großeltern“ aufruft, „die Opfer des größten Völkerverbrechens geworden sind“, stellt sich die Frage, ob eine Relativierung von Vernichtungskrieg und Shoah erreicht ist.²⁸ Denn was sollen diese gewesen sein, wenn nicht das größte Völkerverbrechen?

Da Deutsche bei Protschka primär als Opfer vorkommen, ist es wenig verwunderlich, dass er kein Problem darin sah, zur Finanzierung eines im November 2019 errichteten Gedenksteins für die gefallenen deutschen Soldaten beider Weltkriege im polnischen Bytom beizutragen. Die Beteiligung der Wehrmacht an der massenhaften Ermordung der Eliten, Intellektuellen, Gewerkschafter*innen, Priester sowie Jüdinnen und Juden in Polen war offenbar kein Hinderungsgrund. Auch die Tatsache, dass auf dem Gedenkstein extrem rechte „Selbstschutz- und Freikorpskämpfer“ Erwähnung fanden, hat Protschka nicht davon abgehalten, ein Foto davon bei Facebook zu verbreiten und zu betonen, dass es ihm eine Ehre sei, den Gedenkstein mit ermöglicht zu haben.²⁹ Dass auf dem Stein unter seinem Namen zeitweise auch jener der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationalisten“ als Spenderin aufgeführt war, hat Protschka laut Eigenschaftsaussage nicht gewusst und der Name wurde nachträglich entfernt. Gegenüber anderen Organisationen aus dem Spektrum der extremen Rechten, die ebenfalls auf dem Gedenkstein genannt wurden, hatte er anscheinend kein größeres Abgrenzungsbedürfnis. So fand sich auf dem von Protschka verbreiteten Foto zwei Zeilen unter seinem Namen beispielsweise die „Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf“. Eine Distanzierung gegenüber der extrem rechten Burschenschaft wäre auch überraschend gewesen, war Protschka doch im November 2016 für einen Vortrag zum Thema „TTIP – Die neue Weltwirtschaftsordnung?“ als Referent bei der „Markomannia“ angekündigt. Auch bei einer Wahlparty der AfD im Oktober 2018 in Mamming waren neben ihm Mitglieder der „Markomannia“ vor Ort, man bewegt sich in einem ähnlichen Milieu. Allgemein fällt er immer wieder durch Kontakte zu Akteur*innen mit Bezügen zur extremen Rechten auf: So beteiligte sich sein Mitarbeiter Vadim Derksen mindestens im Zeitraum Ende 2015, Anfang 2016 wiederholt an Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“. Als der AfD-Bundesvorstand im Mai 2020 den ehemaligen Brandenburger Fraktionsvorsitzenden Andreas Kalbitz ausgeschlossen hat, weil dieser beim



Stephan Protschka wittert überall den Sozialismus, bei der extremen Rechten schlägt sein Radar hingegen häufig nicht an

→ Deggendorf, Juni 2016

Eintritt in die Partei seine Vormitgliedschaft bei der neonazistischen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ verschwiegen haben soll, stimmte Protschka mit einer Minderheit des Vorstandes gegen den Ausschluss. Eine neue Qualität erreichten seine Kontakte in die extreme Rechte im Kontext der Corona-Proteste: Nicht nur bezeichnete Protschka das Infektionsschutzgesetz in NS-relativierender Weise als „Ermächtigungsgesetz“³⁰ und warnte vor einer vermeintlichen „#Corona #Diktatur“³¹, im Oktober 2020 trat er sogar bei einer maßgeblich von Deggendorfer Neonazis³² organisierten Kundgebung in Dingolfing auf. Der Neonazi Michael Kastner kündigte „den Stephan“ als Redner an, der schließlich vor einem Schild mit dem verschwörungsideologischen Slogan „Ich armes Schwein werde bald zwangsgeimpft und gechippt werden!“ gegen eine Masken- und Impfpflicht und für die Corona-Politik seiner Partei agitierte. Im Anschluss verabschiedete ihn der Neonazi Ulrich Pätzold mit Handschlag und bedankte sich wiederholt bei ihm. Eine derart offene Zusammenarbeit mit Neonazis ist selbst innerhalb der niederbayerischen AfD ungewöhnlich, Corona scheint hier jedoch Grenzen zu verschieben. In Anbetracht der skizzierten Positionierungen Protschkas kann die Kooperation inhaltlich aber nur bedingt überraschen.

Peter Boehringer

Peter Boehringer ist für die AfD im Wahlkreis Amberg zur Bundestagswahl angetreten und über die Landesliste ins Parlament eingezogen, dort hat er seit 2018 das wichtige Amt des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses inne. Sein politisches Denken ist von einer massiven Marktorientierung geprägt, staatliche Regulierung ist ihm ein Graus. Er bewegt sich in rechtslibertären Kreisen und publizierte in der Vergangenheit beispielsweise in der Zeitschrift „eigentümlich frei“, einem wichtigen Sprachrohr dieses Milieus. Wie bei vielen Marktradikalen zeigt sich auch bei Boehringer eine erhebliche Neigung zum Verschwörungsdenken, können sich diese doch die stetig wiederkehrenden Probleme und Krisen der Wirtschaft neben staatlichen Eingriffen oft nur mit dem Agieren vermeintlich ‚dunkler Mächte im Hintergrund‘ erklären. Die Qualität des Verschwörungsdenkens ist bei Boehringer gleichwohl eine besondere und weist zudem zentrale Aspekte völkisch-nationalistischer Verschwörungserzählungen auf. Wie „Der Spiegel“ im Februar 2018 berichtete, soll Boehringer beispielsweise gut zwei Jahre zuvor in einer E-Mail vor einem vermeintlich drohenden „Genozid“ gewarnt haben. Dafür verantwortlich wäre die Kanzlerin, denn: „Die Merkelnutte lässt jeden rein.“ Wenn gegen diese „Dirne der Fremdmächte“ kein Widerstand geleistet werde, drohe ein Bürgerkrieg.³³ Neben einem aggressiven Sexismus tritt hier deutlich die verschwörungsideologische Vorstellung zutage, ‚fremde Mächte‘ würden mit Hilfe der Politik an der ‚Vernichtung des deutschen Volkes‘ arbeiten, also den ‚Großen Austausch‘ forcieren.

Boehringer selbst bestreitet, diese Aussagen öffentlich getätigt zu haben, jedoch äußerte er sich an anderer Stelle in ganz ähnlicher Weise. So schrieb er bei Facebook etwa von einer „suizidalen muslimischen Massenzuwanderung“³⁴, bezeichnete Flüchtlinge als durch die Politik legalisierte „Invasoren“³⁵ und legte nahe, Angela Merkels Flüchtlingspolitik würde den Tatbestand des „Hochverrats“³⁶ erfüllen. Eingebettet wurden diese Vorstellungen von Boehringer in eine übergeordnete Verschwörungserzählung, der zufolge die vermeintliche ‚Neue Weltordnung‘ (NWO) das deutsche Volk bzw. die europäischen Völker bedrohe. Die Kanzlerin erscheint ihm dabei als eine Art Werkzeug für deren ‚Überfremdungspläne‘, so führte er aus: „Merkel aber muss als Dienerin der NWO und deren Multikulti-Supranationalismus dafür sorgen, dass ALLE Europäischen Länder muslimisch bereichert werden.“ Ganz im Stil der Widerstandsrhetorik der extremen Rechten kommt er deshalb zum Schluss: „Widerstand jeder Art gegen diesen gewaltsamen Dauerputsch der NWO- und EU-Eliten gegen uns ist nicht nur legitim, sondern

angebracht! Art 20 (4) GG.“³⁷ Das Narrativ, dass angesichts einer vermeintlich existenziellen Bedrohung des deutschen Volkes jedes Mittel recht wäre und sogar durch das Grundgesetz als ‚Widerstand‘ rechtlich gedeckt, hat in den letzten Jahren massiv zu einer Legitimierung rassistischer und gegen die vermeintlich verantwortlichen ‚Volksverräter‘ in der Politik gerichteten Gewalt beigetragen; der rassistische und zumindest strukturell antisemitische Charakter der verschwörungsideologischen Ausführungen selbst liegt ohnehin auf der Hand.

Boehringers selbst gezeichnetes Bild des Wirtschaftsliberalen alleine wird ihm also nicht gerecht, vielmehr entstammen relevante Teile seiner Vorstellungswelt klar dem Denken der völkisch-nationalistischen Rechten und sind gefährlich. Die Tatsache, dass sein Verschwörungsdenken teils überdurchschnittlich irrationale Züge annimmt – so behauptete er beispielsweise, dass „die UN letztlich wie die Französischen Revoluzzer eine suprastaatliche Freimaurer- und NWO-Organisation“ sei³⁸, Papst „Franziskus (=Vatikan) Kommunist“ wäre und die Indizien klar dafür sprechen würden, dass „Erdogan Freimaurer“ sei³⁹ – ändert daran nichts, sondern unterstreicht die Gefahr vielmehr.

Fast alle Landtags- und Bundestagsabgeordneten der AfD aus Ostbayern sind in der Vergangenheit durch fragwürdige Positionierungen in Zusammenhang mit Verschwörungsideologien, Rassismus, strukturellem Antisemitismus, Antifeminismus oder dem historischen Nationalsozialismus aufgefallen, darüber hinaus bestanden teils Kontakte zur extremen Rechten innerhalb und außerhalb der eigenen Partei. Ähnliche Konstellationen finden sich auch bei Mandatsträger*innen auf Ebene der Bezirks- und Kreistage bzw. Stadträte sowie an der Basis der Partei. Der Blick auf die Abgeordneten ist gleichwohl von besonderer Bedeutung, haben diese in den Parlamenten doch erhebliche Einflussmöglichkeiten und arbeiten von dort an einem grundlegenden Umbau der Gesellschaft. Zudem macht der Fokus auf sie deutlich, dass extrem rechte Ideologien und entsprechende Kontakte nicht nur das Problem eines Narrensaums an der Basis sind, sondern auch bei führenden Vertreter*innen der AfD eine wichtige Rolle spielen. Dies aus einem falsch verstandenen Respekt gegenüber ihrem Mandat nicht zu thematisieren, wäre fatal – vielmehr sollte gerade bei ihnen genau hingeschaut und politisch reagiert werden.



Der Marktradikale **Peter Boehring** zeigte in der Vergangenheit eine ausgeprägte Affinität zum Verschwörungsdenken

→ Regensburg, Juli 2017

Fast alle Landtags- und Bundestagsabgeordneten der AfD aus Ostbayern sind in der Vergangenheit durch fragwürdige Positionierungen in Zusammenhang mit Verschwörungsideologien, Rassismus, strukturellem Antisemitismus, Antifemismus oder dem historischen Nationalsozialismus aufgefallen, darüber hinaus bestanden teils Kontakte zur extremen Rechten innerhalb und außerhalb der eigenen Partei.

- 1 Zum Redaktionsschluss (Dezember 2020) hat sich die Straubinger Bundestagsabgeordnete Corinna Miazga aufgrund schwerer Krankheit aus der Öffentlichkeit zurückgezogen, ihre Positionierungen bleiben hier deshalb unberücksichtigt.
- 2 Siehe Beitrag „Völkischer Nationalismus statt ‚Großer Austausch‘“ in der vorliegenden Publikation.
- 3 Ebner-Steiner, Katrin: Facebook-Beitrag, 16.11.2017.
- 4 Ebd., 15.11.2020.
- 5 Stadler, Ralf: Facebook-Beitrag, 30.09.2017.
- 6 Ebd., 16.10.2017.
- 7 Ebd., 02.12.2017.
- 8 Ebd., 17.06.2019.
- 9 Ebd., 19.10.2017.
- 10 Ebd., 05.01.2019.
- 11 Ebd., 09.05.2018.
- 12 Ebd., 21.05.2020.
- 13 Seidl, Josef: Facebook-Beitrag, 18.08.2018.
- 14 Ebd., 19.07.2018.
- 15 Ebd., 09.06.2018.
- 16 Ebd., 11.07.2018.
- 17 Ebd., 20.08.2018.
- 18 Ebd., 26.07.2018.
- 19 Ebd., 05.08.2018.
- 20 Ebd., 01.08.2018.
- 21 Würth, Wolfgang 2018: AfD schwer zu fassen. In: Onetz, 21.06.2018 (<https://www.onetz.de/deutschland-welt/mantel/afd-schwer-fassen-id2409253.html>).
- 22 Ascherl, Christine 2018: AfD-Kandidat kein Polizist mehr. In: Onetz, 10.10.2018 (<https://www.onetz.de/oberpfalz/weiden-oberpfalz/afd-kandidat-kein-polizist-mehr-id2516159.html>).
- 23 Protschka, Stephan: Twitter-Beitrag, 03.12.2018.
- 24 Ebd., 05.12.2018.
- 25 Protschka, Stephan: Facebook-Beitrag, 28.08.2016.
- 26 Ebd., 13.07.2020.
- 27 Ebd., 25.08.2020.
- 28 Protschka, Stephan: YouTube-Video, 07.05.2020.
- 29 Vgl. Protschka, Stephan: Facebook-Beitrag, 17.11.2019.
- 30 Protschka, Stephan: Twitter-Beitrag, 21.11.2020.
- 31 Ebd., 06.11.2020.
- 32 Siehe Beitrag „Widerstand gegen die Corona-Diktatur“ in der vorliegenden Publikation.
- 33 Der Spiegel 2018: „Die Merkelnutte lässt jeden rein“. In: Der Spiegel Nr. 7/10.02.2018.
- 34 Boehring, Peter: Facebook-Beitrag, 26.11.2015.
- 35 Ebd., 05.10.2015.
- 36 Ebd., 22.01.2016.
- 37 Ebd., 29.08.2016.
- 38 Ebd., 26.11.2015.
- 39 Ebd., 17.10.2016.

Gefährliche Resterampe

Die „Identitäre Bewegung“ in der Oberpfalz

Die „Identitäre Bewegung“ ist seit Jahren auf dem absteigenden Ast, gleichwohl wurde im August 2019 die Gründung einer neuen Struktur in der Oberpfalz verkündet. Die bekannten Protagonisten hatten zuvor großteils Bezüge zum offenen Neonazismus, etwa zur Partei „Der III. Weg“. Aktuell sind sie regelmäßig an bundesweiten Aktivitäten der Organisation beteiligt, vor Ort ist es zuletzt ruhig um sie geworden. Das war nicht immer so: Parallel zur Entstehung der Struktur häuften sich in Amberg Übergriffe, bei denen teilweise die Insignien der „Identitären Bewegung“ auftauchten. Die Entwicklung hin zur offenen Gewalttätigkeit könnte symptomatisch für die Organisation bundesweit sein.

Die „Neue Rechte“ & die „Identitäre Bewegung“

Die „Identitäre Bewegung“ (IB) versteht sich als ‚neurechte‘ Jugendbewegung. Sie grenzt sich also vordergründig vom historischen Nationalsozialismus ab und bezieht sich stattdessen auf vermeintlich weniger belastete extrem rechte Denker und Politiker der Zwischenkriegszeit, die jedoch faktisch häufig in den Nationalsozialismus und Faschismus involviert waren oder ihnen zumindest den Weg bereitet haben. Da die Behauptung der Überlegenheit der eigenen ‚Rasse‘ heute weitgehend diskreditiert ist, propagiert die ‚Neue Rechte‘ das Konzept des Ethnopluralismus. In dieser modernisierten Form des Rassismus ist nicht mehr primär von menschlichen ‚Rassen‘ und deren angeblicher Höher- oder Minderwertigkeit die Rede. Stattdessen wird behauptet, verschiedene ‚Völker‘ und ‚Kulturen‘ seien zwar gleichwertig, aber eben

doch grundsätzlich unterschiedlich. Um die jeweiligen ‚Eigenarten‘ zu bewahren, müsse eine ‚Vermischung‘ verhindert werden. Um ihre völkisch-nationalistischen Ziele umsetzen zu können, will die ‚Neue Rechte‘ die als ‚widernatürlich‘ abgelehnte liberale Demokratie durch eine autoritäre Herrschaft ersetzen. Hierfür bedarf es aus ihrer Sicht zunächst einer ‚Kulturrevolution von rechts‘. In Theoriezirkeln, Zeitschriften, Zeitungen, Büchern, Veranstaltungsreihen und auf Kongressen feilte sie deshalb lange an Gegenentwürfen zur liberalen Demokratie und Konzepten, wie diese realisiert werden können.

Zur Verbreitung der Inhalte der ‚Neuen Rechten‘ hat die 2012 gegründete IB als ihr jugendlich-aktionistischer Flügel erheblich beigetragen. Ihr Rezept: Eine aggressive Agitation gegen die Errungenschaften der liberalen Demokratie, ein Rassismus,

der sich vor allem gegen als Muslim*innen identifizierte Personen richtet, die Einbettung des eigenen provokativen Aktionismus in eine vermeintlich historische Mission, eine ordentliche Portion Pathos, Corporate Design, der Rückgriff auf popkulturelle Elemente und eine professionelle Aufarbeitung der eigenen Aktivitäten in Videos und sozialen Netzwerken. Wohl am erfolgreichsten war die ‚Besetzung‘ des Brandenburger Tors im August 2016, mit der provokativen Aktion schafften es die „Identitären“ in viele Medienberichte und konnten so ihren Bekanntheitsgrad steigern. Zwar hat die Bedeutung der IB in den letzten Jahren erheblich nachgelassen, sie hat jedoch beträchtlich zur Popularisierung der verschwörungsideologischen Erzählung des „Großen Austausches“ und einer Modernisierung der extremen Rechten beigetragen.

Angriffe auf die „Hutfabrik“

Am letzten Freitag im September 2019 ist in der „Hutfabrik“ im Amberg mehr los als normal, im Treffpunkt für alternative Kultur wird gefeiert. Zwischen einer Halfpipe für Skater*innen, selbstgebauten Möbeln und Sofas haben mehrere Dutzend Jugendliche und junge Erwachsene eine gute Zeit. Als einige von ihnen nach draußen zum Rauchen gehen, entdecken sie an der Tür Aufkleber der extrem rechten „Identitären Bewegung“ (IB), auch ein parkendes Auto ist damit vollgeklebt. Die Betreiber*innen der „Hutfabrik“ sind zwar etwas verunsichert, aber nicht überrascht. Zuletzt sind in der Stadt immer wieder Flugblätter und Aufkleber der IB aufgetaucht und da sich der einzige selbstverwaltete Treffpunkt für alternative Kultur in Amberg klar gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus positioniert, ist er Teil des Feindbildes der extremen Rechten. Die Feier geht weiter, die Besucher*innen werden aber darauf hingewiesen, auf dem Heimweg vorsichtig zu sein.

Am Freitag darauf ist in der „Hutfabrik“ weniger Betrieb, nur ein paar Skater*innen fahren bis spät in den Abend auf ihren Boards und sitzen danach noch zusammen. Es ist deutlich nach Mitternacht, als sie vor der Tür Geräusche hören und durch ein Fenster nach draußen blicken. Dort sehen sie eine Gruppe von etwa 10 Vermummten, die sich aggressiv der „Hutfabrik“ nähern. Sie schaffen es gerade noch, die Tür von innen zu verriegeln. Augenblicke später treten die Angreifer massiv gegen das Tor der alten Manufaktur, das zum Glück standhält. Die Situation ist bedrohlich, die Leute in der „Hutfabrik“ rufen die Polizei. Als die ankommt, sind die Angreifer weg. Hinterlassen haben sie wieder Sticker der IB. Am nächsten Tag wird klar, dass nicht nur der alternative Treffpunkt betroffen war. Die Gruppe ist durch die Stadt gezogen und hat Dutzende Graffiti mit dem Logo der IB gesprüht, Plakate geklebt und Aufkleber angebracht. Zwar hat es auch die Fassaden ganz normaler Läden erwischt, besonders stark jedoch die Geschäftsstellen der IG Metall und der SPD; beide haben sich in der Vergangenheit explizit gegen die extreme Rechte in der Stadt positioniert.

Wieder eine Woche später wird die Scheibe eines Autos eingeschlagen, das vor der Hutfabrik parkt. Am darauf folgenden Wochenende ist in Amberg Ruhe, dafür tauchen im gut eine halbe Stunde entfernten Weiden massenhaft Aufkleber der IB auf. Am letzten Freitag im Oktober 2019 erwischt es wieder die Hutfabrik: Zwei massive Pflastersteine aus Granit werden gegen eine Scheibe geschmissen, die erheblich beschädigt wird und ausgetauscht werden muss.

Die IB in der Oberpfalz seit 2019

Vor diesen Ereignissen war es um die organisierte extreme Rechte in Amberg die letzten Jahre relativ ruhig, doch seit Frühjahr 2019 zeichnet sich Bewegung ab. So wurden wiederholt Flugblätter der IB in der Stadt verteilt und bei einem „Fest der Demokratie“ mit Vorträgen zu Klimawandel, Fakenews und der extremen Rechten im Mai 2019 fühlten sich Besucher*innen von einer Gruppe von fünf jungen Männern provoziert und eingeschüchtert. Ende Juni 2019 kam es auf dem Altstadtfest im benachbarten Sulzbach-Rosenberg zu einem Übergriff auf alternative Jugendliche, hieran sollen Personen aus der gleichen Gruppe beteiligt gewesen sein. Mindestens seit Mitte 2019 taucht die neu entstandene Amberger Struktur auch regelmäßig bei Veranstaltungen der IB auf: Mal vollständig, mal nicht, beteiligte sie sich etwa an der Sonnwendfeier der IB Bayern im Juni, an einem gescheiterten IB-Aufmarschversuch im Juli in Halle, einem Fackelmarsch der österreichischen „Identitären“ im September in Wien, an einem bayerisch-fränkischen IB-Schulungswochenende inklusive Kampfsporttraining ebenfalls im September, an einer Kundgebung der „Identitären Bewegung“ im Oktober in München oder der Weihnachtsfeier der IB Bayern im Dezember. Die Anhänger



Im Herbst 2019 häuften sich in Amberg Übergriffe auf die „Hutfabrik“, teilweise wurden dabei die Insignien der „Identitären Bewegung“ hinterlassen

→ Amberg, Oktober 2019

waren also schnell fest in die regionalen und überregionalen IB-Strukturen eingebunden und äußerst aktiv.

Die offizielle Gründung der IB Oberpfalz war Mitte August 2019 auf dem Instagram-Account „eisengau.revolute“ bekannt gegeben worden. Dieser war nur kurz online und wurde zwischenzeitlich durch „defend.eisengau“ ersetzt. Die martialisch klingende Bezeichnung „Eisengau“ geht auf die jahrhundertealte Tradition des Eisenerzbergbaus und der Eisenverarbeitung in der Region Amberg-Sulzbach zurück. Die Social-Media-Strategie erscheint insgesamt unausgegoren, so wurden die meisten Fotos der eigenen Aktivitäten schnell wieder gelöscht. Gut möglich, dass dies mit polizeilichen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Straftaten im Oktober 2019 zusammenhängt oder dass die Selbstdarstellung nicht den Vorstellungen übergeordneter IB-Strukturen entsprochen hat. Der Account „defend.eisengau“ existiert zwar noch und wirbt mit dem Slogan „Oberpfälzer Jugend, komm in die Bewegung!“, scheint jedoch weitgehend inaktiv.

Ausgehend von Amberg wurde versucht, auch Strukturen in Weiden aufzubauen. Anfang 2020 kam es hierzu wiederholt zu Plakat- und Aufkleberaktionen, insbesondere an Bushaltestellen und im Umfeld einer Schule wurden Slogans wie „Islamisierung. Multikulti. Asylwahn. Wehr dich! Komm in die Identitäre Bewegung“ verbreitet. Bei einzelnen Jugendlichen weckten die Aktivitäten Interesse, nachhaltig scheinen die Rekrutierungsbemühungen jedoch nicht gewesen zu sein. Zwar gibt es in Weiden zwei, drei recht aktive Anhänger der „Identitären Bewegung“, die jedoch bereits zuvor Kontakte zur Amberger Gruppe hatten. Im Juni 2020 zeigten sie am Rande einer „Black Lives Matter“-Kundgebung Präsenz, sonst treten sie in Weiden jedoch kaum in Erscheinung. Gemeinsam mit den Ambergern bilden sie aber eine ortsübergreifende Struktur und beteiligen sich überregional an IB-Aktionen. Ende 2019 tauchte zudem noch der Instagram-Account „stiftland.revolute“ auf, der in der Region Tirschenreuth dafür warb, „aktiv Widerstand gegen die Missstände dieses Systems zu leisten“ – lokale Aktivitäten oder Akteur*innen wurden jedoch nicht bekannt. Wenngleich die Corona-Pandemie die Aufbauarbeiten der Oberpfälzer IB im Jahr 2020 vermutlich ausgebremst hat, waren ihre Anhänger in verschiedenen personellen Konstellationen immer wieder an Aktionen beteiligt: Anlässlich der maßgeblich durch die extreme Rechte aufgebauschten Empörung um das Lied „Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau“ des WDR Kinderchors protestierten sie im Januar gegen „zwangsfinanzierte Propaganda“ vor dem BR in München. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist ein

Feindbild der extremen Rechten, da er als Teil eines ‚linksgrün versifften Establishments‘ betrachtet wird und mit seinem Bemühen nach Faktororientierung ein wichtiges Hindernis in ihrem Streben nach Deutungsstärke darstellt. Im Mai waren Teile der Oberpfälzer Struktur an der symbolischen ‚Besetzung‘ des DGB-Hauses in Stuttgart beteiligt. Die IB verschaffte sich dabei Zutritt auf das Vordach des Gewerkschaftshauses, entrollte ein Transparent mit der diffamierenden Aufschrift „DGB hat mitgeschossen“, zündete Rauchbomben und beschmierte den Boden mit Kunstblut. Mit der Aktion sollte der DGB für einen mutmaßlich politisch motivierten Angriff auf einen Anhänger der rechten Scheingewerkschaft „Zentrum Automobil“ mitverantwortlich gemacht werden, weil der Gewerkschaftsbund sich vor Ort vielfältig gegen die extreme Rechte engagiert. Allgemein werden Gewerkschaften immer wieder angefeindet, da sie sich für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten unabhängig von Herkunft etc. einsetzen. Die Aktion in Stuttgart wurde gefilmt und im Nachhinein in sozialen Netzwerken verbreitet, wie so oft ging es um PR für extrem rechte Inhalte – in diesem Fall Diffamierung der Gewerkschaften und ihres Antifaschismus – und für die eigene Organisation. Wenige Wochen später demonstrierten die „Identitären“ in München gegen die „Black Lives Matter“-Proteste. Mit dem Slogan „European Lives Matter“ versuchten sie die antirassistische Bewegung zu delegitimieren und mit Verweis auf die „europäischen Opfer von Migrantengewalt“ rassistische Verhältnisse zu relativieren bzw. Stimmung gegen Flüchtlinge zu machen. Da die Accounts der IB in sozialen Netzwerken aufgrund ihrer Inhalte bundesweit zunehmend gelöscht werden, versuchten sie im Sommer durch Präsenz auf der Straße Aufmerksamkeit zu erzeugen. Angekündigt waren Infostände in 100 Städten, jedoch fand nur ein Bruchteil davon statt. In Cham und Schwandorf wurden im Juli zwar Infostände aufgebaut, stießen jedoch kaum auf Interesse: Die Anhänger aus der Oberpfalz standen mit ihrer Unterstützung aus Südbayern stundenlang herum, ohne kaum ein Gespräch mit Passant*innen geführt zu haben. Neben diesen öffentlichen Aktionen waren „Identitäre“ aus der Oberpfalz auch an einem internen Sommerlager der IB in Brandenburg beteiligt. Ein Video zeigt uniformierte Anhänger beim Kampfsporttraining, Fitnessdrill, Strammstehen und der Inszenierung von Kameradschaft – der Gedanke an ein Wehrsportlager drängt sich nachgerade auf. Hieran wird deutlich: Die IB bedient nicht nur die klassischen Themen der extremen Rechten, sondern bereitet sich auch zunehmend auf Gewalt als deren klassisches Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen vor.

Eine Anhängerschaft im Wandel

Bis zu den Aktivitäten ab Mitte 2019 hatten zuletzt keine relevanten Strukturen der IB in der Region mehr existiert. Die erste Ortsgruppe in der Oberpfalz entstand im Nachgang einer Informationsveranstaltung, die im Oktober 2015 im Haus der „Burschenschaft Ostmark-Breslau“ in Regensburg stattgefunden hat. Damals saßen mit einem neurechten Bundeswehr-offizier, einem AfD-Anhänger, einem Burschenschafter und einem ehemaligen Anhänger des neonazistischen „Freien Netz Süd“ Akteure aus verschiedenen Spektren der extremen Rechten mit am Tisch. Nach einer medialen Problematisierung und darauf folgenden Konsequenzen für einige der Beteiligten wurde es jedoch bereits nach wenigen Monaten sehr ruhig um die Gruppe.

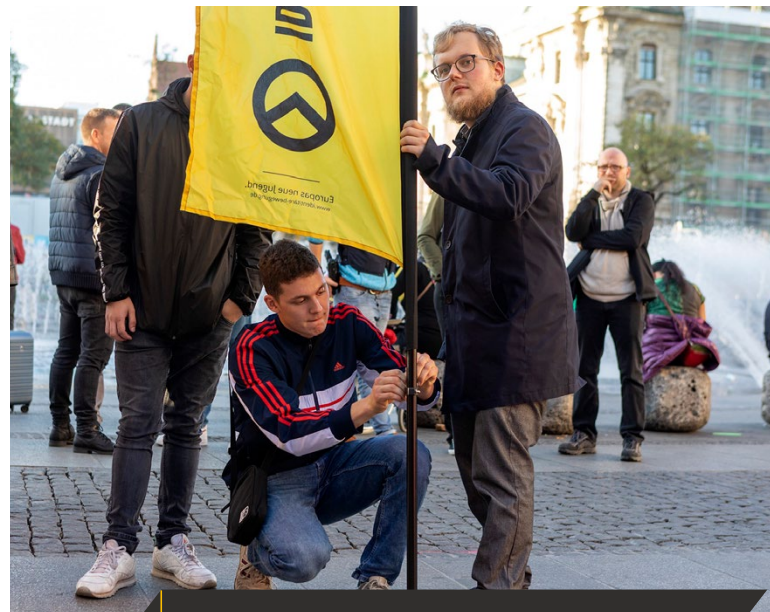
Dass die IB sich nun bemüht, Strukturen in mittelgroßen Städten in ländlich geprägten Regionen zu etablieren, ist nicht gänzlich neu, entspricht aber auch nicht dem gerne transportierten Bild einer vor allem im urbanen Raum verankerten Organisation. Ihre bisherigen Versuche der Aufbauarbeit in vergleichbaren Städten in Ostbayern blieben erfolglos, die Gründungen in Deggendorf und Passau Ende 2016 haben keine handlungsfähigen Strukturen hervorgebracht.

Ob der neuen Oberpfälzer Gruppe eine bedeutend längere Existenz beschert sein wird als der von 2015 in Regensburg, bleibt abzuwarten. Einige grundlegende Unterschiede zwischen beiden Organisationsversuchen gibt es: Während die Regensburger Ortsgruppe ein zusammengewürfelter Haufen war, handelt es sich beim Kern der Gruppe aus Amberg und Weiden um einen Freundeskreis. Dies könnte zu höheren Bindungskräften führen, geht jedoch auch mit einer geringeren Vielfalt an Hintergründen, Kompetenzen und Netzwerken einher. Weiter sind die Protagonisten der neuen Oberpfälzer Gruppe grobschlächziger, mit Anfang 20 deutlich jünger und politisch weniger erfahren. Während in Regensburg mindestens zwei Personen beteiligt waren, die eine Vorgeschichte in der ‚Neuen Rechten‘ und das theoretische Rüstzeug für eine ‚Metapolitik‘ im Sinne der IB hatten, sind bei den Ambergern und Weidenern lediglich Erfahrungen in der Neonaziszene und vereinzelt der „Jungen Alternative“ (JA), der Jugendorganisation der AfD, bekannt. Insbesondere die Ereignisse des Jahres 2019 deuten darauf hin, dass es sich eher um eine Bande aggressiver, extrem rechter junger Männer handelt, als um eine Gruppe, die der von der IB lange bevorzugten Selbstdarstellung entspricht: Vorgeblich akademisch geprägt, kreativ und gewaltfrei. Angesichts der anhaltenden Schwäche bleibt das geeignete Personal hierfür jedoch bundesweit zunehmend fern, so dass das entworfene

Selbstbild kaum noch aufrechtzuerhalten ist und die IB sich immer mehr zu einem Netzwerk extrem rechter Banden im Stile der Amberger Struktur entwickelt. Auffällig ist, dass sich immer weniger Frauen in den Reihen der „Identitären“ finden, auch die bekannten Anhänger der Oberpfälzer Struktur sind ausschließlich Männer. Da Frauen häufig als friedfertiger und zugänglicher wahrgenommen werden, wurden sie in der Vergangenheit gezielt für die Öffentlichkeitsarbeit eingesetzt – durch die fortschreitende Transformation zum Männerbund dürfte sich diese Selbstverharmlosung zunehmend schwieriger gestalten.

Die Akteure der IB in der Oberpfalz

Vor ihrer Aktivität bei der IB sind die Akteure der neuen Oberpfälzer Struktur wiederholt in anderen extrem rechten Kontexten aufgetreten. Fast vollzählig war die Amberger Gruppe während des bayerischen Landtagswahlkampfes im Juni 2018 bei einer Veranstaltung der AfD in Lappersdorf vertreten. Dort sprachen mit Björn Höcke, Kathrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte, Christoph Maier und Roland Magerl fast ausschließlich bekannte Vertreter*innen des völkisch-nationalistischen „Flügels“. Im Oktober 2018 nahmen Teile der Gruppe an einer Veranstaltung mit der stellvertretenden AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel in Amberg teil. Ein Blick auf die politische Vorgeschichte der zentralen Protagonisten zeigt zudem, dass auch vielfältige Bezüge zum offenen Neonazismus vorliegen:



Anhänger aus der Oberpfalz beteiligten sich an regionalen und überregionalen Aktivitäten der „Identitären Bewegung“

→ München, Oktober 2019



Anhänger aus der Oberpfalz beteiligten sich an regionalen und überregionalen Aktivitäten der „Identitären Bewegung“

→ München, Oktober 2019

→ Der anfangs mutmaßlich führende Aktivist der Amberger Gruppe – zuletzt ist er bei Aktionen nicht mehr aufgefallen – beteiligte sich bereits im Februar 2016 an einem Aufmarsch der IB im oberbayerischen Freilassing, damals noch in Begleitung von Aktivist*innen der neonazistischen Partei „Der III. Weg“. In der Folgezeit war er regelmäßig bei Kundgebungen und Demonstrationen der Neonazipartei anzutreffen, beispielsweise im März 2016 bei einer Kundgebung in Arnbruck oder im September 2017 in Straubing. Die Tatsache, dass er dabei teilweise in offizieller Parteikleidung auftrat und „Der III. Weg“ in dieser Zeit seine Aktivitäten in Amberg steigern konnte, weist auf eine organisatorische Einbindung hin. Noch im November 2018 beteiligte er sich an einem Aufmarsch der Partei „Der III. Weg“ zum Gedenken an die ‚gefallenen Helden‘ von Wehrmacht und Waffen-SS in Wunsiedel.

→ Ein anderer IB-Aktivist aus Amberg beteiligte sich an mindestens einer Veranstaltung der Neonazipartei: Er war ebenfalls im September 2017 bei der Kundgebung in Straubing und hielt dort ein Transparent der Partei mit der Aufschrift „Multikulti tötet! Ausländerterror stoppen“. Bei Instagram posierte er mit einem T-Shirt der NS-Black-Metal-Band „Burzum“, deren Sänger wegen Mord, Kirchenbrandstiftungen

und illegalen Waffen- und Sprengstoffbesitzes lange im Gefängnis saß und Kultstatus in der Szene besitzt. Er trainierte regelmäßig MMA in einem nicht-rechten Gym und ist bereits zu Wettkämpfen angetreten.

→ Auf den ersten Blick unauffällig wirkt ein Anhänger der IB aus dem Landkreis Amberg: Er spielt Fußball im Verein, legt Wert auf Brauchtumpflege, vor wenigen Jahren war er sogar der männliche Part des Kirchweihpaars seines Dorfes. Zugleich positionierte er sich aber offen im Sinne des historischen Nationalsozialismus. So verbreitete er bei Instagram das fragmentarische Zitat „Denn der Haß stirbt ... Aber alles Große ist ewig“, das auf Léon Degrelle zurückgeht. Der Führer der mit den Nazis kollaborierenden belgischen Rexisten und Offizier der Waffen-SS glorifizierte damit die ‚Aufrichtigkeit und Opferbereitschaft der Jugend im Kampf für Glaube und Kultur, für die gerechte Sache‘ – den Nationalsozialismus. Auffällig: Auch er trainierte MMA im gleichen lokalen Gym wie der andere IB-Aktivist.

→ Ein weiterer Protagonist der Amberger Gruppe besuchte im Juli 2017 das neonazistische „Rock gegen Überfremdung“-Festival in Themar, das mit über 6.000 Teilnehmer*innen das größte Rechtsrockevent der letzten Jahre war. Auch wenn keine weiteren Details

bekannt sind, ist eine Vorgeschichte im subkulturellen Neonazismus hier durchaus naheliegend.

→ Von den Weidener IB-Aktivisten war einer mindestens bis Mitte des Jahres 2019 noch bei der JA aktiv. Fotos zeigen ihn gemeinsam mit Luis Hill, lange Vorsitzender der JA Ostbayern, hinter einem Infostand im April 2019 in Neumarkt in der Oberpfalz und bei einem Ausflug der JA zur Befreiungshalle im Juni 2019 in Kelheim. Über die politische Vorgeschichte seines Mitstreiters vor Ort ist wenig bekannt, doch auch dieser trainierte Vollkontaktkampfsport in einem Weidener Gym.

Es wird deutlich, dass die vorgebliche Abgrenzung der IB vom Neonazismus kaum haltbar ist bzw. die Übergänge fließend sind. Für welche Strömung oder Organisation der extremen Rechten Protagonist*innen sich schließlich entscheiden, ist vom lokalen Angebot, kulturellen bzw. stilistischen Vorlieben und dem Verhalten des politischen Umfelds häufig ebenso abhängig, wie von der Neigung für diese oder jene ideologische Nuance und strategischen Erwägungen. Darüber hinaus wird deutlich, dass Kampfsport unter den lokalen Anhängern der IB eine große Rolle spielt. Dieser Trend ist nicht nur bundesweit bei der IB zu betrachten, sondern allgemein in der extremen Rechten. Dies ist äußerst problematisch: Wenn extreme Rechte Kampfsport trainieren, ist dies stets mit der Gefahr verbunden, dass dies nicht alleine aus sportlichen Gründen passiert, sondern auch eine Vorbereitung für den Straßenkampf darstellt.

Gesellschaftliche Gegenwehr wirkt

Für die IB läuft es die letzten Jahre nicht gut: Fähiges Personal ist ferngeblieben, weil potentielle Aktive seit der Beobachtung der Organisation durch die Inlandsgeheimdienste negative soziale Folgen fürchten oder lieber direkt in der ungleich erfolgreicherem AfD oder deren Jugendorganisation aktiv werden. Mit der Abschaltung ihrer Accounts durch Facebook im Jahr 2018 haben die „Identitären“ zudem ihr wichtigstes Kommunikationsmittel verloren. Da sie lange eher wie eine Werbeagentur für den völkischen Nationalismus und weniger wie eine klassisch strukturierte extrem rechte Organisation funktioniert haben, wog dieser Schlag besonders schwer. In der Kombination führten beide Maßnahmen zu einer massiven Schwächung der IB. Für den Nachwuchs der extremen Rechten in Amberg und Weiden scheint der verbleibende Glanz jedoch auszureichen. Sie finden ein etabliertes Label mit Rumpfstrukturen vor und können offensichtlich weitgehend ohne taktische Zurückhaltung agieren.

Auch wenn das innerhalb der IB nie ein ernsthafter Hinderungsgrund gewesen ist, scheint es heute noch viel weniger zu stören, dass der überwiegende Teil der Amberger Gruppe eine offen neonazistische Vorgeschichte hat.

Beflügelt durch die Zugehörigkeit zu einer deutschland- bzw. europaweiten Organisation, bei der die Selbstüberhöhung zur politischen DNA gehört, erregte die IB durch ihr Auftreten in Amberg zu Beginn viel Aufmerksamkeit. Dass die Anhänger heute fast ausschließlich überregional in Erscheinung treten, dürfte auch mit den Reaktionen verschiedener Akteur*innen vor Ort zusammenhängen: Nach einer Veröffentlichung des aida-Archivs griffen lokale Medien das Thema auf und informierten differenziert über die „Identitäre Bewegung“. Das lokale MMA-Gym zog daraus Konsequenzen, trennte sich von den IB-Aktivisten und sprach sich klar gegen Rassismus aus. Eine vom lokalen Bündnis gegen Rechts organisierte Infoveranstaltung war sehr gut besucht und hat dazu beigetragen, dass sich politisch Verantwortliche vor Ort klar positionierten. Die „Hutfabrik“ wurde nicht alleine gelassen, sondern erfuhr von verschiedenen Seiten Unterstützung. Auch die Polizei nahm die Aktivitäten der IB ernst und wurde aktiv. Die Fanszene des lokalen Eishockeyvereins entrollte im Stadion ein Transparent mit der Aufschrift „Amberg bleibt unsere Stadt. IB halts Maul!“ und brachte damit zum Ausdruck, dass die IB in der Stadt unerwünscht ist. Auch aus dem eigenen sozialen Umfeld wurde den Anhängern deutlich gemacht, dass ihre Ideologie und ihre Aktivitäten auf Ablehnung stoßen. Das Beispiel zeigt, dass ein entschlossenes und von breiten gesellschaftlichen Kräften getragenes Vorgehen dazu beitragen kann, extrem rechte Aktivitäten im lokalen Raum erfolgreich einzudämmen. Die extreme Rechte kann nur so erfolgreich sein, wie die Gesellschaft, in der sie sich bewegt, es zulässt.

Die extreme Rechte kann nur so erfolgreich sein, wie die Gesellschaft, in der sie sich bewegt, es zulässt.

Ein akademischer Männerbund als Kaderschmiede und Sammelbecken der ‚Neuen Rechten‘

Die „Burschenschaft
Markomannia
Wien zu Deggendorf/
Passau“

Die „Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggendorf/Passau“ fungiert als Knotenpunkt des Netzwerks der ‚Neuen Rechten‘ in Niederbayern. Diese Rolle hat der Akademikerbund nicht zufällig inne: Teil des burschenschaftlichen Erziehungsauftrags ist die Förderung der politischen Einflussnahme seiner Mitglieder. Die Angehörigen der Burschenschaft profitieren dabei von den Seilschaften des Lebensbundes und waren in der Vergangenheit überregional in Parteien und Organisationen der extremen Rechten aktiv.



Das Haus der „Markomannia“ bietet den Mitgliedern Wohnraum nahe Hochschule und Innenstadt sowie viel Platz für Veranstaltungen

→ Deggendorf, Dezember 2020

Im Internet präsentiert sich die „Burschenschaft Markomania Wien“ als traditionsverbundener, patriotischer Akademikerbund, dessen Mitglieder sich unter dem Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ vereinen. Fotos zeigen sie uniformiert in einem mit Kerzen erleuchteten Saal ihres Burschenschaftshauses in Deggendorf, wo sie eine zeremonielle Feier zum Jubiläum der Gründung des Deutschen Reiches 1871 abhalten. Ihre Gesichter sind von Narben gezeichnet, jener typischen Verletzung, die einem bei der Mensur – dem burschenschaftlichen Fechten – mit dem Degen zugefügt wird. Die über die Brust gespannten Bänder in den Farben der Burschenschaft zeichnen sie als Mitglieder mit unterschiedlichem Status aus. Vielerorts im Haus finden sich Devotionalien und Bilder verstorbener Bundesbrüder, zumindest zeitweise war darunter auch ein Foto, das einen Burschenschafter in SS-Uniform zeigt. Ihre Mitglieder und Strukturen hält die „Markomania“ ebenso wie die Veranstaltungstermine in ihrem Deggendorfer Haus weitgehend geheim, denn der akademische Männerbund, dessen Mitglieder über Jahrzehnte in Passau und später in Deggendorf ungestört rechte Netzwerke ausbilden konnten, will möglichst keine Angriffsfläche bieten.

Merkmale und Entstehung von Burschenschaften

Akademische Verbindungen finden sich überwiegend in Universitätsstädten, allein in Regensburg und Passau sind rund 15 Korporationen aktiv. Nur ein Teil davon sind Burschenschaften, daneben gibt es konfessionelle Verbindungen, Corps, Landsmannschaften etc. Extrem rechts ausgerichtet ist davon lediglich eine Minderheit, am bekanntesten in der Region ist sicherlich die 1906 in Wien gegründete und später erst nach Passau und um 2009 nach Deggendorf übersiedelte „Burschenschaft Markomania“. Ihre durchschnittlich etwa zehn aktiv studierenden Mitglieder und die rund 40 bereits im Berufsleben stehenden sogenannten Alten Herren bilden gemeinsam eine Verbindung, die sich als farbentragender, waffenstudentischer Männerbund auf Lebenszeit versteht, der den burschenschaftlichen Prinzipien verpflichtet ist. Diese beinhalten den für das Burschenschaftswesen charakteristischen politischen Auftrag, die Erziehung ihrer Aktiven nach den definierten ideologischen Leitbildern des Bundes und die Pflicht zur Mensur. Die Aufnahme in den Lebensbund erfolgt nach strengen Kriterien und Auswahlprozessen. Ein Mitgliedschaftsanwärter, der im Jargon der Burschenschaften als Fuchs bezeichnet wird, muss sich mehrere Semester als charakterlich und ideologisch passend erweisen. Er wohnt oft schon im Haus der Verbindung und ist fest in den Alltag eingebunden, erhält das Band und die Mütze

in den Farben der Burschenschaft, die ihn als vollwertigen Verbindungsbruder ausweisen jedoch erst nach bestandener Prüfung und Mensur.

Die Merkmale und Prinzipien burschenschaftlicher Korporationen sind auf den historisch-politischen Ursprung des Burschenschaftswesens zurückzuführen. Im Jahr 1815 gründete sich aus verschiedenen patriotisch geprägten Gruppen, die alleamt die Abkehr von der Politik der Kleinstaaterei zugunsten eines vereinten Deutschlands forderten, die sogenannte Urburschenschaft. Dabei konkurrierten innerhalb der betont politisch ausgerichteten burschenschaftlichen Bewegung von Beginn an die ideengeschichtlichen Traditionslinien des völkischen Nationalismus und Liberalismus miteinander. Auch die akademische „Burschenschaft Markomania Wien zu Deggendorf/Passau“ bekennt sich zu den Prinzipien der Urburschenschaft, wobei der Bund klar in der völkisch-nationalistischen Traditionslinie steht.

Völkische Ideologie als Grundlage des burschenschaftlichen Verbandswesens

Der besonders nationalistisch ausgerichtete Teil der burschenschaftlichen Korporationen organisiert sich heute im Dachverband „Deutsche Burschenschaft“ (DB) und in dessen offen völkisch-nationalistischem Flügel, der „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG). Die BG, zu der sich auch die „Markomania“ zählt, definiert das Volk als Abstammungsgemeinschaft, konkret als „biologische und kulturelle Einheit“. Sie geht weiterhin von Unterschieden in Fähigkeiten und Verhaltensweisen „zwischen Angehörigen verschiedener Rassen“ aus, „die zu einem großen Teil erblich bedingt“ sein sollen; auch Unterschiede zwischen Männern und Frauen werden stark biologisierend betrachtet.¹ Die DB führt in einer Grundsatzschrift von 2013 die „Wiederherstellung der nationalen Einheit des deutschen Volkes“ als „auch heute noch das zentrale Ziel der Deutschen Burschenschaft“ an, weiterhin wird auch bei ihr ein völkisch geprägter Volksbegriff sichtbar.² Kurz: Rassismus, Nationalismus, Grenzrevisionismus und Antifeminismus gehören zum Markenkern der Verbände. Auch die „Markomania“ bekennt sich nach eigener Aussage „vollumfänglich“ zu den Werten der DB und der BG und leitet hieraus ihre ideologischen Grundpfeiler ab. So bestimmte beispielsweise die Satzung der Altherrenschaft der „Markomania“ mindestens bis in jüngere Vergangenheit, dass nur „Männer deutscher Volkszugehörigkeit“ Mitglied sein können. Über ihre Einbindung in den Dachverband, offizielle Partnerbünde sowie durch inoffizielle Freundschaften ist die „Markomania“ im extrem rechten Flügel des Burschenschaftswesens bestens vernetzt.

Burschenschaftliche Prinzipien und Traditionspflege

Die burschenschaftlichen Prinzipien und ihr politischer Auftrag, die für die „Markomannia“ identitätsprägend sind, definieren eine Reihe von Kernaufgaben: Zentral ist die Befähigung zur Besetzung politischer und gesellschaftlicher Schlüsselpositionen, denn Burschenschafter begreifen sich als Elite, die das Volk führen und anleiten soll. Die Struktur der Burschenschaften, in welcher die Alten Herren ihre studierenden Verbindungsbrüder durch finanzielle Zuwendungen, Erfahrungswissen und berufliche Kontakte fördern, ist ein wichtiger Teil dieser Elitenbildung. Eine weitere Aufgabe ist die ‚Erziehung zu Wehrhaftigkeit‘, die sich im Fechten der Mensur gegen Angehörige anderer Burschenschaften ausdrückt. Übergeordneter Zweck ist dabei die kontrollierte Selbstzurichtung und -verhärtung der Beteiligten: Sie sollen lernen, ohne Furcht und Zurückweichen andere zu verletzen bzw. selbst verletzt zu werden, dabei Haltung zu bewahren und damit eine spezifische Form Männlichkeit und die Werte ihrer Burschenschaft zu repräsentieren. Nicht zuletzt wird der Aufgabe der Bewahrung der ‚Volks- und Kulturgemeinschaft‘ mittels Brauchtumpflege hoher Stellenwert zugeschrieben. Als größte Bedrohung des ‚deutschen Volkstums‘ begreift besonders der extrem rechte Teil des burschenschaftlichen Milieus den ‚modernen Zeitgeist‘. Dieser soll von einer ‚linksgrünen Hegemonie‘ geprägt sein, welche durch die Förderung von Multikulturalismus, Feminismus, Globalisierung, Individualisierung und Co. ‚alles Deutsche auszulöschen‘ drohe. Der völkisch-nationalistische ‚Verteidigungskampf‘ der Burschenschafter drückt sich folglich in der strikten Ablehnung und teils Bekämpfung von Zuwanderung, Geschlechtergerechtigkeit, Liberalismus, progressiver Politik etc. aus. Damit vertreten sie die klassischen Themen und Positionen der sogenannten ‚Neuen Rechten‘.

In den korporativen Aktivitäten der „Burschenschaft Markomannia“ nehmen die kulturelle bzw. völkisch-nationalistische Brauchtumpflege sowie entsprechende Gedenkrituale eine wichtige Rolle ein. Dabei wird immer wieder auch positiv auf Brauchtum und Personen mit Verbindungen zum Nationalsozialismus Bezug genommen, so gedenken die „Markomannen“ beispielsweise ehemaligen Verbindungsbrüdern wie dem SS-Hauptsturmführer Otto Skorzeny. Zum Volkstrauertag 2015 verbreiteten sie bei Facebook die Zeilen „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“, die zu einem Lied aus dem 19. Jahrhundert gehören, das im Nationalsozialismus für die SS von großer Bedeutung war. Der Name der „Markomannia“ tauchte außerdem gemeinsam mit denen

der Jugendorganisationen von NPD und AfD sowie dem des niederbayerischen AfD-Bundestagsabgeordneten Stephan Protschka auf einem 2019 im polnischen Bytom errichteten Gedenkstein für die deutschen Soldaten beider Weltkriege sowie extrem rechte „Selbstschutz- und Freikorpskämpfer“ auf.³ Auch wenn der Name der NPD-Jugend später entfernt wurde und die „Markomannia“ bestreitet als Verbindung an der Finanzierung des Gedenksteins beteiligt gewesen zu sein, zeichnet sich hier bereits das Spektrum von Kontakten und Verflechtungen der Mitglieder der Burschenschaft ins Netzwerk der extremen Rechten ab. Dazu gehören Parteien und ihre Jugendorganisationen, außerparlamentarische Projekte der ‚Neuen Rechten‘ sowie Szenen gewalttätiger Fußballfans und Neofaschist*innen.

Die „Markomannia“ als Sammelbecken der extremen Rechten

Der Einfluss der Burschenschaften als Kaderschmiede für das rechtskonservative bis extrem rechte Spektrum ist hinlänglich bekannt: Ob es um das Rekrutieren parlamentarischer Mitarbeiter für Abgeordnete oder die Besetzung von Jugendorganisationen geht, Burschenschafter spielen stets eine wichtige Rolle. Nicht wenige der rund 50 ehemaligen oder aktiven Mitglieder der „Burschenschaft Markomannia Wien zu Deggen Dorf/Passau“ betätigten sich bereits als Funktionäre der AfD und ihrer Jugendorganisation, kandidierten für die NPD, waren in der FPÖ aktiv, engagierten sich in der „Identitären Bewegung“, wurden als Aktivisten der „British National Party“ geführt, finden sich in Verzeichnissen inzwischen aufgelöster rechter Splitterparteien etc. Ihre überparteiliche Ausrichtung führt dazu, dass die „Markomannia“ als eine Art Sammelbecken für Aktivisten rechtskonservativer bis extrem rechter Parteien und Organisationen agiert – die Klammer bilden die völkisch-nationalistischen Vorstellungen der Burschenschaft. Das Prinzip der Seilschaften und die Kodizes des Lebensbundes bieten den Mitgliedern Schutz aber auch Strukturen und Ressourcen für ihre politischen Aktivitäten und den Aufbau neuer Organisationen. So knüpft die Burschenschaft an einem Netzwerk mit, aus dem sie wiederum gezielt ihren, zur ideologischen Ausrichtung passenden, Nachwuchs generiert.

In den vergangenen Jahren zeichnete sich ab, dass die „Markomannia“ nicht nur Studenten aus Deggen Dorf, Passau und Regensburg rekrutiert, die ihre völkisch-nationalistischen Grundsätze teilen. Sie schien besonders für solche offen, die sich bereits als Aktivisten der extremen Rechten einen Namen gemacht hatten. Die bekanntesten Beispiele dafür dürften zuletzt

Alexander Salomon und Tobias Lipski gewesen sein: Salomon war als Jugendlicher Mitglied der NPD und hat sich später zeitweise im Vorstand der Brandenburger AfD sowie der „Jungen Alternative“, der Jugendorganisation der Partei, engagiert. Während seines Studiums in Passau trat er um 2015 der „Markomannia“ bei und arbeitete zeitweise für den damaligen extrem rechten Brandenburger AfD-Politiker Andreas Kalbitz. Schnell wurde Salomon zum prägenden Gesicht der Burschenschaft und dürfte durch seine Kontakte die Einbindung der „Markomannia“ in die ‚Neue Rechte‘ maßgeblich mitverantwortet haben. In Passau führte er den Strukturaufbau der Korporation an und rekrutierte innerhalb weniger Jahre eine ansehnliche Zahl neuer Anwärter. Den Weg zur „Markomannia“ fand in der Zeit auch Tobias Lipski, der sich zum Wintersemester 2017/18 an der Universität Passau eingeschrieben hatte. Zuvor musste er eine Offizierslaufbahn abbrechen, da er wegen der Teilnahme an Veranstaltungen der „Identitären Bewegung“ sowie als Vortragsredner für deren Anhänger*innen in den Fokus des Militärgeheimdienstes geraten war und im Mai 2017 schließlich aus der Bundeswehr entlassen wurde. Angesichts extrem rechter Netzwerke in der Bundeswehr und der damit einhergehenden Gefahren kann dieser Vorfall gleichwohl Verunsicherung auslösen. Lipski zog schließlich nach Passau, trat der „Burschenschaft Markomannia“ bei und ließ sich Anfang 2019 in den Vorstand der „Jungen Alternative Ostbayern“ wählen. Auch weitere Akteure der Aktivität der „Markomannia“ wurden in jüngerer Zeit Ziel von Ermittlungsverfahren oder sind durch extrem rechte Aktivitäten auffällig geworden.

Überdies kann festgestellt werden, dass die Mitglieder und Räumlichkeiten der Burschenschaft immer wieder wichtige Funktionen im Netzwerk der ‚Neuen Rechten‘ in Niederbayern einnahmen: So traten Mitglieder der „Markomannia“ etwa als maßgebliche Funktionäre der „Jungen Alternative Ostbayern“ auf. Im November 2016 sorgte außerdem die Gründung mehrerer niederbayerischer Ortsgruppen der „Identitären Bewegung“ in den Deggendorfer Räumlichkeiten der Burschenschaft für Aufsehen, auf einem Foto der Gründungsveranstaltung ist auch mindestens ein Mitglied der „Markomannia“ zu erkennen. Ende 2019 engagierten sich mehrere Mitglieder bei der Reaktivierung der „Campus Alternative“, der Hochschulgruppe der „Jungen Alternative“, an der Universität Passau. Die extrem rechten Aktivitäten einiger ihrer Mitglieder und Kontakte zu entsprechenden Organisationen dürften dazu geführt haben, dass die Aktivität der „Markomannia“ inzwischen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht. Doch die Einbindung der

„Markomannien“ in das niederbayerische Netzwerk der ‚Neuen Rechten‘ brachte der Burschenschaft auch Vorteile: Medienprojekte aus dem Umfeld der „Identitären Bewegung“ fungieren immer wieder als eine Art PR-Plattform der „Markomannia“ und auch durch die AfD bzw. die „Junge Alternative“ erfahren ihre Mitglieder immer wieder Schützenhilfe.

Gegenaktivitäten brauchen langen Atem

Vor Ort in Deggendorf und Passau ist die „Markomannia“ aktuell nur wenig wahrnehmbar, Zufall ist das nicht: Schon vor Jahren hat der Präsident der Hochschule Deggendorf deutlich gemacht, dass ein Auftreten in der Uniform der Burschenschaft auf dem Campus unerwünscht ist und hat studentische Vereine vor Unterwanderungsversuchen durch die „Markomannia“ gewarnt. In Passau waren es überwiegend studentische Initiativen, die sich kritisch mit der extrem rechten Burschenschaft an der Universität auseinandergesetzt und mit Publikationen etc. umfangreich Aufklärungsarbeit betrieben haben. Die „Markomannia“ hat deshalb Schwierigkeiten bei der Rekrutierung, was Ende 2020 zu ihrer relativen Schwäche beiträgt. Doch auch wenn sie nicht mehr so aktiv wie noch vor einigen Jahren ist, darf ihre über die Region hinaus relevante Funktion als Kaderschmiede und Sammelbecken der extremen Rechten nicht unterschätzt werden. Burschenschaften sind lang- und nicht kurzfristig angelegte Strukturen und schon einige wenige neue aktive Mitglieder können die Situation schnell ändern, da sie auf seit Generationen bestehende Strukturen und Netzwerke zurückgreifen können.

- 1 Burschenschaftliche Gemeinschaft in DB und DBÖ (Hg.) 2012: Denkschrift aus den Reihen der Burschenschaftlichen Gemeinschaft in DB und DBÖ. Wien, zitiert nach Kurth, Alexandra/Weidinger, Bernhard 2017: Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie. In: Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256889/burschenschaften>).
- 2 Deutsche Burschenschaft 2013, zitiert nach Kurth, Alexandra/Weidinger, Bernhard 2017: Burschenschaften: Geschichte, Politik und Ideologie. In: Dossier Rechtsextremismus der Bundeszentrale für politische Bildung (<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/256889/burschenschaften>).
- 3 Vgl. Osel, Johann 2019: Gedenkstein des Anstoßes. In: Süddeutsche Zeitung, 19.11.2019 (<https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-afd-gedenkstein-prottschka-npd-1.4687936>).

„Widerstand gegen die Corona-Diktatur“

Verschwörungs- ideologische Proteste in Zeiten der Pandemie

Seit April 2020 gibt es auch in Ostbayern Proteste, die sich vordergründig gegen die Corona-Politik der Regierung richten. Verschwörungsideologisches Denken ist dort allgegenwärtig, was die Verbreitung von Antisemitismus und extrem rechten Narrativen befördert. Es ist eine Bewegung entstanden, deren Gefahrenpotential ernst genommen werden muss.

Verschwörungsideologien & Antisemitismus

Verschwörungsideologisches Denken basiert auf der Vorstellung, die maßgeblichen Prozesse der Welt würden planmäßig von einer angeblich mächtigen Personengruppe aus dem Hintergrund gesteuert – zum Vorteil der Verschwörer*innen und zum Schaden einer anderen Gruppe, in der Regel der Eigengruppe der Verschwörungsgläubigen. Durch diese Personalisierung unverstandener gesellschaftlicher Ereignisse und Verhältnisse erlangen die Anhänger*innen von Verschwörungsideologien vermeintlich wieder ein klares Bild der Situation sowie Handlungsfähigkeit zurück, schließlich sind die ‚Verschwörer*innen‘ zumindest prinzipiell greifbar und damit auch angreifbar.

Ein zentraler Nutzen von Verschwörungsideologien ist also die Komplexitätsreduktion: Sie sorgen dafür, dass man sich in einer komplizierten und häufig überfordernden oder gar verängstigenden Welt scheinbar besser zurechtfindet. Zudem geht mit verschwörungsideologischem Denken eine Aufwertung der eigenen Person einher, kann man sich doch von der Masse der ‚Schlafschafe‘ abgrenzen; im Kreis der ‚Erleuchteten‘ entsteht darüber hinaus häufig eine kollektive Identität, die dieses Gefühl verstärken und Geborgenheit stiften kann. Da die ‚Verschwörer*innen‘ meist als ultimativ böse dargestellt werden, gelten sie außerdem als legitimes Ziel von Verachtung, Hass und Aggression – Verschwörungsideologien haben also

auch eine Art Ventilfunktion.¹ Beim skizzierten Phänomen handelt es sich leider nicht um ein Randphänomen: Über ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland hat eine ausgeprägte Verschwörungsmentalität, ist also zumindest anfällig für derartiges Denken.²

Wenngleich nicht bei allen Verschwörungserzählungen direkt ‚die Juden‘ verantwortlich gemacht werden, weist das verschwörungsideologische Denken strukturell doch eine große Ähnlichkeit zum Antisemitismus auf: Im Antisemitismus, der als eine Art Welterklärung funktioniert, gelten ‚die Juden‘ als verantwortliche ‚Strippenzieher‘ hinter unverstandenen und als negativ wahrgenommenen Phänomenen der Moderne in den Bereichen Ökonomie,

Ende April 2020 versammelten sich rund 30 Personen auf dem Haidplatz in Regensburg. Viele von ihnen trugen Grundgesetze mit sich herum, andere hatten Schilder oder Stoffbeutel mit Slogans wie „Gib Gates keine Chance“, „Q #TrustThePlan“, „Art. 20 Abs. 4 GG“, „Diktatur 2020“ oder „Wir sind das Volk“ dabei. Eine Versammlung war nicht angemeldet, die Teilnehmer*innen gaben sich auf Nachfrage naiv und behaupteten, sie wären nur zufällig gleichzeitig spazieren. Tatsächlich hatten sie sich unter anderem über den Messengerdienst Telegram zur wahrscheinlich ersten Corona-Kundgebung in Ostbayern verabredet. In den nächsten Monaten fanden fast überall in Niederbayern und der Oberpfalz vergleichbare Versammlungen statt, wobei die Protestbewegung ihren bisherigen Höhepunkt Ende Mai, Anfang Juni 2020 erreichte: Wöchentlich gab es bis zu 20 Versammlungen an über einem Dutzend Orten, in der Spitze beteiligten sich insgesamt knapp 2.000 Personen daran. Im Sommer und Herbst ging sowohl die Zahl der Versammlungen wie auch der Teilnehmer*innen um rund zwei Drittel zurück und trotz der strengeren Gesundheitsschutzmaßnahmen im Winter 2020 erlebte der Protest kaum neuen Zulauf. Zwar kommen zu den Events mit den Stars der Szene wie etwa im November 2020 in Regensburg noch immer bis zu 1.000 Personen, allerdings reisen diese mittlerweile aus ganz Bayern an. In der Fläche hat ein

massiver Schwund stattgefunden: Jene, die sich zu Beginn aus Angst vor den ökonomischen Folgen der Krise oder wegen Sorgen um ihr Sozialleben beteiligt haben, sind weitgehend weggeblieben. Zu deutlich ist inzwischen geworden, dass es bei den Protesten nicht um eine Kritik dieser oder jener staatlicher Maßnahmen geht, sondern verschwörungsideologisches Denken dominiert.

So wird wahlweise behauptet, das Virus existiere gar nicht, sei eigentlich harmlos oder wäre künstlich erzeugt worden – in jedem Fall diene die ‚inszenierte Pandemie‘ bzw. ‚Plandemie‘ dazu, etwas Großes zu verschleiern. Worum es sich dabei handeln soll? Die Antworten reichen von einer staatlich verantworteten Wirtschaftskrise oder der Einführung des Sozialismus, über die Kontrolle der Menschheit bzw. ihrer Dezimierung durch Impfungen und die Einpflanzung von Mikrochips bis hin zur Erlangung der Weltherrschaft durch eine geheime globale Elite. Häufig werden verschiedene Erzählungen trotz Widersprüchen kombiniert, bei allen Unterschieden ist man im verschwörungsideologischen Denken vereint. Im Zweifel können sich die Anhänger*innen konkurrierender Verschwörungserzählungen meist darauf verständigen, dass man im Kampf gegen die ‚Corona-Diktatur‘ unbedingt zusammenstehen müsse.

Politik und Kultur – die Funktionsweise von Verschwörungdenken und Antisemitismus ist also sehr ähnlich.³

Da die antisemitische Vorstellung, ‚die Juden‘ würden durch den geschickten Einsatz von Geld und Geist nach Macht streben tief im kulturellen Gedächtnis verankert ist, ist es kaum verwunderlich, dass sie in vielen Verschwörungserzählungen am Ende doch als die vermeintlich Verantwortlichen ausgemacht werden. Klar benannt wird die angebliche ‚jüdische Weltverschwörung‘ dabei selten, vielmehr kommen meist Chiffren wie die ‚US-Ostküste‘, die ‚Neue Weltordnung‘ (NWO), die ‚Hochfinanz‘, die ‚Globalisten‘ etc. zum Einsatz. Häufig werden auch Geheim-

gesellschaften, Thinktanks und Banken als ‚jüdisch kontrolliert‘ dargestellt und verantwortlich gemacht.

- 1 Vgl. Nocun, Katharina/Lamberty, Pia 2020: Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen. Köln: Quadriga, S. 18ff.
- 2 Vgl. Decker, Oliver et al. 2020: Das autoritäre Syndrom: Dimensionen und Verbreitung der Demokratiefindlichkeit. In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hg.): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 201.
- 3 Vgl. Haury, Thomas 2002: Antisemitismus von links. Hamburg: Hamburger Edition, S. 157.

Regionale Strukturen und Aktivitäten

Nach einem anfänglichen Wildwuchs haben sich im Laufe des Jahres 2020 bei den Corona-Protesten in Ostbayern kontinuierlich arbeitende Strukturen und Akteur*innen herausgebildet. Zwar wechseln die Namen der Projekte gelegentlich, die Beteiligten dahinter bleiben aber weitgehend gleich. Auch konnte eine erhebliche Professionalisierung beobachtet werden: Man hat organisatorische und rechtliche Erfahrungen gesammelt, technisches Equipment wie Lautsprecheranlagen und mobile Bühnen angeschafft, sich regional und überregional vernetzt etc. Von besonderer Bedeutung waren Ende 2020 die Strukturen in Landshut, Deggendorf und Weiden sowie nachgeordnet die in Passau und Regensburg. Gerade die ersten drei zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur vor Ort Veranstaltungen organisieren, sondern den Protest auch in andere ostbayerische Städte ohne größere eigene Strukturen exportieren. Die Kooperation untereinander ist intensiv: Angesichts gesunkener Teilnehmer*innenzahlen in den einzelnen Städten besucht man sich beispielsweise häufig gegenseitig, tauscht Redner*innen aus, lässt sich von den Aktionsformen der anderen inspirieren und startet gemeinsame Projekte.

Es ist eine Bewegung entstanden, die für viele Teilnehmer*innen eine bedeutende Rolle im Alltag eingenommen hat: Die Kundgebungen und Demonstrationen mit Redner*innen, Musik und vermeintlich kreativen Aktionsformen wie Straßentheater sind Orte, wo man Gleichgesinnte trifft und in der eigenen Weltsicht bestätigt wird. Zwischen den Veranstaltungen tauscht man sich laufend über Messengerdienste wie Telegram aus. Neben der Verbreitung von Verschwörungserzählungen rund um Corona geht es dort etwa darum, wo ohne Maske eingekauft werden kann oder welche Ärzt*innen Gefälligkeitsatteste ausstellen. Auch Kampagnen gegen Gastronomiebetriebe und Läden, die auf die Einhaltung der Gesundheitsschutzmaßnahmen bestehen, werden in den Chats organisiert – im Ergebnis kommt es regelmäßig zu Beschwerden bei Antidiskriminierungsstellen, Hassmails, schlechten Bewertungen im Internet und manchmal zu kollektiven Besuchen oder Einkäufen ohne Masken inklusive Drohungen gegen die Beschäftigten. Ins Visier geraten auch Verwaltungsmitarbeiter*innen, Lehrer*innen, Journalist*innen und Polizist*innen, wenn diese durch ihre Arbeit als gegnerisch oder gar feindlich wahrgenommen werden. Steckbriefartige Veröffentlichungen bei Telegram oder fingierte Anzeigen sind keine Seltenheit, auch Kritiker*innen der Protestbewegung oder Teilnehmer*innen von

Gegendemonstrationen sind davon betroffen. Über den Messengerdienst vernetzen sich die Anhänger*innen der Bewegung auch für großflächige Briefkastenverteilungen, um die ‚Schlafschafe‘ – ein Schmähbegriff für all jene, die der Wissenschaft oder Politik vertrauen – mit ‚alternativen Fakten‘ zu konfrontieren und sie endlich wachzurütteln. Ob analog oder digital ist die Protestbewegung für viele ihrer Anhänger*innen auch ein wichtiger sozialer Ort geworden. In Zeiten, in denen die Pflege sozialer Kontakte schwierig ist oder Bekannte wegen der verschwörungsideologischen Positionierungen auf Distanz gehen, sind hier neue Verbindungen und Freundschaften entstanden. Auch wenn die Bewegung eigentlich ‚aufklären‘ will, rückt sie faktisch immer enger zusammen und isoliert sich von der Mehrheitsgesellschaft.

Heterogenes Teilnehmer*innenfeld

Obwohl das verschwörungsideologische Denken als verbindendes Moment der Proteste relativ schnell sichtbar wurde, haben Teile der Medien, Öffentlichkeit und Politik noch immer Schwierigkeiten, die Bewegung klar zu fassen – zu unterschiedlich scheinen die kulturellen und politischen Hintergründe der Teilnehmer*innen zu sein. Tatsächlich ist die Bandbreite groß, dies wird auch in Ostbayern immer wieder sichtbar: Hippies mit Slogans wie „Ich meditiere für Liebe und Freiheit“ auf bunten Schildern sind bei den Kundgebungen ebenso anzutreffen, wie Neonazis mit Szenekleidung und Mund-Nasen-Schutz mit dem Konterfei Adolf Hitlers. Beide Gruppen – Anhänger*innen alternativer Milieus bzw. der



Neonazis wie dieser Teilnehmer mit einem Mund-Nasen-Schutz mit dem **Konterfei Adolf Hitlers** sind bei den Protesten häufig anzutreffen, stellen jedoch nicht die Mehrheit der Teilnehmer*innen

→ Deggendorf, Juni 2020

neonazistischen Rechten – waren zwar von Beginn an integraler Bestandteil der Proteste, sind dort aber eine Minderheit. Da sie besonders auffällig sind und die gemeinsame Anwesenheit oft auf Unverständnis stößt, erregen sie jedoch besondere Aufmerksamkeit. Immer wieder ist sogar von einer Querfront die Rede – historisch beschreibt der Begriff eine Strategie der Verbindung rechter und linker Positionen oder Akteur*innen. Für Ostbayern ist die Beteiligung einer organisierten Linken an den Protesten jedoch nicht bekannt, vielmehr ist diese häufig in Gegenproteste eingebunden; auch Versuche der Verknüpfung linker und rechter Positionen wurden nicht sichtbar. Die Kategorie Querfront ist für die Analyse der Situation also kaum hilfreich, stattdessen gilt es festzuhalten: Anhänger*innen alternativer Milieus sind nicht per se links, insbesondere die Weltanschauung von Esoteriker*innen und Impfgegner*innen ist im Kern irrational und hat reaktionäre Wurzeln. Auch im Bereich der Ökologie gab es neben progressiven immer auch rechte Strömungen. Das Erscheinungsbild von alternativen Teilnehmer*innen darf also nicht dazu führen, sie politisch klar zu verorten oder gar auf den Charakter der Proteste zu schließen – ein Großteil der Protestierenden ist optisch ohnehin unauffällig.

Valide wissenschaftliche Erkenntnisse der Protest- und Bewegungsforschung zu den Hintergründen der Teilnehmer*innen liegen bisher kaum vor, auf Basis der Beobachtung der Proteste auf der Straße und in sozialen Netzwerken kann jedoch angenommen werden: Die meisten Teilnehmer*innen sind in ihren Dreißigern bis Fünfzigern, Jüngere und Ältere sind schwächer vertreten. Das Verhältnis von Frauen und Männern ist in etwa ausgeglichen. Selbstständige scheinen stark vertreten, aber auch Beschäftigte aus den Bereichen Gesundheit, Bildung und Sicherheit melden sich überdurchschnittlich oft zu Wort. Hier dürfte eine

gewisse Verzerrung vorliegen, handelt es sich doch um Berufsgruppen, denen in Bezug auf die Bewertung der aktuellen Situation eine besondere Kompetenz zugeschrieben wird. Ihre Worte sollen die Positionen der Bewegung legitimieren, weshalb sie besonders sichtbar sein dürften. Auffällig ist, dass sich wenig sozial Abgehängte bzw. Arme zu beteiligen scheinen, es handelt sich also nicht um eine Bewegung von unten. Weiter sind die Proteste sehr weiß und deutsch, der Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte entspricht bei weitem nicht dem Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Einer politischen Einordnung verweigern sich sehr viele Teilnehmer*innen, beschreiben sich stattdessen als ‚unpolitisch‘. Damit geht häufig eine fehlende Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten einher, man gehe schließlich „Für die gemeinsame Sache“ auf die Straße. Kritik daran wird mit Parolen wie „Keine Spaltung“ abgewehrt, mit dem Ergebnis, dass die extreme Rechte weitgehend ungestört agieren kann.

Die Rolle der extremen Rechten

An vielen Orten in Ostbayern sind extrem rechte Strukturen oder Akteur*innen fester Bestandteil der Corona-Proteste: Häufig gehören sie zum harten Kern der Teilnehmer*innen, manchmal sind sie in ansonsten nicht offen extrem rechte Organisationsstrukturen eingebunden und in einigen Fällen dominieren sie die Proteste sogar maßgeblich. Das wohl plakativste Beispiel für Letzteres ist Deggendorf, dort versammeln sich seit Mai 2020 zeitweise im Wochentakt bis zu 60 Personen aus verschiedenen Spektren der extremen Rechten



Ulrich Pätzold (links) und **Michael Kastner** (rechts) sind fest in neonazistischen Strukturen verankert und maßgebliche Akteure der Corona-Proteste in Niederbayern

→ Deggendorf, Juni 2020

sowie der vermeintlichen ‚Mitte der Gesellschaft‘. Organisatorisch dominiert werden die Proteste von Neonazis, was sich auch ganz offen zeigt: Entsprechende Symbole, Tattoos, Kleidungsmarken und Parolen sind allgegenwärtig. Als zentrale Protagonisten treten Ulrich Pätzold und Michael Kastner auf, beide leben im Landkreis und haben eine lange Historie in der extremen Rechten. Pätzold war etwa bei der „Deutschen Partei“ aktiv, später wechselte er zur NPD und war ab 2009 zeitweise sogar Mitglied im Bundesvorstand der neonazistischen Partei; dass er aktuell Mitglied oder Funktionär einer Partei wäre, ist nicht bekannt. Ältere Fotos zeigen ihn außerdem bei Veranstaltungen der 2009 verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ (HDJ), die Kinder und Jugendliche ideologisch und körperlich im Sinne des Nationalsozialismus gedreht und für Führungsaufgaben in der ‚nationalen Bewegung‘ vorbereitet hat. In jüngerer Zeit trat Pätzold nicht nur als Redner beim NPD nahen „Freundeskreis Udo Voigt“ oder als Moderator des extrem rechten Medienprojekts „Nordland TV“ auf, sondern war Ende 2019 auch als Referent beim Verein „Gedächtnisstätte e.V.“ in Guthmannshausen in Thüringen angekündigt. Der Sitz des Vereins ist ein wichtiger neonazistischer Treffpunkt, insbesondere Geschichtsrevisionist*innen und Holocaustleugner*innen geben sich dort die Klinke in die Hand. Kurz: Pätzold ist fest im völkisch-nationalistischen Milieu verankert und bundesweit gut vernetzt. Sein Mitstreiter Kastner ist seit Jahrzehnten in der neonazistischen Skinhead- und Kameradschaftsszene aktiv. Er bewegte sich beispielsweise in den Strukturen des 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“, in der Anfangszeit war er auch bei Veranstaltungen der Partei „Der III. Weg“ anzutreffen. Bei den Protesten in Deggendorf tritt er mit Kleidungsstücken des subkulturell-neonazistischen „Regiment Deggendorf“ auf, dessen Logo aus gekreuzten Baseballschlägern und der Zahl „18“ besteht – einem in der Szene verbreiteten Code für Adolf Hitler. Trotz der Dominanz von bekannten neonazistischen Akteuren wie Pätzold und Kastner sowie der Anwesenheit vieler weiterer, teils klar erkennbarer Neonazis sind bei den Protesten auch Akteur*innen der AfD vertreten. So war etwa der Deggendorfer AfD-Stadtrat Leo Till 2020 immer wieder bei den Versammlungen zugegen, andere Anhänger*innen der Partei gehören ohnehin zum harten Kern der lokalen Proteste. Als die Deggendorfer Strukturen Ende Oktober 2020 eine Versammlung in Dingolfing organisierten, sprach dort sogar der AfD-Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka. Berührungspunkte mit Neonazis? Auch auf höchster Ebene Fehlanzeige – und kein Einzelfall: Als in der ersten Juniwoche 2020 eine unangemeldete Corona-Demo durch Deggendorf zog, war Kathrin Ebner-Steiner, AfD-Fraktionsvorsitzende

im Bayerischen Landtag, vor Ort. Dabei filmte sie, wie der Aufzug durch die Polizei aufgehalten und die Personalien der Teilnehmer*innen festgestellt wurden, anschließend stellte sie das Video ins Internet. Bei Facebook echauffierte sie sich: „Friedlichen Bürgern wird in Deggendorf ein Spaziergang durch die Stadt verwehrt“. Die ‚friedlichen Bürger‘ waren neben Anhänger*innen ihrer eigenen Partei zum großen Teil jene Neonazis, die die Proteste seitdem dominieren. Die Kooperation von Neonazis und Akteur*innen der AfD auf regionaler Ebene ist nicht ungefährlich, könnte sich doch ein aufeinander abgestimmtes, arbeitsteiliges Vorgehen in den Stadträten bzw. Parlamenten und auf der Straße etablieren. Mögliche negative Folgen der Allianz scheint die AfD in der Region nicht zu fürchten. Augenscheinlich überwiegt der Wille, gemeinsam gegen die ‚Corona-Diktatur‘ auf die Straße zu gehen. Die AfD hofft – ebenso wie auch die Neonazis – durch die Präsenz bei den Corona-Protesten Wähler*innen bzw. Anhänger*innen zu gewinnen oder zumindest die eigene Akzeptanz steigern zu können. Diese Bemühungen dürften vor Ort durchaus aufgehen: Neonazis wie AfD konnten Kontakte jenseits des eigenen Milieus knüpfen, sich in Abgrenzung zu den ‚Systemparteien‘ als vermeintlich glaubhafte politische Kraft inszenieren und damit neue Zielgruppen erschließen.

Hinsichtlich der Qualität ist die Situation in Deggendorf speziell, nirgendwo in Ostbayern werden die Corona-Proteste so stark durch die extreme Rechte geprägt wie dort. Versuche der Einflussnahme sind jedoch überall zu beobachten und bleiben in der Regel unwiderrprochen: In Passau gehörte ein ehemaliger NPD-Mann zu den zentralen Organisatoren der Proteste, in Schwandorf meldet der immer wieder durch die Verbreitung verschwörungsideologischer und extrem rechter Narrative auffällige AfD-Stadtrat Reinhard Mixl regelmäßig Versammlungen an, in Regensburg war eine extrem rechte Twitter-Aktivistin in die Organisation eingebunden und ist als Rednerin aufgetreten, in Cham übernahmen teils neonazistische Rocker den Ordnungsdienst, in Weiden ist nicht nur der bekannte rechte Wutbürger Helmut Bauer Kopf der Corona-Proteste, auch Anhänger*innen des formal aufgelösten extrem rechten „Flügels“ der AfD spielen eine wichtige Rolle und Neonazis sind regelmäßig vertreten etc. Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen, ein zu starker Fokus auf die organisierte extreme Rechte könnte jedoch den Blick dafür verstellen, dass sich auch die Masse der Teilnehmer*innen ohne einschlägige politische Historie mittlerweile erheblich radikalisiert hat.

Inhalte und Feindbilder

Ein pseudokritisches Ressentiment gegen ‚das Establishment‘ sowie verschwörungsideologische und extrem rechte Erzählungen waren bei den Corona-Protesten von Anfang an wahrzunehmen, mittlerweile sind sie dort Allgemeingut geworden. Die konkreten Themen wandeln sich zwar stets etwas, die grundsätzlichen Inhalte und Feindbilder sind jedoch über das Jahr 2020 hinweg relativ konstant geblieben:

- Der zentrale Begriff der Protestbewegung ist Freiheit. Es wird behauptet, die vermeintliche ‚Corona-Diktatur‘ hätte zu einer umfassenden Unfreiheit geführt. Der Freiheitsbegriff ist dabei ein stark individualistischer, Verantwortung und Solidarität kommen darin nicht vor. Die Tatsache, dass das eigene Handeln eine Gefahr für Dritte und insbesondere Menschen aus Risikogruppen sein kann, wird ignoriert. Von Narzissmus und dem neo-liberalen Zeitgeist geprägt agieren die Protagonist*innen, als hätte Freiheit keine gesellschaftliche Dimension. Wo eine solche doch ins Feld geführt wird, zeigt sich häufig der sozialdarwinistische und teils nationalistische Charakter: Um die Freiheit der vermeintlichen Masse der Bevölkerung zu gewährleisten, müssten die Risikogruppen – mithin gut ein Drittel der Bevölkerung – eben auf sich selbst achten. Eine Einschränkung der ‚Starken‘ zum Wohle der ‚Schwachen‘ sei unnatürlich oder wahlweise gegen die Interessen der Nation und deshalb abzulehnen.
- Von Beginn an ist bei den Corona-Protesten ein selektiver und instrumenteller Rückgriff auf das Grundgesetz zu beobachten, insbesondere auf den Art. 5 (Meinungsfreiheit) und den Art. 20 Abs. 4 (Widerstandsrecht). Die Teilnehmer*innen beteuern, in Deutschland würde es keine Meinungsfreiheit mehr

geben. Angesichts der Tatsache, dass sie bundesweit bei öffentlichen Versammlungen ihre Inhalte verbreiten, mag das irritierend wirken. Faktisch beklagen die Protestierenden, die sonst meist wenig Marginalisierungserfahrung haben, gekränkt und empört, dass ihre Perspektive nicht die gesellschaftlich vorherrschende ist und versuchen zugleich, sich mit Verweis auf die Meinungsfreiheit gegen Kritik zu immunisieren. Die Referenz auf das Widerstandsrecht ist nicht nur ähnlich realitätsfern, sondern auch gefährlich: Es wird propagiert, die Bundesrepublik sei eine Diktatur bzw. stehe kurz davor, weshalb die Bürger*innen durch das Grundgesetz gedeckter ‚Widerstand‘ leisten dürften. Da gegen ein ‚Unrechtsregime‘ Mittel bis hin zu Gewalt legitim sein können, kann diese Bezugnahme erheblich zu einer Radikalisierung der Handlungsweisen der Teilnehmer*innen beitragen.

- Zu den wichtigsten Feindbildern der verschwörungsideologischen Bewegung gehört Bill Gates. Die Anhänger*innen unterstellen, er wolle alle Menschen impfen bzw. ihnen Mikrochips implantieren lassen, um sie dadurch kontrollierbar zu machen. Perspektivisch würde es ihm gar darum gehen, die Weltbevölkerung auf 500 Millionen zu dezimieren – es drohe also ein globaler Massenmord. Uneinigkeit besteht in der Frage, ob Gates der eigentlich Verantwortliche sei oder nur Teil einer größeren Verschwörung. Historisch gehört der Vorwurf der ‚Verunreinigung des Blutes zur Schwächung des deutschen Volkskörpers‘ durch Impfungen einer verhassten ‚jüdischen Schulmedizin‘ zum klassischen Repertoire des Antisemitismus, dem die ‚natürlichen Abwehrkräfte eines gesunden Volkes‘ entgegengesetzt wurden. In den Verschwörungserzählungen rund um Gates und Co. lebt diese antisemitische Vorstellung bis heute fort.



Verschwörungserzählungen rund um „Q“ und Bill Gates sind bei den Protesten allgegenwärtig

← Regensburg, Mai 2020 / ↓ Cham, Juni 2020



→ Die Verschwörungserzählung rund um „Q“ bzw. „QAnon“ ist bei den Protesten ebenfalls sehr verbreitet, die Basiserzählung lautet etwa wie folgt: „Q“, ein vermeintlicher Whistleblower im Weißen Haus, hätte Kenntnisse über die Existenz und Machenschaften eines weltweit agierenden ‚tiefen Staates‘ (Deep State). Dieser bestehe aus einer extrem bösartigen globalen Elite aus Ökonomie, Politik und Kultur und strebe nach der Weltherrschaft. Außerdem würden die Beteiligten weltweit Kinder in unterirdischen Gefängnissen gefangenhalten, sie vergewaltigen und foltern, um Adrenochrom – ein Stoffwechselprodukt von Adrenalin – zu gewinnen, das ihnen angeblich ewige Jugend schenken soll. In diversen Internetforen würde „Q“ seine Anhänger*innen immer wieder in kryptischen Botschaften über die Verschwörung und Gegenmaßnahmen informieren. Seit ihrer Entstehung 2017 war die Verschwörungserzählung vor allem in den USA unter Anhänger*innen von Donald Trump populär, der ihnen als Widersacher des ‚tiefen Staates‘ galt. Im Zuge der Corona-Proteste erlangte sie nicht zuletzt durch die hohe Reichweite von Prominenten wie Xavier Naidoo auch in Deutschland erhebliche Verbreitung. Die Verschwörungserzählung greift nicht nur Motive der antisemitischen Ritualmordlegenden des Mittelalters auf, denen zufolge ‚die Juden‘ christliche Kinder ermorden würden, um mit ihrem Blut rituelle Handlungen zu vollführen, sondern knüpft auch an die Vorstellung einer ‚jüdischen Weltverschwörung‘ an. Dieser antisemitische Mythos wird in der Protestbewegung allgemein vielfältig kultiviert: Im Geraune über angeblich jüdisch dominierte ‚internationale Finanzeliten und Geheimgesellschaften, die im Hintergrund die Fäden ziehen‘ sollen, ist er allgegenwärtig.

→ Insbesondere seit Sommer 2020 findet bei den Corona-Protesten die Vorstellung große Verbreitung, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat. So wird etwa im Stile der ‚Reichsbürger‘ propagiert, das Deutsche Reich würde fortbestehen, es müsse lediglich seine Handlungsfähigkeit wiederhergestellt werden. Die vielen Reichsfahnen bei den Protesten im August 2020 in Berlin waren nur der sichtbarste Ausdruck davon, in den Telegram-Gruppen der Bewegung ist die Frage der Souveränität laufend Thema. Teils wird zu verfassungsgebenden Versammlungen aufgerufen, teils dazu, vor den Botschaften Russlands und der USA zu protestieren, um einen Friedensvertrag zu erwirken und so Souveränität zu erlangen. Die Tatsache, dass auch viele Personen, die bisher keine Verbindung zur Reichsideologie oder zum Souveränismus hatten, sich im Zuge der Protestbewegung davon angesprochen fühlen, verweist auf

das attraktive Potential der Ansätze: Die Hoffnung, durch rechtliche Winkelzüge oder die Hilfe mächtiger und teils autoritär regierter Staaten einen als äußerst belastend empfundenen Zustand augenblicklich beenden zu können. Dass die erhoffte Erlösung sich nicht einstellt, führt nicht per se zu einem Bruch mit entsprechenden Vorstellungen. Stattdessen tauchen viele Anhänger*innen noch tiefer in verschwörungsideologische und extrem rechte Gedankenwelten ein und auch ihr Handeln kann sich radikalisieren – das Wachstum dieses politischen Milieus durch die aktuelle Protestbewegung ist daher sehr gefährlich.

→ Eine weitere Konstante der Protestbewegung ist die Relativierung des Nationalsozialismus durch Gleichsetzungen mit der aktuellen Politik: Die Bundesrepublik wird als „Faschismus 2.0“ bezeichnet, Ministerpräsident Markus Söder als „Södlolf“ diffamiert, das Infektionsschutzgesetz zum Ermächtigungsgesetz erklärt, der Virologe Christian Drosten mit Josef Mengele, dem mörderischen Lagerarzt von Auschwitz-Birkenau verglichen, bei Telegram zirkulieren Bilder von Impfzentren, die in Anlehnung an die Inschriften der KZ-Eingangstore Slogans wie „Impfen macht frei“ tragen, Teilnehmer*innen der Proteste heften sich selbst ‚Judensterne‘ mit Aufschriften wie „Nicht Corona geimpft“ oder „Corona-Kritiker“ an und vergleichen ihre Situation mit der zur Vernichtung bestimmter Jüdinnen und Juden etc. Der historische Nationalsozialismus bzw. die Shoah als Projekt der Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden werden hierdurch verharmlost und die Opfer verhöhnt. Seitens der extremen Rechten geschieht diese Verharmlosung bewusst, der ‚historische Ballast‘ soll reduziert werden, um möglichst ungestört davon die eigene menschenverachtende Politik betreiben zu können. Betrachtet man die nicht offen extrem rechten Teilnehmer*innen der Proteste, zeigt sich, dass sie zum Teil instrumentell auf entsprechende Vergleiche zurückgreifen, um staatliche Maßnahmen als maximal verwerflich darzustellen und Aufmerksamkeit zu erzeugen, zudem sehen sich manche in ihrem wahnhaften Denken tatsächlich als ‚Verfolgte‘. Unabhängig der Motivation wirken jedoch auch sie an der Verharmlosung und Verhöhnung mit und ebnen der extremen Rechten den Weg.

Gefahren und Handlungsoptionen

Von den hochgradig ideologisierten Corona-Protesten gehen vielfältige Gefahren aus: Regelmäßig werden bei den Versammlungen Polizist*innen, Journalist*innen, Gegendemonstrant*innen oder auch schlicht Maskenträger*innen bedroht oder angegriffen – und das nicht nur in Berlin oder Leipzig, sondern auch in Ostbayern. Zu den Täter*innen gehören dabei nicht alleine Neonazis, sondern häufig auch zuvor politisch unauffällige, aber zwischenzeitlich radikalisierte Angehörige der vielbeschworenen ‚Mitte der Gesellschaft‘. Auch im Alltag kommt es immer wieder zu Angriffen, beispielsweise auf Verkäufer*innen, Busfahrer*innen und andere, die auf die Einhaltung von Gesundheitsschutzmaßnahmen hinweisen. Neben solch situativen Ereignissen droht die planmäßige Gewalt durch radikalisierte Einzelne zu eskalieren: Zusätzlich zu den bereits angesprochenen Gruppen aus Verwaltung, Politik, Polizei, Schule und Medien sind auch Beschäftigte von Forschungseinrichtungen und Impfzentren gefährdet. Sprengstoff- und Brandanschläge gegen solche Ziele hat es bereits gegeben, wenn die Impfkampagne richtig anläuft, ist eine Ausweitung der Gewalt nicht auszuschließen. Auch Infrastruktur wie Sendeanlagen des neuen Mobilfunkstandards 5G sind Ziel von Angriffen, da diese vermeintlich die Symptome der Covid-19-Erkrankung hervorrufen und aus Sicht der Verschwörungsgläubigen damit ein wichtiges Werkzeug der ‚inszenierten Pandemie‘ sein sollen. Auf einer übergeordneten politischen Ebene besteht die Gefahr, dass sich die Anhänger*innen der Protestbewegung langfristig von der liberalen Demokratie entfernen und zukünftig leichter durch die extreme Rechte ansprechbar sind. Ob diese organisatorisch oder bei Wahlen nachhaltig von ihren neu geknüpften Kontakten profitieren kann, bleibt abzuwarten. Fest steht indes bereits, dass eine massive Ausbreitung von verschwörungsideologischem Denken und Antisemitismus stattgefunden hat. Beides war in der Gesellschaft zwar stets vorhanden, hat sich durch die Corona-Proteste jedoch in teils neuen Milieus materialisiert. Sollte die Protestbewegung ihre aktuelle Schwäche überwinden und neuen Zulauf erlangen, könnte sie außerdem indirekt zu mehr Erkrankten und Toten beitragen: Nämlich dann, wenn Politiker*innen mit Verweis auf den ‚Druck der Straße‘ notwendige Gesundheitsschutzmaßnahmen nicht umsetzen.

Der weitere Verlauf der Corona-Proteste ist nicht vorbestimmt. Die Entwicklung wird auch davon abhängen, wie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen darauf reagieren. Präventiv sollten Politiker*innen darauf achten, dass Entscheidungen auch in der Krise möglichst demokratisch zustande kommen

Nicht zuletzt sollten alle fortwährend an einer möglichst offenen und solidarischen Gesellschaft mitarbeiten, setzen extrem rechte und verschwörungsideologische Bewegungen doch häufig dort an, wo diese unzureichend realisiert ist und Ängste entstehen – dem gilt es den Nährboden zu entziehen.

und gut – also offen, inhaltlich klar und möglichst mit Perspektive – kommuniziert werden. Weiter muss die Aufklärung über Rechtsextremismus und Verschwörungsideologien gestärkt werden; nicht nur in der Schule, sondern auch in den verschiedensten Lebensbereichen Erwachsener. Auch die Ambiguitätstoleranz – also die Fähigkeit, unsichere und uneindeutige Situationen auszuhalten – muss stärker gefördert werden, da Verschwörungserzählungen nicht zuletzt wegen der durch sie vermeintlich entstehenden Klarheit für viele Menschen attraktiv sind. Reaktiv braucht es coronage-rechte Gegenproteste und öffentliche Positionierungen, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, die Protestierenden würden für eine schweigende Mehrheit sprechen. Bei Bedrohungen im Netz oder auf der Straße sowie bei Gewalttaten ist entschlossenes behördliches Handeln notwendig. Einzelne können zudem bei der Verbreitung von Verschwörungserzählungen in ihrem sozialen Umfeld einschreiten. Zwar sind Verschwörungsgläubige ab einem gewissen Punkt nur noch schwer zu erreichen, regelmäßige kritische Nachfragen und Widerworte durch vertraute Personen können jedoch Irritationen auslösen und bestenfalls zum Hinterfragen des Weltbilds führen. Widerspruch ist auch deshalb wichtig, um unentschlossenen Dritten den problematischen Charakter verschwörungsideologischer Positionen aufzuzeigen. Nicht zuletzt sollten alle fortwährend an einer möglichst offenen und solidarischen Gesellschaft mitarbeiten, setzen extrem rechte und verschwörungsideologische Bewegungen doch häufig dort an, wo diese unzureichend realisiert ist und Ängste entstehen – dem gilt es den Nährboden zu entziehen.

„Wir wollen in einer Stadt leben, in der für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien kein Platz ist“

Die „Initiative gegen Rechts“ in Regensburg ist eines der aktivsten Bündnisse gegen Rechtsextremismus in Ostbayern. Im Interview spricht sie über ihre Organisation, Ziele und Aktivitäten und ermöglicht damit Einblicke, die auch für andere Bündnisse interessant sein dürften. Bei Rückfragen und Anregungen freut sich die Initiative über eine Kontaktaufnahme.

Eure Initiative gibt es seit 2016. War die Gründung eine Reaktion auf die rassistischen Kampagnen der extremen Rechten im Kontext der erhöhten Fluchtmigration seit 2015?

Ja und nein. Mit dem Bündnis „Kein Platz für Nazis“ hatte die „Initiative gegen Rechts“ eine Art Vorgängerorganisation, die in den Nuller- und Zehnerjahren erfolgreich Protest gegen die NPD und andere Neonazis organisiert hatte. Teilweise brachte das Bündnis mehrere tausend Leute auf die Straße, häufig gab es Sitzblockaden – faktisch konnte keine Neonaziveranstaltung ohne massive Störung stattfinden. Innerhalb des Bündnisses gab es früh Diskussionen darüber, wie mit der AfD umgegangen werden soll. Man war sich nicht ganz einig, ob das Label „Kein Platz für Nazis“ geeignet ist, um gegen Aktivitäten der Partei vorzugehen. Mit dem Erstarken der AfD im Zuge der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘, aber auch durch Formate wie PEGIDA und „Nein zum Heim“-Initiativen wurde die Frage nach dem Umgang damit drängend. Die extreme Rechte hatte sich gewandelt, wir mussten das auch tun: Da es nicht mehr nur um Neonazis ging, gründeten wir schließlich die „Initiative gegen Rechts“. Zeitweise existierten noch beide Bündnisse nebeneinander, mittlerweile ist das alte Bündnis in der „Initiative gegen Rechts“ aufgegangen.



Was ist euer Ziel als „Initiative gegen Rechts“?

Wir wollen in einer Stadt leben, in der für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien kein Platz ist. Es ist deshalb unser Anspruch, Aktivitäten der extremen Rechten nicht ungestört über die Bühne gehen zu lassen bzw. wenn möglich zu verhindern. Das betrifft ihre Kundgebungen und Demonstrationen ebenso, wie ihre Stammtische, Sitzungen etc. Wir wollen der extremen Rechten nach Möglichkeit die Plattform nehmen, um ihre Außenwirkung zu begrenzen und einer Normalisierung entgegenzuwirken. Ansätze wie ‚Mit Rechten reden‘ halten wir für wenig sinnvoll, menschenverachtende Ideologien sollten nicht durch Dialog diskursfähig gemacht werden. Durch Facebook, Pressearbeit, Infoveranstaltungen und Co. versuchen wir außerdem, kontinuierlich zu informieren und für die Problematik zu sensibilisieren. Darüber hinaus versuchen unsere Mitgliedsorganisationen auf ganz unterschiedliche Art und Weise, die demokratische Kultur in der Stadt zu stärken und sie sozialer zu machen. Wir denken, das minimiert die Andockmöglichkeiten für die extreme Rechte – Versuche der Ethnisierung sozialer Konflikte laufen so beispielsweise bestenfalls ins Leere. Im Endeffekt greifen die verschiedenen Maßnahmen ineinander und alle sind wichtig.

Könnt ihr ein paar konkrete Beispiele für eure Aktivitäten geben?

Um eine Verankerung der extremen Rechten in der Stadt zu verhindern, versuchen wir ihnen keinen Raum zu lassen. Konkret bedeutet das etwa, dass wir auf Gaststätten zugehen und das Gespräch suchen, wenn der AfD Räume für Parteiveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Häufig laufen die Buchungen

über Privatpersonen und die Wirt*innen fallen aus allen Wolken, wenn sie erfahren, wer sich wirklich bei ihnen treffen will. Teils wissen sie es auch, haben sich aber nicht näher mit der Partei beschäftigt bzw. gehen deren Selbstverharmlosung auf den Leim. Unterm Strich sind viele Wirt*innen dankbar für unsere Hinweise oder offen für Argumente. Die Aufklärungsarbeit ist ziemlich effektiv, die AfD hat massive Schwierigkeiten, Räume in der Stadt zu finden. Die kontinuierliche Recherche nach den Veranstaltungsorten über Facebook, E-Mail etc. und das Hinterhertelefonieren sind zwar mühsam, lohnen sich aber.

Bei öffentlichen Versammlungen der extremen Rechten organisieren wir Gegenprotest, das ist wahrscheinlich der sichtbarste Teil unserer Arbeit. Wichtig ist uns, dass der Protest für möglichst viele Leute zugänglich ist und in Hör- und Sichtweite der extremen Rechten stattfindet, so dass er mehr als nur symbolische Wirkung hat. Über Reden, Musik, künstlerische Beiträge etc. machen wir unseren eigenen Standpunkt klar, klären über die extreme Rechte auf und sorgen dafür, dass diese kaum Passant*innen erreichen kann. In der Regel sind wir mehr und lauter, während der Corona-Pandemie war das allerdings nicht verantwortungsvoll zu machen. Unsere Aktivitäten gegen die verschwörungsideologischen und häufig antisemitisch geprägten Proteste der ‚Corona Rebellen‘ fielen deshalb etwas anders aus: Wir haben bewusst Obergrenzen für unsere Kundgebungen festgelegt, oft nur intern mobilisiert und sehr auf den Infektionsschutz geachtet. Parallel haben wir ordentlich Arbeit in Mitmachkampagnen bei Facebook gesteckt, so dass sich trotzdem viele Leute beteiligt haben – nur halt online.

Zur Landtagswahl 2018 und zur Kommunalwahl 2020 haben wir die Kampagne „Kein Kreuz der AfD“ organisiert. Wir haben jeweils rund 50.000 Flyer in der Stadt und Teilen des Landkreises verteilt, in denen besonders die pseudosoziale, antifeministische und rassistische Agenda der AfD in kurzer und knackiger Form kritisiert wurde. Die Flyer sollten unentschlossenen Wähler*innen klar machen, dass die AfD gegen ihre eigenen Interessen handelt und Gegner*innen der Partei gute Argumente an die Hand geben. Begleitet haben wir das durch intensive Aktivitäten bei Facebook, unsere Beiträge, Sharepics usw. hatten zeitweise eine hohe Reichweite. Zum Abschluss der Kampagne haben wir drei Tage vor der Landtagswahl noch ein Konzert mit der bekannten Punkband „ZSK“ am Domplatz organisiert. Die Band war eh wegen eines Konzerts in der Stadt und hat sich bereit erklärt,

unseren Protest gegen die letzte Kundgebung der AfD vor der Wahl mit einem Konzert vom LKW zu unterstützen – das war großartig. Bei der Kommunalwahl ist das Kampagnenfinale coronabedingt leider ins Wasser gefallen, die letzte größere Veranstaltung war ein Vortrag über die Regensburger AfD mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im knallvollen Gewerkschaftshaus drei Wochen vor der Wahl.

In eurem Bündnis sind ganz unterschiedliche Akteur*innen organisiert: Antifagruppen, antirassistische und feministische Initiativen, Fridays for Future, Hochschulgruppen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen von Parteien, Parteien selbst etc. – wie klappt das?

Bündnisarbeit bedeutet immer, Kompromisse einzugehen – für alle Beteiligten. In der Zusammenarbeit merken wir aber laufend, dass unsere unterschiedlichen Hintergründe super wertvoll sind. Gemeinsam haben wir der extremen Rechten deutlich mehr entgegenzusetzen: Erfahrungen, Fähigkeiten, Kontakte, materielle Ausstattung etc. Wir haben gelernt, vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und respektieren unsere Unterschiede. Neben unserem gemeinsamen Ziel – eine Stadt ohne Platz für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und andere menschenverachtende Ideologien – helfen uns bei der Zusammenarbeit ein paar Grundsätze, die man grob so umreißen könnte: Wir wollen gemeinsam Aktivitäten der extremen Rechten verhindern, dabei sind für uns auch Mittel des zivilen Ungehorsams wie Sitzblockaden legitim, von unserem Protest geht aber keine Eskalation aus und wir sind solidarisch mit allen, die unsere Ziele teilen. In der Praxis sind Kommunikation und Verbindlichkeit natürlich das A und O, dann kann das sehr gut klappen.

 initiativegegenrechts.net

 Initiative gegen Rechts – Regensburg

 kontakt@initiativegegenrechts.net

**INITIATIVE
GEGEN RECHTS**
REGENSBURG

Bedrohung, Sachbeschädigung und körperliche Übergriffe: Rechte Gewalt in Ostbayern

Das Ausmaß rechter Gewalt und die Tatfolgen für die Betroffenen müssen endlich ernst genommen werden.

Ein Beitrag von B.U.D.

– Beratung, Unterstützung, Dokumentation

B.U.D. steht für Beratung, Unterstützung und Dokumentation und ist der Name der unabhängigen Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Bayern. Als solche unterstützt B.U.D. Betroffene und Zeug*innen derartiger Angriffe, sowie deren soziales Umfeld und klärt über Folgen, Hintergründe und Ausmaß rechter Gewalt auf. Das Beratungsangebot ist kostenlos, aufsuchend, vertraulich und parteilich im Sinne der Betroffenen. Für die Beratungsstelle stehen die Perspektiven, Wünsche und Bedürfnisse der Betroffenen immer im Mittelpunkt.

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt

Antisemitische, rassistische und andere rechtsmotivierte Gewalttaten basieren auf Ideologien der Ungleichwertigkeit. Sie richten sich gegen gesellschaftliche Gruppen, die als anders und unerwünscht konstruiert werden. Einzelpersonen werden – etwa aufgrund ihres Aussehens – durch die Täter*innen einer oder mehrerer dieser Gruppen zugeordnet und angegriffen. Rechte Gewalt hat viele Erscheinungsformen: Das können Sachbeschädigung, Brandstiftung und körperliche Angriffe sein, aber auch (digitale) Beleidigungen, Bedrohungen oder Anfeindungen. Entscheidend für die Einordnung der Tat als rechte, rassistische oder antisemitische Gewalt ist für die

Beratungsstelle B.U.D. immer die Wahrnehmung und Einschätzung der Betroffenen.

In Niederbayern und der Oberpfalz kommt es immer wieder zu rechten Übergriffen und sogar Tötungsdelikten. In der Vergangenheit sind drei Fälle tödlicher rechter Gewalt bekannt geworden: Im Dezember 1988 kommen in Schwandorf bei einem neonazistischen Brandanschlag auf ein Wohnhaus vier Menschen zu Tode: Fatma Can, Osman Can, Mehmet Can und Jürgen Hübener. In Amberg wird 1995 Klaus-Peter Beer von zwei Neonazis getötet, nachdem sie erfahren, dass er homosexuell ist. Andreas Pietrzak wird 2006 in Plattling aus sozialdarwinistischen und rassistischen Motiven heraus getötet. In der offiziellen Zählung der Bundesregierung sind Klaus-Peter Beer und Andreas Pietrzak immer noch nicht als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt.

In den letzten Jahren ist kein weiteres rechts motiviertes Tötungsdelikt in Ostbayern bekannt geworden. Dennoch werden Personen aus menschenfeindlicher Motivation heraus bedroht, gedemütigt und angegriffen. Häufiges Ziel körperlicher Gewalt sind Geflüchtete und Migrant*innen, aber auch Journalist*innen, die bei ihrer Berichterstattung bedrängt und attackiert werden. Auch Menschen, die sich gegen rechte Umtriebe vor Ort engagieren, Geflüchtete unterstützen oder menschenfeindlichen Parolen widersprechen, werden beleidigt, bedroht oder gar angegriffen. Rechte Gewalt tritt auch in Form von Sachbeschädigungen auf: So kam es zu Angriffen auf Autos von Migrant*innen oder politischen Gegner*innen und auf Orte alternativer Kultur.

Die Perspektive der Betroffenen

Ein rechter Angriff ist immer auch eine symbolische Tat: Sie richtet sich nicht nur gegen die individuell Betroffenen, sondern transportiert eine Botschaft von Bedrohung und Hass gegen alle Angehörigen der abgewerteten Gruppe. Außerdem trägt sie das Weltbild der Täter*innen nach außen: ihre menschenverachtende Ideologie. Um zu zeigen, was rechte Gewalt für Betroffene bedeutet und wie gesellschaftlich, politisch und juristisch darauf reagiert wird, werden im Folgenden einige Fälle, bei denen B.U.D. die Betroffenen unterstützend begleitet hat, vorgestellt.

→ Im Februar 2020 wird in Passau ein Brandanschlag auf das Auto einer Familie verübt, direkt vor ihrem Wohnhaus. In der unmittelbaren Nähe werden Hakenkreuzschmierereien entdeckt. Die migrantische Familie ist sich sicher, dass es sich um eine rassistisch motivierte Tat handelt. Das Auto brennt völlig aus, die Familie steht vor massiven finanziellen Problemen, B.U.D. sammelt Spenden für die Familie und beantragt weitere Hilfgelder. Die Ermittlungen bleiben ergebnislos, ohne dass die Täterschaft geklärt wird. Neben der finanziellen Belastung bedeutet der Anschlag für die Familie ein Weiterleben in Sorge: Rassismuserfahrungen gehörten für die Familie schon vorher zum Alltag, der Anschlag verstetigt die Angst vor weiteren Angriffen.

→ Eine Journalistin dokumentiert im Sommer 2020 in Weiden die dortige Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen. Wie mittlerweile bei vielen solchen Versammlungen üblich, wird sie sehr schnell von den Organisator*innen und Teilnehmer*innen an ihrer Arbeit gehindert, bedrängt und auch körperlich angegriffen. Die hinzukommende Polizei übernimmt die Darstellung der Angreifenden und wertet die journalistische Arbeit als Provokation. Die Journalistin fühlt sich allein gelassen, ungeschützt und in ihrer Berufsausübung behindert. Sie wird zu einem Feindbild der Corona-Protteste vor Ort, unter Nennung ihres Namens wird bei den Veranstaltungen und in Telegram-Gruppen immer wieder Stimmung gegen sie gemacht. Nach der Versammlung stellt sie Strafanzeige gegen die Angreifenden und reicht eine Dienstaufsichtsbeschwerde bei der Polizei ein. Sie erwartet umfassende Aufarbeitung. Stattdessen verlautbart das zuständige Polizeipräsidium, die Journalistin habe die Versammlung gestört. Diese Reaktion erschüttert die Betroffene: Dass Journalist*innen von Akteur*innen der extremen Rechten und dem verschwörungsideologischen Milieu als Störfaktor und Hindernis abgelehnt werden, ist wenig überraschend.

Diese Sichtweise scheint sich jedoch in problematischer Weise zu verselbstständigen und auszuweiten. Als Journalistin fühlt sich die Betroffene nicht ausreichend geschützt und wägt mittlerweile ab, ob sie weitere Veranstaltungen beobachtet und darüber berichtet. Zugleich erfährt sie Unterstützung durch Initiativen und andere Akteur*innen vor Ort, B.U.D. und weitere überregionale Organisationen. Gestärkt durch die Solidarität und das öffentliche Interesse kann sie mit der belastenden Situation besser umgehen.

→ Zwei Männer werden im Sommer 2018 in Landshut aus rassistischen Gründen angegriffen, einer von ihnen wird dabei schwer verletzt. Die beiden Betroffenen hatten bereits Flucht- und Gewalterfahrungen hinter sich und gingen davon aus, in Deutschland endlich in Sicherheit zu sein. Im Mai 2019 wird das Gerichtsverfahren gegen den Täter wegen gefährlicher Körperverletzung eröffnet. Die erste Zeugin beschreibt den brutalen Angriff und berichtet auch von rassistischen und den Nationalsozialismus verherrlichenden Parolen des Täters im Vorfeld der Tat. Die rechte Motivation des Täters sollte eigentlich strafverschärfend wirken, stattdessen stellt der Richter das Verfahren gegen eine Geldzahlung von 900 Euro ein, noch bevor die Betroffenen als Zeugen angehört werden. Die vor dem Gerichtssaal auf ihre Aussage wartenden Betroffenen werden nicht über den Ausgang des Gerichtsverfahrens informiert. Die Betroffenen fühlen sich durch das Verhalten des Gerichts erneut zum Opfer gemacht: ohnmächtig, schutzlos und ungerecht behandelt. Sie haben ihre Freund*innen und Familie als Unterstützung zur Verhandlung mitgebracht und auch, damit diese die Schwere des Angriffs erfahren. Stattdessen werden sie heimgeschickt, ohne die Möglichkeit zu haben, ihre Perspektive vor Gericht darzustellen. Die beiden Betroffenen nehmen dies als große Ungerechtigkeit, als Tat nach der Tat wahr und sind zutiefst erschüttert.

Solidarität statt Verharmlosung

Die vorgestellten Fälle zeigen unterschiedliche Formen rechter Gewalt, deren (Nicht-)Aufarbeitung und Folgen. Viele Betroffene fühlen sich nicht ausreichend in ihrer Situation ernst genommen. Sie empfinden mangelnden Schutz und fehlende Gerechtigkeit. Häufig setzt sich in ihnen das ungute Gefühl fest: „Was uns passiert, wird nicht bestraft. Was uns passiert, wird von Gesellschaft und Justiz hingenommen“. Gerade ausbleibende Verurteilungen oder Täter-Opfer-Umkehr senden auch an (potentielle) Täter*innen das Signal, dass ihre Taten nicht geahndet, sondern akzeptiert oder sogar gutgeheißen werden.

Die Gefahr rechter Gewalt sowie die Tatfolgen für die Betroffenen müssen in ihrem Ausmaß und ihrer menschenverachtenden Dimension ernst genommen werden. Rechte Gewalttaten müssen öffentlich problematisiert, Betroffene gehört und unterstützt – und die Täter*innen bestraft werden. Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung müssen sich gegen rechte Gewalt positionieren und Betroffene aktiv unterstützen. Wenn ein lokales Bündnis in Absprache mit den Betroffenen eine öffentliche Solidaritätsveranstaltung organisiert oder wenn Lokalpolitiker*innen nach einem Angriff Unterstützung anbieten, vermittelt das Betroffenen das Gefühl, nicht allein zu sein. Rechte Gewalt ist nicht nur – und darf nicht nur – das Problem der Betroffenen sein, sondern geht alle an. Betroffene von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt brauchen und verdienen Solidarität!

🌐 bud-bayern.de
 ✉ info@bud-bayern.de
 ☎ 0151 21653187

B.eratung
U.nterstützung
D.okumentation

FÜR BETROFFENE RECHTER GEWALT



Die Gefahr rechter Gewalt sowie die Tatfolgen für die Betroffenen müssen in ihrem Ausmaß und ihrer menschenverachtenden Dimension ernst genommen werden. Rechte Gewalttaten müssen öffentlich problematisiert, Betroffene gehört und unterstützt – und die Täter*innen bestraft werden.

Initiativen gegen Rechtsextremismus in Ostbayern

An vielen Orten in Ostbayern engagieren sich Parteien, deren Jugendorganisationen, Vereine und Verbände, die lokalen Jugendringe etc. aktiv gegen Rechtsextremismus. Häufig handelt es sich dabei um temporäre Aktivitäten bei extrem rechten Veranstaltungen, dennoch sind die genannten Organisationen in der Regel auch darüber hinaus ansprechbar. Zudem gibt es fast überall in Ostbayern Bündnisse und Akteur*innen, die sich kontinuierlich kritisch mit der extremen Rechten auseinandersetzen und für eine demokratische Kultur vor Ort engagieren. Ein vollständiger Überblick ist hier nicht möglich, es folgt eine Auswahl oft langjährig aktiver Strukturen.

Niederbayern




Bündnis gegen Rechts Deggendorf

-  Bündnis gegen Rechts Deggendorf
-  gegen.rechts.deggendorf
-  info@bgr-deg.de



Aktionsbündnis Dingolfing-Landau gegen Rechts

-  Aktionsbündnis Dingolfing-Landau gegen Rechts



Runder Tisch gegen Rechts Landshut

-  landshut-gegen-rechts.de
-  Kein Platz für Nazis Landshut
-  rundertisch-landshut@web.de





Runder Tisch gegen Rechts Passau

-  Runder Tisch gegen Rechts Passau
-  rtgr.passau@gmail.com

„Wir sind bunt“ Straubing




-  wsb-straubing.de
-  info@wsb-straubing.de

DGB Niederbayern/DGB Jugend Niederbayern




-  niederbayern.dgb.de
-  DGB Niederbayern / DGB Jugend Niederbayern
-  dgb_niederbayern / dgb_jugend_niederbayern
-  niederbayern@dgb.de / jugendsekretariat-niederbayern@dgb.de

Oberpfalz



Oberpfälzer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte – Amberg/Schwandorf

-  oberpfalz-tolerant.de
-  Oberpfälzer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte
-  info@obtm.de




Cham gegen Rechts

-  cham-gegen-rechts.de
-  Cham gegen Rechts
-  info@cham-gegen-rechts.de




Vielfalt tut gut Neumarkt

-  reginagmbh.de/netzwerke/vielfalt-tut-gut/
-  info@reginagmbh.de



Initiative gegen Rechts Regensburg

-  initiativegegenrechts.net
-  Initiative gegen Rechts – Regensburg
-  kontakt@initiativegegenrechts.net




Keine Bedienung für Nazis Regensburg

-  keine-bedienung-fuer-nazis.de
-  Keine Bedienung für Nazis
-  info@keine-bedienung-fuer-nazis.de




Schwandorfer Bündnis gegen Rechtsextremismus

-  Schwandorfer Bündnis gegen Rechtsextremismus
-  sad-buendnis-gegen-rechts-extremismus@live.de




Tirschenreuth aktiv gegen Rechts

-  tir-gegen-rechts.de
-  Tirschenreuth aktiv gegen Rechts
-  info@tir-gegen-rechts.de





Oberpfälzer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte – Weiden/Neustadt

-  Oberpfälzer Bündnis für Toleranz und Menschenrechte – Weiden/Neustadt
-  obtm.weiden
-  obtmwennew@protonmail.com

Weiden ist bunt

-  weiden-ist-bunt.de
-  Weiden ist bunt
-  info@weiden-ist-bunt.de

DGB Oberpfalz/DGB Jugend Oberpfalz

-  www.oberpfalz.dgb.de
-  DGB Oberpfalz / DGB-Jugend Oberpfalz
-  dgb_oberpfalz / dgbjugendoberpfalz
-  oberpfalz@dgb.de / jugendsekretariat-oberpfalz@dgb.de




Partnerschaften für Demokratie


Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden Städte, Gemeinden und Landkreise dabei unterstützt, im Rahmen von lokalen Partnerschaften für Demokratie (PfD) Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. In diesen Partnerschaften für Demokratie kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie. Zur Förderung konkreter Maßnahmen (politische Bildungsarbeit, Erstellung von Informationsmaterialien, Demokratiefeste etc.) können zivilgesellschaftliche Akteur*innen unkompliziert Fördermittel bei den Partnerschaften für Demokratie beantragen.


Niederbayern

PfD Deggendorf

 demokratie-leben-in-deggendorf.de

 Demokratie leben
– Deggendorf

 u.kessler@vhs-deggendorf.de

 0991 3201560

Ansprechpartnerin: Ursula Keßler

PfD Straubing

 wir-sind-straubing.de

 Wir sind Straubing

 roman.schaffner@straubing.de


 09421 94 470 130

Ansprechpartner: Roman Schaffner

Oberpfalz

PfD Amberg

 demokratie-leben.amberg.de

 Partnerschaft für Demokratie
Amberg

 [pfdamberg](https://www.instagram.com/pfdamberg)

 juba.akili@amberg.de

 09621 101721

Ansprechpartner: Juba Akili

PfD Neustadt an der Waldnaab

 neustadt-lebt-demokratie.de


 Neustadt lebt Demokratie

 demokratie@neustadt.de

 09602 792940

Ansprechpartner: Arno Speiser

PfD Regensburg

 regensburg.de


 seidl.christoph@regensburg.de

 0941 5074550

Ansprechpartner: Christoph Seidl

PfD Tirschenreuth

 demokratie-leben-in-der-mitte-europas.de

 Demokratie leben
in der Mitte Europas

 schmid@ebz-alexandersbad.de

 09631 88220

Ansprechpartnerin: Sonja Schmid


PfD Weiden

 www.weiden-ist-tolerant.de

 Weiden ist tolerant

 [weidenisttolerant](https://www.instagram.com/weidenisttolerant)

 post@weiden-ist-tolerant.de

 0961 63457701

Ansprechpartner: Herbert Schmid

Beratung & Bildung

B.U.D.

– Beratung, Unterstützung und Dokumentation für Betroffene rechter Gewalt

🔗 bud-bayern.de
 ✉ info@bud-bayern.de
 ☎ 0151 21653187

B.U.D. berät Betroffene von rechten Übergriffen, deren Angehörige oder Freund*innen sowie Zeug*innen der Tat. Die Beratung ist kostenfrei, vertraulich, auf Wunsch anonym, unabhängig, freiwillig, mehrsprachig und parteilich im Sinne der Betroffenen. Durch aufsuchende Beratung kann der Ort des Gesprächs durch die Betroffenen bestimmt werden. Weiter klärt B.U.D. über rechte Gewalt auf und setzt sich für die Interessen von Betroffenen ein.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern – Büro Nordost (Regensburg)

🔗 lks-bayern.de
 ✉ mb-nordost@lks-bayern.de
 ☎ 0941 46 528 140

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern berät in Zusammenhang mit extrem rechten, neonazistischen, rechtspopulistischen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen. Ziel ist es, gemeinsam mit den Beratungsnehmer*innen möglichst passgenaue Handlungsstrategien zu entwickeln. Die regionalen Bedingungen werden in die Beratung explizit einbezogen, das gilt ebenfalls für die angebotene Bildungs- und Vernetzungsarbeit. Übergeordnetes Ziel der Mobilen Beratung ist die Stärkung der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit der extremen Rechten und damit eine Förderung der Demokratieentwicklung.

Information

Kenntnisse über Strukturen und Aktivitäten der extremen Rechten sowie gute Analysen sind die Grundlage für ein zielgerichtetes Handeln gegen Rechtsextremismus. Neben der Tagespresse und Fachpublikationen sind dafür Informationsangebote mit regionalen Bezügen eine wichtige Quelle. Mit unterschiedlichen Schwerpunkten und Perspektiven informieren etwa folgende Projekte zu extrem rechten bzw. antisemitischen Aktivitäten in (Ost)Bayern:

Antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (a.i.d.a.)

🔗 aida-archiv.de
 🐦 @aida_archiv
 ✉ info@aida-archiv.de

Antifaschistischer Infoticker für Passau & Umgebung

🔗 infoticker-passau.org
 📘 Antifaschistischer Infoticker für Passau & Umgebung
 🐦 @Infoticker_PA
 ✉ infoticker_pa@riseup.net

Endstation Rechts. Bayern

🔗 endstation-rechts-bayern.de
 📘 Endstation Rechts – Bayern
 🐦 @ER_Bayern
 ✉ info@endstation-rechts-bayern.de

RIAS Bayern – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus

🔗 rias-bayern.de
 📘 RIAS Bayern – Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus
 ✉ info@rias-bayern.de
 ☎ 0162 2951961

Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung (ISFBB) e.V.

🔗 isfbb.de
 ✉ info@isfbb.de
 ☎ 0911 54055934

Impressum

Herausgeber & Redaktion

„Wir sind Straubing“ – Partnerschaft für Demokratie

Soziales Rathaus
Amt 23.1 Integration und Partnerschaft für Demokratie
Roman Schaffner
Am Platzl 31
94315 Straubing

🌐 wir-sind-straubing.de
✉ roman.schaffner@straubing.de
☎ 09421 94 470 130

Kooperationspartner*innen

„Neustadt lebt Demokratie!“

– Partnerschaft für Demokratie
Kreisjugendring Neustadt
an der Waldnaab
Arno Speiser
Knorrstraße 12
92660 Neustadt an der Waldnaab

🌐 neustadt-lebt-demokratie.de
✉ aspeiser@neustadt.de
☎ 09602 792 940

Israelitische Kultusgemeinde Straubing/Niederbayern

Wittelsbacherstr. 11
94315 Straubing

🌐 ikg-straubing.de
✉ ikg-straubing@t-online.de
☎ 09421 1387

Layout

gegenfeuer – büro für gestaltung
🌐 gegenfeuer.net

Druck

justlandPLUS GmbH
Äußere Industriestraße 4
94327 Bogen

Stand

Dezember 2020

Hinweis Symbole

In der Publikation verwendete Symbole, die nach § 86 StGB verboten sind, werden ausschließlich zum Zwecke der Aufklärung im Sinne des § 86a StGB Abs. 3 verwendet.

Hinweis zur Schreibweise

Im vorliegenden Text wird bewusst auf eine geschlechtergerechtere Schreibweise zurückgegriffen. Durch die Verwendung des *, beispielsweise bei Demokrat*innen, soll die Unsichtbarkeit von Frauen in der deutschen Sprache sichtbar gemacht werden. Darüber hinaus soll der symbolische Zwischenraum all jenen Menschen Platz einräumen, die sich weder als männlich noch als weiblich definieren können oder wollen. Da in der extremen Rechten noch stärker als in der Gesamtgesellschaft von einer natürlichen Geschlechterbinarität ausgegangen wird, ist die Verwendung in Bezug auf Angehörige dieses politischen Spektrums umstritten. Ein Argument gegen die Verwendung ist, dass die Schreibweise deren aggressives Beharren auf Zweigeschlechtlichkeit verschleiern kann. In Anerkennung dieses Arguments wird hier trotzdem auf die Schreibweise mit * zurückgegriffen, da empirisch betrachtet auch in der extremen Rechten einzelne Personen anzutreffen sind, die in keine der beiden Kategorien passen und eine uneinheitliche Schreibweise innerhalb eines Textes zu einem verwirrenden Erscheinungsbild führen könnte.

Gefördert vom

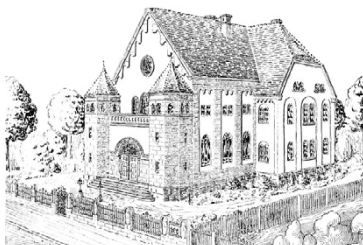


Bundesministerium
für Familie, Senioren,
Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



Neustadt
lebt Demokratie



Bildnachweise

Seite 27

Foto: David Janzen /
[dokurechts.de](#)

Seite 30

Foto: Henrik Merker

Seite 55–56

Fotos: Anne Wild

Seite 74

Illustration: [bud-bayern.de](#)

Autor*innen

Sofern nicht namentlich gekennzeichnet, stammen die Beiträge in der vorliegenden Publikation von der Recherche- und Forschungsgruppe Rechtsextremismus in Ostbayern.

